

Herausgeber
ARIEL HAUPTMEIER
DAVID SCHRAVEN

Wie in Europa Milliarden
an Steuern geklaut
werden und was jeder
darüber
wissen sollte



CORRECTIV

Wie in Europa Milliarden an Steuern geklaut werden und was jeder darüber wissen sollte

Herausgeber: Ariel Hauptmeier, David Schraven

Dieses Buch wäre nicht möglich gewesen ohne die großzügige Unterstützung der GLS-Bank, der Hans-Böckler-Stiftung und von weit über 300 Privatleuten, die sich an einem Crowdfunding beteiligt haben. Sie alle wollten, dass dieses Buch erscheint. Es ist gewidmet den namenlosen Steuerbeamten und Ermittlern, die den Betrügern mit großem Ehrgeiz auf der Spur sind, ohne dafür jemals Geld oder öffentliches Lob zu bekommen. Sondern weil sie es wollen. Sie sind das Rückgrat einer steuerehrlichen Gemeinschaft.

Hans **Böckler**
Stiftung 

Mitbestimmung · Forschung · Stipendien

GLS *Treuhand*

Inhalt

Einleitung.....	7
„Wollen wir wirklich in einer Welt leben, in der jeder jeden bescheißt?“	13
Cum-Ex: Wie gerissene Steuerräuber quer durch Europa mindestens 55 Milliarden Euro aus öffentlichen Kassen klauten – und wie sie den nächsten Coup planen	26
Making-of: Oliver Schröm erzählt, wie die europaweite Cum-Ex-Reportage entstand	62
„Es ist vollkommen legal. Aber es ist total unfair“ – Interview mit Norbert Walter-Borjans	70
Gerhard Schick: „Die rechtliche Grundlage für Gefängnisstrafen ist gelegt“	99
Mehrwertsteuerkarusselle sind das Cum-Ex des kleinen Mannes. Denn hier kann eigentlich jeder mitmachen beim Steuerraub	109
Making-of: Wie die europaweite Recherche zu den Mehrwertsteuerkarussellen ablief	131
Eine britische Milliardärsfamilie kauft, getarnt hinter Briefkastenfirmen, Tausende Wohnungen in Berlin. Steuern? Zahlt sie kaum. Und die Berliner Verwaltung hat von alledem keine Ahnung	137

Making-of: CORRECTIV-Chefredakteur Justus von Daniels erzählt, wie das Rechercheteam den Pears-Brüdern auf die Schliche kam	149
Nachwort.....	155
Impressum.....	158
Herausgeber / Art Direktor	159

Einleitung

Köln, vor einigen Jahren. Eine Staatsanwältin vernimmt einen Mann, nennen wir ihn Benjamin Frey. Er stammt aus einfachen Verhältnissen, hat sich nach ganz oben gearbeitet und ist nun Anwalt in einer „renommierten“ Steuerkanzlei, sie residiert in einem Hochhaus im Frankfurter Bankenviertel. Einige Jahre zuvor traf Frey auf den genial-gerissenen Hanno Berger. Berger hatte einmal als Steuerprüfer beim Frankfurter Finanzamt gearbeitet und die Bilanzen von Banken und Versicherungen geprüft. Dann wechselte er die Seiten und half fortan, die Steuern der Vermögenden möglichst gegen null zu drücken. Bis ihm irgendwann alle Maßstäbe verloren gegangen sein müssen: Berger wurde zu einem Mastermind hinter dem Cum-Ex-Steuerraub.

Der Trick: Durch komplizierte Deals erschien es für einen Moment, als gehöre eine Aktie zwei Personen oder Fonds – und beide ließen sich eine Steuer erstatten, die nur einer gezahlt hatte.

Benjamin Frey wurde Hanno Bergers rechte Hand. Er unterstützte ihn dabei, die Cum-Ex-Deals aufzusetzen, er half skrupellosen Investoren bei ihrem Griff in die Staatskasse. Darüber wurde auch Benjamin Frey reich, sehr reich. 50 Millionen Euro hat er aus der Staatskasse geklaut, vielleicht auch mehr. Das ist die Summe, die man ihm nachweisen kann.

Als die krumme Cum-Ex-Tour endgültig aufflog, um 2014 herum, beschloss Benjamin Frey, mit den Behörden zu kooperieren. So hoffte er, seinen Kopf aus der Schlinge zu ziehen.

Nun also wird er vernommen, bei der Staatsanwaltschaft in Köln. Die Staatsanwältin begrüßt ihn. Die Vernehmung nimmt ihren Lauf. Irgendwann sagt die Frau beiläufig: „Naja, ich sage mal – sieben.“ So wurde es uns berichtet.

Benjamin Frey soll erleichtert gewirkt haben. Ganz offensichtlich dachte er: Ich zahle sieben Millionen Euro Strafe und bin raus. Das wäre ihm ein Leichtes gewesen. Was sind schon sieben Millionen Euro?

Die Staatsanwältin merkt, was in ihm vorgeht. Darum fügt sie hinzu: „Ich meine sieben Jahre Gefängnis.“

Da bricht Benjamin Frey zusammen. Die Vernehmungsbeamten stützen ihn, bringen ihn zur Toilette, befeuchten sein Gesicht. Die Vernehmung wird unterbrochen. Es dauert eine Weile, bis sie fortgesetzt werden kann.

Und dann redet Benjamin Frey und redet. Er hört gar nicht mehr auf zu reden. Mit der Staatsanwältin und mit uns, den Rechercheuren von CORRECTIV. Er ist einer wichtigsten Zeugen im Cum-Ex-Prozess, der im September 2019 am Landgericht Bonn beginnt und im März 2020 endet.

Mit Cum-Ex-Geschäften haben Banker und Investoren den Staat systematisch betrogen. Sie haben sich mit komplizierten Aktiengeschäften Steuern erstatten lassen, die sie nie gezahlt hatten. Zwischen 2005 und 2011 ist für den Fiskus in Deutschland ein Gesamtschaden von mindestens 7,2 Milliarden Euro entstanden, schätzt der Mannheimer Steuerprofessor Christoph Spengel – es könnte auch doppelt so viel gewesen sein. Mehr als 100 Banken waren beteiligt, eigentlich sind alle großen Namen vertreten.

Im Gespräch mit CORRECTIV sagt Benjamin Frey, er bereue alles. Die Cum-Ex-Deals seien Unrecht gewesen. Damals habe es ihn nicht gestört zu wissen: Je reicher ich werde, desto mehr Geld fehlt in den öffentlichen Kassen, für Schulen, Kitas, Pflegeheime. Jetzt sehe er das anders. Jetzt befremde ihn seine Gier von damals.

Vielleicht meint es Benjamin Frey ehrlich. Oder er sagt es, um mit einer milden Strafe davonzukommen, sein Prozess steht noch aus.

Wer eine Bank mit gezückter Pistole ausraubt, geht für viele Jahre in den Knast. Warum sollten Leute wie er ungeschoren bleiben – Leute, die mit Steuertricks viele Millionen geklaut haben?

Reden wir auch über Christian Olearius. Ein weißhaariger, würdevoller Mann, fast drei Jahrzehnte lang war er Chef der Hamburger Bank M.M.Warburg. Er schmiedete daraus eine der großen deutschen Privatbanken. Olearius ist vielfacher Millionär, und lange galt er als ein Ehrenmann. Er trägt die Ehrennadel der Hamburger Handelskammer, leitet die Warburg-Melchior-Olearius-Stiftung und gehört dem Kuratorium der Stiftung Elbphilharmonie an, der Stiftung Humboldt-Universität und der Joachim Herz Stiftung. Sein Zweitwohnsitz ist Gut Schwaneberg, ein feudales Schloss in der Uckermark.

Inzwischen hat sein öffentliches Bild hässliche Flecken bekommen: Das Bankhaus Warburg hat via Cum-Ex tief in die Staatskasse gegriffen. Und Christian Olearius und sein Sohn sollen – sie beteuern das Gegenteil – sogar persönlich mitgemacht haben, zu eigenem Nutzen.

Im September 2019 begann am Landgericht Bonn der erste große Cum-Ex-Prozess. Angeklagt waren zwei Händler. Ausführende,

vergleichsweise kleine Fische, aber es war ein wegweisender Prozess, es ging um ein Grundsatzurteil, darum, wie die weitere Rechtsprechung verlaufen wird.

Im Vorfeld lief die PR-Maschine der Banken auf Hochtouren. Ihr Narrativ: Es habe eine „Gesetzeslücke“ gegeben, und die sei von findigen Steueranwälten „ausgenutzt“ worden. Man könne ihr Handeln verwerflich finden, strafbar sei es nicht.

Doch schon Ende 2019 stellte der Vorsitzende Richter Roland Zickler klar: „Cum-Ex-Geschäfte in der hier angeklagten Konstellation sind strafbar.“ Und sagte in Richtung der Banken: Wir werden uns das Geld zurückholen.

Am 18. März fiel das Urteil: Ja, Cum-Ex war eine Straftat. Die beiden Händler erhielten Gefängnisstrafen – auf Bewährung, weil sie Kronzeugen waren. Die Warburg-Bank muss 176 Millionen Euro zurückzahlen.

Es war der erste von vielen Prozessen, gegen mehr als 500 Personen wird bundesweit ermittelt. Und Richter Zickler deutete an: Die nächsten Strafen werden härter ausfallen. Gut möglich, dass die ersten kriminellen Banker bald in den Knast müssen. Endlich.

Wir von CORRECTIV haben uns in den vergangenen Jahren intensiv mit dem Raub von Steuern beschäftigt. Wir haben etliche große Recherchen dazu gemacht. Wir haben Insider befragt und uns Zugang zu internen Papieren verschafft. Und dann haben wir daraus spannende Geschichten gewebt.

Es ist ja eine Krux mit dem Thema Steuern. Es ist eines der wichtigsten Themen überhaupt, denn gerechte Steuern sind die Grundlage einer gerechten Gesellschaft. Doch so wichtig das Thema ist, nur wenige Menschen interessieren sich dafür. Weil meist so grauenvoll abstrakt darüber geredet wird. Und Abstraktes versteht man schlecht. Wir wollen das ändern. Wir wollen, dass viel breiter über das Thema Steuern geredet wird. Darum beten wir hier keine Fakten herunter, sondern erzählen Geschichten. Es sind Krimis.

Drei große, spannend aufgeschriebene Recherchen finden Sie in diesem Buch:

- Die Geschichte vom europaweiten **Cum-Ex-Raubzug** – und wie ihn ein Recherchekollektiv unter der Führung von CORRECTIV aufgedeckt hat.
- Die Geschichte der **Mehrwertsteuerkarusselle**, bei denen Waren zwischen den EU-Ländern hin und her geschoben werden mit dem einzigen Zweck, sich eine Mehrwertsteuer erstatten zu lassen, die man nie gezahlt hat. So klauen Betrüger pro Jahr bis zu zehn Milliarden Euro aus der deutschen Staatskasse. Jahr. Für. Jahr.
- Die Geschichte ausländischer **Milliardäre, die Tausende Wohnungen kaufen**, in Berlin und anderswo. Sie tragen dazu bei, dass die Mieten explodieren, verschieben ihre Gewinne aber in anonyme Briefkastenfirmen und tragen so kein bisschen zu dem Gemeinwohl bei, von dem sie profitieren.

Dazu enthält dieses Buch zwei ausführliche Interviews mit Experten, die sich besonders gut mit dem Thema Steuern auskennen – und besonders fesselnd darüber reden können:

- Mit **Norbert Walter-Borjans**, der als Finanzminister in NRW den Mut besaß, Steuer-CDs anzukaufen, und so half, Tausenden Steuerhinterziehern das Handwerk zu legen. Nun will er als SPD-Vorsitzender für gerechtere Steuern kämpfen.
- Mit **Gerhard Schick**, lange Zeit Bundestagsabgeordneter für Bündnis 90/Die Grünen und einer derjenigen, denen es zu verdanken ist, dass der Bundestag einen Untersuchungsausschuss zu Cum-Ex einrichtete.

Beginnen wollen wir aber mit einem kurzen Blick auf den Cum-Ex-Prozess in Bonn. Er ist ein Meilenstein. Ein Wendepunkt. Der Staat, der sich so lange an der Nase hat herumführen lassen, schlägt zurück. Und das macht Hoffnung.

David Schraven und Ariel Hauptmeier, Essen, im Juni 2020

„Wollen wir wirklich in einer Welt leben, in der jeder jeden bescheißt?“

... fragte der Vorsitzende Richter, als er das Urteil im ersten großen Cum-Ex-Prozess begründete. Roland Zickler versteckte sich nicht hinter juristischem Tamtam. Er sprach klar und so, dass ihn jeder verstand. Mit wenigen Sätzen entlarvte er die Cum-Ex-Rechtfertigungsmasche, von der sich Steuerbehörden, Juristen und Politiker jahrzehntelang hatten einlullen lassen, als: Geschwurbel. Cum-Ex, stelle Richer Zickler fest, war kriminell, von Anfang an.

„Es gab keine Gesetzeslücke“, sagte Zickler weiter. „Wenn ich mein Haus nicht abschließe, ist das zwar leichtsinnig, aber keine Rechtfertigung dafür, dass da jemand reingeht.“

Die „Zeit“ titelte: „Triumph der Justiz“.

Das ist die kurze Geschichte dieses aufsehenerregenden Prozesses, so, wie darüber im „Handelsblatt“, in der „Zeit“, in der „FAZ“ und der „Süddeutschen Zeitung“ berichtet wurde.

4. September 2019, Landgericht Bonn

Saal 0.11 ist bis auf den letzten Platz gefüllt. Der Prozess beginnt. Seit Jahren wird über die Beteiligten berichtet, nun bekommen sie ein Gesicht. Anne Brorhilker ist da, die leise, unnachgiebige Staatsanwältin, deren Fleiß und Mut es zu verdanken ist, dass dieser Prozess überhaupt stattfindet. Es geht darin um viel. Weniger um die persönliche Schuld der beiden Angeklagten – sondern um die Offenlegung eines Systems.

Roland Zickler kommt herein, der Vorsitzende Richter, 52 Jahre

alt, kurzes, volles Haar, gelassener, skeptischer Blick. Es ist sein erster großer Wirtschaftsstrafprozess, zuletzt hatte er viele kleine Dieselklagen auf dem Tisch. Das Bundeszentralamt für Steuern hat in Bonn seinen Sitz, also war das Landgericht plötzlich zuständig, gründete eigens eine neue Strafkammer und begann 2018, sich auf diesen komplexen Fall vorzubereiten.

Und da sind die beiden Angeklagten, zwei Briten, einst Aktienhändler der HypoVereinsbank, beschuldigt der schweren Steuerrhinterziehung in 33 Fällen zwischen 2006 bis 2011. Sie sollen geholfen haben, 447,5 Millionen Euro aus der deutschen Steuerkasse zu rauben. Neben ihren Anwälten sitzt ein Dolmetscher, der murmelnd übersetzt.

Martin S. hat Mathematik in Oxford studiert. Er trägt einen dunklen Anzug und einen beigefarbenen Pullunder über dem weißen Hemd. Er wirkt freundlich und spricht mit dunkler, voller Stimme. Er gilt als einer der Ingenieure von Cum-Ex.

Nicholas D. – blauer Anzug, Krawatte, das Haar zum Scheitel gegelt – sieht aus, wie man sich einen Londoner Banker vorstellt. Was sein Beruf sei, fragt der Richter. „Buchhalter.“ Er soll einer der Ausführenden gewesen sein, der half, die komplizierten Deals zu organisieren.

An zusätzlichen Tischen sitzen die Anwälte von fünf Banken, die von den Deals profitiert haben sollen: die Hamburger Privatbank M.M.Warburg, deren Tochtergesellschaft Warburg Invest, die amerikanische Bank BNY Mellon, eine Fondsgesellschaft der französischen Société Générale sowie die Hamburger Kapitalverwaltungsgesellschaft Hansainvest. Ihnen drohen Millionenforderungen.

Oberstaatsanwältin Anne Brorhilker verliert die Anklage, zierlich, blonder Pagenkopf, Hornbrille. Sie ist der eigentliche Star des Verfahrens. Seit fast zehn Jahren ermittelt sie, inzwischen gegen mehr als 100 Personen. Sie hätte es sich leicht machen können: Vergleiche schließen, kurze, effiziente Verfahren, etliche Millionen an Rückzahlungen, einige angeklagte Banker. Aber sie wollte es wissen und die gesellschaftliche Dimension dieses Skandals ausloten.

Ihr größter Verdienst: Sie hat es geschafft, einen Beschuldigten nach dem anderen umzudrehen – und sie zu umfassenden Geständnissen gebracht. Zweieinhalb Stunden lang liest sie, zeigt dabei kaum eine Regung, trägt ruhig die gewaltigen Summen vor. Fall eins, Schaden: 37.356.589,95 Euro. Fall zwei, Schaden: 35.762.484,86 Euro. Und so weiter. Summen, die schwindlig machen.

Immer wieder haben Reporter sie in ihrem Büro besucht – in einem auffälligen Gebäude in Köln-Sülz. Ein alter Aufzug, die Flure in Beamtengrau, ihr kleines Büro voller Akten. So nimmt sie es mit der europäischen Finanzelite auf, mit den besten Steuerberatern, den teuersten Anwälten.

In den ersten Jahren nahm kaum jemand von ihr Notiz. Doch 2014 leitete sie eine Großrazzia in der Schweiz, vor allem auf die Bank Sarasin hatte sie es abgesehen. Bald gab es 30 Beschuldigte, die sie nach Köln zu Vernehmungen zitierte. Am Anfang der Befragung soll sie ihnen stets ein Stück Schokolade angeboten haben. Und dann fragte sie beinhart. Monat für Monat. Bis immer mehr von ihnen einknickten. Bis sie das System offenlegten, die Strukturen, die Akteure, die geheimen Absprachen. Und viele hofften dabei auf einen Status als Kronzeuge.

Brorhilker sagte, sie werde sich für sie verwenden und richtete eine „Prüfbitte“ an das Landgericht Bonn, ob man den Überläufern eine Anklage ersparen könne. Nein, entschied irgendwann das Gericht, man könne der Prüfbitte nicht stattgeben. Auch die Redseligen müssen sich vor Gericht verantworten. So wie Martin S. und Nicholas D.

Der Prozess nimmt seinen Lauf.

1. Oktober 2019, Landgericht Bonn

Darren T. tritt in den Zeugenstand. Typ britischer Gentleman, an die zwei Meter groß, würdevoller Gang, kerzengerade sitzt er über Stunden auf seinem Stuhl, die Rückenlehne berührt er so gut wie nie. Er spricht ruhig und sicher. Physik habe er studiert, dann sei er Buchhalter geworden, schließlich bei der Macquarie-Bank gelandet, wo er schnell Karriere gemacht habe. Ab 2006, berichtet er, sei Macquarie in das Cum-Ex-Geschäft eingestiegen, ein Insider von der Deutschen Bank habe ihnen das beigebracht. 2009 habe sich T. selbstständig gemacht, um auf eigene Rechnung zu zocken.

T. wohnt jetzt in Dubai, auf der Palmeninsel, weit weg von der deutschen Justiz, aber er ist geständig, 22 Mal hat er Staatsanwältin Brorhilker Rede und Antwort gestanden, nun wiederholt er seine Aussage vor Gericht.

Von „*opinion shopping*“ erzählt Darren T. – dem Einkaufen positiver Gutachten bei den teuersten Steuerkanzleien. Die gegen viel Geld bestätigten, was man hören wollte: Das sei alles rechtens.

Sein Gewissen meldete sich erst, als die Ermittlungen von Staatsanwältin Brorhilker immer weitere Kreise zogen. Als die Einschläge näher kamen. 2017 entschloss sich T. auszupacken.

Mit seiner Aussage liefert er weitere Puzzlestücke – und auch er belastet die Warburg-Bank. Deren Verteidigungslinie: Man habe nie die Absicht gehabt, den Staat zu betrügen. Glaubt man T., dann ist das ganz und gar nicht glaubhaft. Sein Ansprechpartner bei Warburg kannte sich offenbar bestens aus, sagt T. „Meiner Meinung nach war es ganz klar, dass er wusste, was vor sich ging.“

30. Oktober 2019, Landgericht Bonn

Richter Zickler unterbricht den Kronzeugen. In einem fort hat er von „renommierten“ Banken, Unternehmern, Anwaltskanzleien geredet. Renommiert? Das Wort gefällt Richter Zickler gar nicht. „Je länger ich Ihnen zuhöre, umso größere Problem habe ich mit dem Adjektiv ‚renommiert‘. Bitte verwenden Sie den Begriff ‚sparsamer‘“, sagt er.

In dieser Woche steht Benjamin Frey im Zeugenstand – jener Mann, von dem in der Einleitung dieses Buches die Rede war und der auch im folgenden Kapitel eine große Rolle spielen wird. Die rechte Hand von Cum-Ex-Mastermind Hanno Berger. Ein Insider, der komplett auspackte, das System entschlüsselte, die Ermittlungen in dieser Breite überhaupt erst möglich machte.

Anfangs ist Frey nervös. In mehreren Verfahren wegen schwerer Steuerhinterziehung wird er als Beschuldigter geführt, bislang ist er nur mit aufwendig verfremdetem Äußeren vor die Kameras von CORRECTIV und „Panorama“ getreten. An diesem Tag sehen alle, wer er wirklich ist: 48 Jahre alt, dunkler Anzug, schütteres, kurz

geschorenes Haar. Doch dann fängt er sich. Er ist ein guter Redner, eloquent und sachlich. Fast einstudiert wirkt manches, was er nun sagt. Als habe er es mit seinem Anwalt geprobt.

Aber einmal verliert er doch die Fassung. Seine Stimme stockt.

„Für das, was ich dieser Person angetan habe, möchte ich mich entschuldigen“, sagt Frey. Gemeint ist Jana S., Sachbearbeiterin im Bundeszentralamt für Steuern. Sie verweigerte Steuererstattungen in dreistelliger Millionenhöhe. Jahrelang waren Investoren, Banken, Anwälte damit durchgekommen. Doch Jana S. stellte sich quer.

„Wir haben ihr gedroht“, sagt Frey. Er war damals ein mächtiger Anwalt. „Wir sagten, wir würden sie persönlich auf Schadenersatz verklagen.“ Doch Jana S. blieb stur. Sie ließ sich nicht einschüchtern. Sie stoppte die Cum-Ex-Maschinerie – und der Streit löste letztlich alle Ermittlungen aus. Es war der Anfang vom Ende.

Auch Benjamin Frey belastet die Warburg-Bank. Es sei in der Führungsetage genau bekannt gewesen, wie die Cum-Ex-Deals funktionierten – und woher der Gewinn dabei stammte. Besonders das Hamburger Traditionshaus M.M.Warburg blieb ihm in Erinnerung. 2007 durfte er Berger zu einem Termin in die Hansestadt begleiten. Banklegende Christian Olearius war persönlich zugegen, ein Kellner servierte in Glacéhandschuhen Kaffee in Tassen mit Bankemblem.

Viele Details seien in kleiner Runde besprochen worden, sagt Frey. „Auch die integralen Bestandteile von Cum-Ex-Geschäften?“, fragt der Richter. „Ja, die wesentlichen Bestandteile haben alle verstanden“, antwortet Frey. „Die obersten Bosse haben das

goutiert. Dann wurde das in die Umsetzung gegeben. Und dann wurde frank und frei gesprochen, wie das geht.“ Die Handelsstrategie sei in allen Einzelheiten offengelegt worden.

Zickler will wissen, woher die vielen Fachaufsätze stammen, die ab 2012 geschrieben wurden und Cum-Ex-Geschäften den Anschein der Legalität gaben.

„Das war letztlich alles Mietschreiberei“, sagt Frey. Er nennt Namen: Marc Desens und Joachim Englisch, „renommierte“ Juraprofessoren. Was sie nicht erwähnten – wer ihre Gutachten bezahlt hatte. „Das Pippi-Langstrumpf-Prinzip“ nennt Frey das Einkaufen wohlwollender Rechtsgutachten, getreu dem Kinderbuchmotto: „Wir machen uns die Welt, wie sie uns gefällt.“

Noch einmal weist der Richter auf die lange Tradition der Warburg-Bank hin: „Und da kommen Sie hin und verkaufen denen den Griff in die Staatskasse, und da gehen keinem von denen die Augen hoch?“ Frey antwortet: Nein, es habe keine moralischen Skrupel gegeben, „es ist immer nur um Gewinnmaximierung gegangen“.

22. November 2019, Frankfurt

Vor dem Haus des einstigen Starjuristen Ulf Johannemann fahren Kriminalbeamte vor – sie bringen ihn in die Justizvollzugsanstalt Frankfurt I. Eben noch war Johannemann globaler Steuerchef und Partner der Kanzlei Freshfields Bruckhaus Deringer, einer der größten deutschen Kanzleien, dann verließ er sie „auf eigenen Wunsch“. Nun kommt er in U-Haft: Die Ermittler fürchten, dass er sich ins Ausland absetzen könnte.

Johannemann steckt tief drin im Cum-Ex-Sumpf. Er hatte die Maple Bank, die besonders aggressiv den Staat betrog, federführend mit Gutachten versorgt. „Die Erstellung von Gefälligkeitsgutachten mit rechtlich abwegigen Schlussfolgerungen“ durch Johannemann/Freshfields sei die Grundlage für den Betrug durch die Maple Bank gewesen, argumentierte die Staatsanwaltschaft.

2016 ging die Maple Bank über den Cum-Ex-Geschäften pleite. Der Insolvenzverwalter verklagte Freshfields wegen Falschberatung. In einem Vergleich zahlte die Kanzlei rund 50 Millionen Euro.

Viermal war Ulf Johannemann vernommen worden, doch er hatte sich offenbar dazu entschieden, nicht zu kooperieren, sondern zu leugnen. Mit wenig Erfolg. Mehrfach notierten die Beamten, seine Einlassungen seien „nicht glaubhaft“.

Kurz vor Weihnachten wird Johannemann wieder freigelassen – nach Zahlung einer Kaution von über vier Millionen Euro. Zweimal wöchentlich soll sich der 48-Jährige bei den Behörden melden, seinen Reisepass muss er abgeben.

Auch der ehemalige Chef der Maple Bank ist angeklagt.

4. Dezember 2019, Landgericht Bonn

Der 23. Tag der Hauptverhandlung. Richter Roland Zickler zieht ein Zwischenfazit. „Cum-Ex-Geschäfte in der hier angeklagten Konstellation sind strafbar“, sagt er.

Rums. Da ist es raus.

„Wir haben gelernt, dass ein wirtschaftlicher Sinn für diese Geschäfte nicht zu erkennen ist. Es wird etwas verteilt, was noch gar nicht da ist“, führt er aus. „Es war ein kollektiver Griff in die Staatskasse.“

Und dann fordert er die Anwälte der Banken auf, die juristische Ebene zu verlassen und den gesunden Menschenverstand walten zu lassen. „Nehmen Sie einmal eine inhaltlich-wirtschaftliche Perspektive ein“, sagt er. „Objektiv, völlig unabhängig von Straftaten kann man sagen, dass gegen Steuerrecht verstoßen wurde.“ Und nun müsse das rückabgewickelt werden.

„Straftaten sollen sich nicht lohnen. Weder für die Angeklagten noch für andere“, sagt Zickler. Damit ist klar – es wird teuer werden für die Banken.

5. Februar 2020, Landgericht Bonn

Der 35. Verhandlungstag. Am Tag zuvor hat die Warburg-Bank eine Erklärung verbreitet: Es sei ihr sei wichtig, keinen Gewinn zu ziehen aus Geschäften, die nicht „steuerrechtskonform gewesen sein sollen“. Die Warburg-Gruppe decke finanzielle Risiken aus beanstandeten Cum-Ex-Geschäften deshalb umfassend ab. „Dies wird durch die Leistungsfähigkeit ihrer Mehrheitseigentümer, Dr. Christian Olearius und Max Warburg, gewährleistet.“

Am Tag darauf rechnet Richter Zickler vor, dass sich der Schaden auf rund 400 Millionen Euro belaufe. So viel sollten die Verantwortlichen zahlen. Und verantwortlich seien nicht nur die beiden Angeklagten, sondern auch die Finanzinstitute. Auch sie werde man zur Kasse bitten. Macht für die Warburg-Bank: 169 Millionen

Euro für den Eigenhandel und 109 Millionen Euro für zwei Fonds, die von der Bank aufgelegt wurden.

Damit war die Erklärung vom Vortag Makulatur. Der gute Wille war dahin. So viel werde man garantiert nicht zahlen, wehren sich die Warburg-Anwälte vehement. Dieses Geld sei gar nicht als Gewinn bei der Bank angefallen, andere hätten profitiert – und die Bank könne sich von ihnen das Geld nicht ohne Weiteres zurückholen. 46 Millionen Euro werde man zurückzahlen, den Gewinn aus den Cum-Ex-Geschäften, wird die Bank später mitteilen. Richter Zickler wird das kein bisschen beeindrucken. Jeder sei selbst dafür verantwortlich, mit wem er Geschäfte mache, wird er an einem späteren Verhandlungstag sagen.

11. Februar 2020, Landgericht Bonn

Der Angeklagte Martin S. erklärt, er werde beginnen, seine Steuerschulden zurückzuzahlen. „Wie bereits zuvor angekündigt, habe ich mich – unabhängig von irgendeiner strafrechtlichen Schuld – entschlossen, das Geld zurückzuzahlen“, sagt er. Ein Anfangsbetrag von drei Millionen Euro stehe bereit, um ausgezahlt zu werden. Richter Zickler zeigt sich erfreut.

Ende Februar 2020, Frankfurt

Erneut Razzien, dieses Mal trifft es die Frankfurter Niederlassung von ABN Amro und die Büros der Großkanzlei Clifford Chance. Üblicherweise läuft so etwas geräuschlos ab. Dieses Mal, so berichten Augenzeugen, gibt es Widerstand: Die Clifford-Anwälte sollen die Ermittler vehement daran gehindert haben, Beweismaterial zu beschlagnahmen. Ein Anwalt habe sich sogar mit dem

ABN-Amro-Banker, der Hauptbeschuldigte ist, in seinem Büro verschanzt.

18. März 2020, Landgericht Bonn

44. und letzter Tag der Hauptverhandlung im Landgericht Bonn. Das Finale. Und was für eines.

Morgens hält Oberstaatsanwältin Anne Brorhilker ihr Plädoyer. Die Cum-Ex-Geschäfte seien „organisierte Kriminalität“ gewesen, sagt sie. Und fordert milde Strafen für die beiden Angeklagten. Ohne Kronzeugen wie sie komme man der organisierten Kriminalität nicht bei.

Es folgen die Plädoyers der Verteidiger. Martin S. „hat seine Lektion gelernt. Wir bitten um eine milde Entscheidung, die nicht das Leben eines Menschen zerstört, der nicht mehr Teil des Problems, sondern Teil der Lösung sein will“, sagt die Anwältin von Martin S., dem Aktienhändler aus London. Er habe 35 Mal ausgesagt – und dabei Strukturen und Akteure offenbart.

Das Gericht zieht sich zur Beratung zurück.

Um 19.35 Uhr verkündet Richter Roland Zickler das Urteil: Ja, die beiden Händler sind der schweren Steuerhinterziehung schuldig. Sie haben geholfen, den deutschen Staat von 2006 bis 2011 um rund 440 Millionen Euro zu betrügen.

Martin S. wird zu einem Jahr und zehn Monaten Haft auf Bewährung verurteilt und muss 14 Millionen Euro zurückzahlen. Nicholas D. habe eine geringere Rolle gespielt, er erhält ein Jahr zur Bewährung. Erleichterung bei den Angeklagten.

Entsetzen bei den Anwälten der Warburg-Bank: Die soll 176,5 Millionen Euro zurückzahlen. Auch das ist juristisches Neuland. Denn Warburg war gar nicht angeklagt. Aber seit einigen Jahren dürfen in Deutschland Vermögen aus Straftaten eingezogen werden – auch bei Geschäftspartnern, die gar nicht selbst Täter sind.

Es folgt die Urteilsbegründung von Richter Roland Zickler. Gesprochen fürs Volk, in klaren, harten Worten, logisch und provokant.

Cum-Ex war schon immer illegal, stellt er klar. Gewiss, der deutsche Staat habe sich blamiert durch sein ineffizientes Handeln und wahrlich „kein Glanzstück“ abgeliefert. Aber, fragt Zickler flapsig: „So what?“

„Es gab keine Gesetzeslücke“, sagt er. „Wenn ich mein Haus nicht abschließe, ist das zwar leichtsinnig, aber keine Rechtfertigung dafür, dass da jemand reingeht.“

Wenn etwas nicht verboten sei, dann sei es erlaubt, hatten die Trickser stets argumentiert. Unsinn, widerspricht Zickler.

Die Rechtsgutachten, die von den Kriminellen in Auftrag gegeben wurden? Heiße Luft. Wertlos. Zickler wirkt verärgert: „Wir haben Aufsätze von Rechtsprofessoren gelesen, für die würden Sie als Hausarbeit an der Universität keine drei Punkte bekommen.“

Anfangs habe er einfach nur „gestaunt“. Aber wie seien die Geschäfte „rechtlich zu packen“? Wie kann man sie den Beteiligten nachweisen? Indem man dafür sorgt, dass einer nach dem anderen umfällt in diesem riesigen Dominospiel – und sich alle gegenseitig belasten.

Die letzte Verteidigungslinie der Cum-Ex-Zocker: Sie hätten gar nicht gewusst, um was es bei den Geschäften gegangen sei. Auch das: Unsinn. Die Zeugen sagten übereinstimmend etwas anderes. Die Beteiligten waren sehr wohl im Bilde. „Wenn ein Banker ein Investment vorgestellt bekommt, das ohne Risiko eine Rendite von zwölf Prozent in nur drei Monaten erzielt, dann kann er nicht an Marktineffizienzen glauben“, sagt Zickler. Das sei „absoluter Unsinn, um es nett auszudrücken“.

Ja, fügt er hinzu, die Strafen für Martin S. und Nicholas D. seien gering. Aber die beiden seien nicht „Taktgeber“ der Geschäfte gewesen. Sie sollten nicht „stellvertretend für andere Akteure bestraft werden“. Mit anderen Worten: Diese „anderen Akteure“ sind als Nächstes an der Reihe. Und dürfen nicht mit Milde rechnen.

Nicht lange, da legen die beiden Angeklagten, die Warburg-Bank und Staatsanwältin Brorhilker Revision ein. Der Fall wird also noch einmal aufgerollt – vor dem Bundesgerichtshof in Karlsruhe.

Und ganz am Ende stellt Richter Roland Zickler eine Frage, ganz einfach und direkt, sie fasst all das zusammen, worum seit zehn Jahren gestritten wird – die moralische Dimension dieses Prozesses. „Wollen wir wirklich in einer Welt leben, in der jeder jeden beschließt?“, fragt er. Und wünscht allen Beteiligten, sie mögen gesund durch die Corona-Epidemie kommen.

Cum-Ex: Wie gerissene Steuerräuber quer durch Europa mindestens 55 Milliarden Euro aus öffentlichen Kassen klauten – und wie sie den nächsten Coup planen

Von Oliver Schröm und Christian Salewski, mit Frederik Richter, Anne-Lise Bouyer, Manuel Daubenger, Karsten Polke-Majewski, Felix Rohrbeck, Ruth Fend, Benjamin Schubert, Marta Orosz, Simon Wörpel, Steffen Kühne, Lisa Quatmann, Alexandra Rojkov, Justus von Daniels, Luise Lange, Jonathan Sachse

London, 7. August 2018

Sie haben die Suite auf 18 Grad heruntergekühlt. Jede Schweißperle auf der Stirn wäre verräterisch. Sie dürfen nicht nervös wirken. Der Gast, den sie erwarten, hat nervös zu sein.

Der Blick vom 37. Stock des Shard macht sie leicht schwindlig. Vor der bodentiefen Fensterfront tigern die beiden Männer auf und ab. Der eine plappert aufgekratzt in einem fort, der andere ist still, äußerlich entspannt. Die ganze Londoner City breitet sich unter ihnen aus: die Themse, Canary Wharf, Tower Bridge, St Paul's Cathedral. In den Glastürmen des Finanzdistrikts spiegeln sich die Sonnenstrahlen. Die Menschen unten auf der Promenade, sie sind klein wie Ameisen.

Der Duft der Orchideen in der Porzellanvase liegt schwer in der Luft. Die Flasche Veuve Clicquot kühlt im Eiseimer auf dem Glastisch. Alles steht bereit. Fünf Kameras sind installiert. Eine in einer scheinbar achtlos auf dem Tisch abgelegten Windsor-Tüte.

Eine zwischen den Buchdeckeln eines Thrillers im Regal. Sie alle richten sich auf einen noch leeren Sessel der Sitzgruppe.

Als das Telefon um 13.51 Uhr klingelt, neun Minuten zu früh, zucken sie kurz zusammen. Die Singapurerin im eng geschnittenen, schwarzen Etuikleid hebt den Hörer ab und raunt ihnen zu: „Er ist da.“

Sie schauen sich an. Es geht los.

Oliver Schröm ist jetzt nicht mehr Chefredakteur von CORRECTIV, sondern Otto, der ältere eines Brüderpaars. Christian Salewski ist nicht mehr ein Reporter des ARD-Magazins „Panorama“, sondern der jüngere Halbbruder, Felix. Otto und Felix sind deutsche Milliardenerben mit Wohnsitz in der Schweiz, bereit, sich gleich auf ein fragwürdiges Investment im dreistelligen Millionenbereich einzulassen. Die Frau im schwarzen Kleid ist nicht mehr PR-Beraterin und Ehefrau eines Kollegen, sondern ihre Assistentin.

Zu ihrer Rolle gehört es, den Gast, der zu früh dran ist, noch nicht abzuholen. Ihn warten zu lassen. Mindestens noch 15 Minuten. Soll er doch in der Lobby schwitzen.

Der Gast, nennen wir ihn Amal Ram, wird 45 Minuten Zeit haben, den Milliardären sein Finanzprodukt schmackhaft zu machen. Die Reporter haben 45 Minuten Zeit, einen Verdacht zu erhärten, dem sie seit über einem Jahr nachgehen: dass nicht nur deutschen Steuerzahlern Unsummen geraubt wurden, sondern Bürgern in halb Europa. Und dass der größte Steuerraub aller Zeiten nicht vorbei ist.

Wenn Amal Ram das vorhat, was sie glauben, steht die nächste Runde unmittelbar bevor. Deshalb haben sie den Investmentbanker in eine Falle gelockt.

Als ihre Fake-Assistentin mit dem Fahrstuhl nach unten in die Lobby fährt, geht Otto ins Schlafzimmer. Er, der Senior, soll erst später dazukommen.

Sommer 2017: Die erste Enthüllung

331,8 Milliarden Euro. Um so viel hat eine Seilschaft aus Aktienhändlern, Steuerberatern, Bankern und Anlegern den Staat nachweislich ausgeplündert, wie ein achtköpfiges Team von „Panorama“, „Zeit“ und „Zeit Online“ 2017 enthüllte. Mehr als ein Jahr lang hatten die Journalisten Unterlagen von einem Datenstick ausgewertet. Sie belegten, in welchem Ausmaß sich Banken und Investoren Steuern auf Aktiengeschäfte zurückerstatten ließen. Diese windigen Finanzkonstrukte tragen die Namen Cum-Cum und Cum-Ex. Hinter diesen kryptischen Begriffen verbirgt sich eine perfide Maschinerie zum Gelddrucken.

Die genaue Ausgestaltung dieser Aktiengeschäfte rund um den Dividendenstichtag von Konzernen ist hochkomplex. Aber das Grundprinzip dahinter ist simpel: Die Deals dienen einzig und allein dem Zweck, Steuergeld einzuheimsen. Ansonsten steht keinerlei Wert hinter dem Handel. Jeder, der sich an diesem Geschäft beteiligt, wird reicher. Und der Staat wird ärmer, eins zu eins.

Man kann es sich vorstellen wie einen Betrug rund um das Kindergeld. Bei Cum-Cum-Geschäften lassen sich Deutsche, die gar keine Kinder haben, welche aus London schicken, melden sie in

Deutschland an und schicken sie ein paar Tage später wieder nach London. Das Kindergeld teilen sie mit den Vermittlungsagenturen. Bei Cum-Ex-Geschäften und deren Varianten werden die Kinder gleich auf mehrere Familien angemeldet. Pro Kind gibt es also mehrfach Kindergeld. Der einzige Unterschied: Bei Betrug mit Aktien geht es jedes Mal um Millionen.

Cum-Ex-Geschäfte sind also nicht einfach Steuervermeidung. Wer Steuern vermeidet, der zahlt nicht in die gemeinsame Kasse ein. Wer Cum-Ex-Deals macht, der nimmt etwas aus der Kasse heraus, was andere eingezahlt haben. Und was sie noch zynischer erscheinen lässt: Die Deals nehmen kurz vor der Finanzkrise richtig an Fahrt auf. Also in einer Zeit, in der der Staat die Banken vor dem Kollaps retten wird, wiederum mit Steuergeldern.

Was geht in den Köpfen von Menschen vor, die so handeln? Bislang gelang es nicht, die mutmaßlichen Täter zum Sprechen zu bringen. Schröm und Salewski wollen sie verstehen lernen. Denn nur so können sie herausfinden, bis wohin sie gegangen sind – und was sie als Nächstes tun werden.

CORRECTIV koordiniert ein Reporterteam aus zwölf Ländern. 37 Journalistinnen und Journalisten verfolgen die Spuren von Cum-Ex, Cum-Cum und vergleichbaren steuergetriebenen Geschäften durch ganz Europa. Undercover dringen Schröm und Salewski ins Innere dieser Maschinerie vor. In die Köpfe ihrer Ingenieure.

Um ihnen auf die Schliche zu kommen, müssen die beiden lernen, zu fühlen und zu denken wie die kriminellen Banker. Die Reporter werden sich eine neue Identität zulegen, sich von Kennern der Szene coachen lassen, sich verkleiden. Ein Hauptakteur der Cum-Ex-Szene wird sie in seine Welt mitnehmen. Auch ihn müssen

sie maskieren. Nur mit einem neuen Gesicht wird der Insider vor laufender Kamera exklusiv erklären, wie man sich einen eigenen Glauben schuf und die „Teufelsmaschine“ baute, wie er sie nennt.

Hamburg, Frühsommer 2017: Neue Daten und ein alter Bekannter

Schröm und Salewski, damals beide Reporter bei „Panorama“, stehen zusammen mit ihren Kollegen kurz vor der Veröffentlichung des Milliardenraubzugs, als sie einen zweiten USB-Stick bekommen. Er enthält interne Unterlagen und Kommunikation von Banken, Hedgefonds und großen internationalen Wirtschaftskanzleien. Vor der Ausstrahlung der Sendung können sie das neue Material nicht mehr auswerten.

In den Tagen danach finden sie eine E-Mail auf dem Stick, datiert auf den 7. Januar 2007: „Lieber Paul“, beginnt die Nachricht und teilt das Ergebnis einer verabredeten Recherche mit: Steuerexperten der Kanzlei hätten herausgefunden, dass man solche Strukturen in der Schweiz und Österreich aufbauen könne. Des Weiteren sei es sehr wahrscheinlich möglich, solche Strukturen in Finnland, Spanien und Frankreich aufzusetzen.

Der Absender ist Hanno Berger, bekannt als „Mr. Cum-Ex“. Der 67-Jährige ist eine Steuerekoryphäe mit eigener Kanzlei in Frankfurt – und war Hauptprotagonist ihres „Panorama“-Films. Berger erstellte Rechtsgutachten. Sie legten dar, dass es legal sei, sich Steuern erstatten zu lassen, die nie gezahlt wurden. Der Empfänger: Paul Mora, Aktienhändler, ebenfalls ein Cum-Ex-Mastermind der ersten Stunde. Er orchestrierte die Aktiendeals. Er plante, welcher Partner wann welche Aktien kaufen sollte.

Nur, warum finden die Reporter keinerlei Medienberichte über solche Aktiengeschäfte in den erwähnten Ländern? Haben Berger und Mora ihre Pläne dort nie umgesetzt?

Oder aber haben sie die Länder geplündert – und die wissen bis heute nichts davon? Passiert es womöglich noch in diesem Augenblick?

Denkbar ist es: Das Steuergeheimnis erschwert es der Justiz der europäischen Länder, sich auszutauschen. Deutsche Staatsanwälte können ihre ausländischen Kollegen nicht einfach warnen, wenn sie Hinweise haben, dass ihre Nachbarn ausgeraubt werden. Als würde man mit dem Fernrohr einen Mord hinter der Grenze beobachten und nicht bei der Polizei anrufen.

Und noch eine Information erhält das „Panorama“-Team, die alle elektrisiert: Die Staatsanwaltschaft Köln hat jetzt einen Insider, der gegen seine ehemaligen Kollegen aussagt. Es handelt sich um Benjamin Frey, die einstige rechte Hand von Hanno Berger. Frey heißt eigentlich anders. Schröm erinnert sich gut an ihn.

2014 trifft Schröm den Cum-Ex-Anwalt in einer Lounge am Zürcher Flughafen. Er hat gerade im „stern“ enthüllt, wie eine Reihe von prominenten Investoren, allen voran Carsten Maschmeyer, Millionen in Cum-Ex-Geschäfte steckten, angeblich, ohne gewusst zu haben, dass die Rendite aus der Steuerkasse stammt. Bergers Kompagnon will den Reporter davon abbringen, in einem Folgeartikel seinen Namen zu erwähnen. Er tritt in der Uniform der Bankingszene auf: maßgeschneiderter Anzug, rote Krawatte. Der Tonfall: selbstbewusst bis herablassend. Das Treffen geht wenig harmonisch auseinander.

Der asketisch aussehende Mann, auf den Schröm im Frühsommer 2017 am Kölner Flughafen trifft, hat wenig mit dem arroganten Anwalt von damals zu tun. Die Krawatte ist weg. Statt Lederschuhen trägt er Camper. Bevor Frey über die Vergangenheit spricht, sprudelt aus ihm heraus, dass er nun Sport macht. Seine Ernährung umgestellt hat. Keinen Alkohol mehr trinkt. Jeden Morgen duscht er 20 Minuten eiskalt, geht bei Wind und Wetter in Shorts in den Garten, macht Atemübungen, meditiert.

„Bei mir hat sich auch etwas im Kopf getan. Das müssen Sie mir glauben“, sagt Frey. Ein anderer Mensch sei er geworden. Tatsache ist: Er hat die Seiten gewechselt. Seit sechs Monaten stellt sich Frey den Fragen der Staatsanwaltschaft in Köln, ob nun aus Kalkül oder aus Überzeugung. „Ich habe die Hosen heruntergelassen, bis auf die Knöchel“, beteuert er.

Frey erzählt von dem Tag, der die Wende einleitete.

22. Oktober 2014, sechs Uhr morgens. Frey steht in seiner Zürcher Villa mit Seeblick unter der Dusche. Es klingelt. Draußen stehen acht Polizisten, halten seiner Frau, die mit dem Baby auf dem Arm die Tür öffnet, ihre Dienstausweise vors Gesicht. „Es war der Tag der größten Angst in meinem Leben“, sagt Frey. Die Polizisten durchsuchen seine ganze Villa, er muss mit auf die Wache, darf nur noch rasch eine Zahnbürste einpacken. Von da an lebt er mit der Angst.

Straffreiheit gegen Aussagen, darauf hofft Frey. Deshalb spricht er mit der Staatsanwaltschaft. Rückhaltlos, wie er sagt. Andernfalls drohen mindestens sieben Jahre Gefängnis wegen Mittäterschaft beziehungsweise Beihilfe zur Steuerhinterziehung und zum gewerbsmäßigen Betrug.

Frey verspricht, sich auch gegenüber den Reportern zu öffnen. Die einzige Bedingung: Sein Name darf nicht erwähnt werden. Anonymität gegen exklusives Interview. Das ist der Deal.

Kopenhagen, 4. Oktober 2017: Die Grenzüberschreitung

Auch in Dänemark recherchieren Journalisten zu Cum-Ex. Um 1,7 Milliarden Euro wurden die Steuerzahler dort betrogen. Im Büro des dänischen öffentlichen Rundfunks projizieren Schröm und Salewski Bergers E-Mail an die Wand – sie sorgt auch bei den dänischen Kollegen für Aufregung.

Paul Mora, der Empfänger der E-Mail, erzählen sie, war Geschäftspartner von Sanjay Shah. Und so, wie das deutsche Team die Spuren von Berger und Mora verfolgte, hatten sich auch die dänischen Reporter über Monate an die Fersen von Shah geheftet.

Shah hat Dänemark um 1,3 Milliarden Euro erleichtert. Allein mit seinem Hedgefonds Solo Capital LLP erbeutete er noch knapp 750 Millionen Euro, als in Deutschland schon wegen Cum-Ex ermittelt wurde. Er ist, so erfahren die Deutschen nun, mittlerweile Dreh- und Angelpunkt des Milliardenbetrugs.

Nun fügen sie die Teile zusammen.

Shah, Investmentbanker in London und Sohn indischer Einwanderer, wendet die gleiche Mechanik an wie Mora und Berger. Und wie Mora und Berger setzt sich auch Shah ab – nach Dubai. Er lebt auf der sogenannten „Palme“, einer Gruppe künstlich angelegter Sandinseln mit Luxusapartments, die aus der Vogelperspektive eine Palme bilden.

Die Journalisten stoßen gemeinsam auf eine Tabelle. Eine Spalte listet die Länder auf, in denen Berger und Mora Cum-Ex-Deals erproben wollen: Spanien, Italien, die Niederlande, Österreich. In der nächsten Spalte haben sie jeweils das Ergebnis ihrer Tests festgehalten: „Funktioniert.“ Der europäische Raubzug nimmt Gestalt an. Aber ein Plan ist noch kein Beleg.

Journalisten können das tun, was das Steuergeheimnis den Staatsanwälten verbietet: Sie können über Grenzen hinweg miteinander reden.

Auch investigative Reporter behalten ihre Informationen normalerweise für sich. Jeder ist hinter dem Scoop her, der exklusiven Geschichte. Doch wenn große Datenmengen und grenzüberschreitende Verstöße im Spiel sind, schließen sie sich immer öfter zusammen, teilen Ressourcen, Fachwissen und Netzwerke miteinander.

Den deutschen und dänischen Reportern wird klar: Selbst wenn es auf den USB-Sticks Belege für einen europäischen Raubzug gibt, reichen zwei Reporterteams nicht aus, um die Datenmengen zu verarbeiten. Zudem kennen sich weder deutsche noch dänische Journalisten mit dem Steuerrecht in Italien oder Frankreich aus oder haben genügend Kontakte in deren Finanzszenen.

Um herauszufinden, ob Hanno Berger, Paul Mora und Konsorten Europa ausgeraubt haben, müssen sie sich breiter aufstellen.

Berlin, 2. Februar 2018: Das Netzwerk

15 Journalistinnen und Journalisten aus halb Europa versammeln

sich im Berliner Büro von CORRECTIV. Sie arbeiten für Follow the Money in den Niederlanden, „El Confidencial“ in Spanien, „Addendum“ und „News“ in Österreich, „Republik“ in der Schweiz. Kollegen der bestens in der Londoner Bankenwelt verdrahteten Nachrichtenagentur Reuters sind auch dabei.

Das Treffen ist der Auftakt des Projekts „The CumEx-Files“. Die Tech-Kollegen von CORRECTIV führen die internationalen Kollegen in die Datenbank ein, die sie gebaut haben. Auf deren Laptops installieren sie eine Software, mit der sie abhörsicher kommunizieren können.

„In Spanien hat noch nie jemand das Wort Cum-Ex gehört“, erzählt die Reporterin von „El Confidencial“ in der Pizzapause. „Mich haben Kollegen gefragt, ob ich jetzt auf Lateinisch arbeite“, sagt ein italienischer Journalist.

Die „CumEx-Files“ umfassen mehr als 180.000 Seiten, zusammengetragen aus vielen verschiedenen Quellen. Interne Gutachten von Banken, Steueranwaltskanzleien und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften, Kundenkarteien, Tabellen mit gehandelten Aktien, E-Mails, Kontoauszüge sowie Durchsuchungsprotokolle und Aufzeichnungen von abgehörten Telefonaten. Dazu kommen Interviews mit Whistleblowern und Insidern.

Es ist ein Blick in den Maschinenraum der Cum-Ex-Welt. Allerdings ist es ein Blick in die Vergangenheit.

Keine vier Wochen später meldet sich die Gegenwart.

Frankfurt, März 2018: Ein unmoralisches Angebot

Die Gegenwart lugt aus der Innentasche eines Jacketts. Es handelt sich um ein schriftliches Angebot für ein steuergetriebenes Aktiengeschäft. Ein Informant aus Dubai hat es erhalten. Selbst tief in Cum-Ex-Deals verstrickt, wollte er nicht persönlich mit den beiden Reportern sprechen. Zu gefährlich. Aber er schickt einen Mittelsmann zum Frankfurter Flughafen.

Es geht weiter mit steuergetriebenen Geschäften, mit neuen Varianten von Cum-Ex, Cum-Cum und ähnlich gelagerten Deals, sagt der Vermittler. Jetzt, in diesem Moment.

„Sie glauben mir nicht?“, fragt der Vermittler und greift nun ins Innere seines Jacketts. Er zieht die Papiere heraus. „Dieses Angebot“, sagt er, „ist von letzter Woche. Der Anbieter ist auf Suche nach Anlegern. Sie sollen zwischen 150 und 200 Millionen investieren.“

Er macht keine Anstalten, Schröm und Salewski das Papier auszuhändigen. Stattdessen referiert er:

„Die Anlage soll zwischen 100 und 150 Tage laufen. Es werden Aktien gehandelt. Hier wird das ‚overall risk‘ beschrieben, das übergeordnete Risiko. Das können Sie gleich mal nachlesen, es steht überall: ‚low, low, low‘.“ Und trotz des geringen Risikos soll die Anlage hochprofitabel sein: „Wenn Sie mit 200 Millionen reingehen, können Sie mit einer Rendite von zwölf Prozent rechnen, ungefähr so hoch wie bei Cum-Ex in Deutschland, als es dort noch möglich war.“

Salewski: „Es schaut ja fast so aus, als wären die Geschäfte noch lukrativer als früher.“

Der Vermittler lacht. „Das ist die Ironie der Geschichte. Die Erträge sind deswegen so gut, weil der Markt enger geworden ist. Kein Wunder, die Staatsanwälte versuchen ja mittlerweile, ihn abzugraben. Für diejenigen, die weiter aktiv sind, werden die Preise also besser.“

Salewski: „Können wir das Papier haben?“

Der Vermittler schüttelt den Kopf und steckt das Dokument wieder in die Jackentasche. „Es wäre zu leicht rückverfolgbar, woher Sie es haben. So etwas wird nur an einen handverlesenen Kreis von Interessenten verschickt.“

Schröm: „Kennen Sie den Händler?“

Der Vermittler: „Nicht persönlich.“

Schröm: „Aber Sie kennen den Namen?“

„Ja. Amal Ram.“

Amal Ram, der Mann, den die beiden Reporter undercover in dem Londoner Luxushotel treffen werden, ist ihnen da noch kein Begriff.

Köln, 24. April 2018: Die Maske

Eine Maskenbildnerin hat tagelang an Benjamin Freys neuem Gesicht gearbeitet. Schläuche verbanden seine Nase, um ihm das Atmen zu ermöglichen, während sie feuchtes Silikon auf sein Gesicht auftrug, Schicht um Schicht. Auf den Abdruck modellierte sie ein zweites Gesicht. Neue Nase, neues Kinn, neue Lippen und Wangenpartien. Jetzt schmiegt sich die zweite Haut aus festem Silikon an Freys echte. Er blinzelt, macht ein Selfie mit dem Handy und schickt es seiner Frau. „Kennst du den Typ?“, schreibt er. Sie kennt ihn nicht. Test bestanden.

Frey hat sich genau überlegt, was er sagen wird, zwei Tage, jeweils vier Stunden. Er wird seine Geschichte, auf die er die Reporter seit fast einem Jahr hat warten lassen, hoch strukturiert und konzentriert erzählen. Bevor er zu sprechen beginnt, reißt Frey die Augen unter seinem neuen Gesicht auf, pumpt sich ein paar Mal mit Luft voll. Sein künstliches Gesicht sieht in dem Moment Furcht einflößend aus. Für ihn sind es beruhigende Atemübungen. „Ich habe einer Menge Menschen mit sehr viel Macht, sehr viel Einfluss, sehr viel Geld das Spiel verdorben“, beginnt er. „Deswegen habe ich diese Maske auf. Und deswegen habe ich Angst.“

Dann nimmt er die Reporter mit in seine Welt. Von unten nach ganz oben. Ins „Raumschiff“, wie er es nennt.

Benjamin Frey wächst in bescheidenen Verhältnissen auf. In der Provinz, wo man „entweder Arbeiter, Landwirt oder Arbeitsloser“ wird. Er ist ehrgeizig, will raus aus dieser Welt und schließt ein Jurastudium 2001 so gut ab, dass er sich um keinen Job bewerben muss. Er wird umworben.

Eine Großkanzlei hat für ihr jährliches Anwaltstreffen in London über 2.000 Anwälte aus aller Welt eingeflogen. Auch Frey lädt sie ein. Er kann sich gerade seinen ersten Anzug von der Stange leisten. Für das Abendessen hat die Kanzlei das gesamte Victoria and Albert Museum in London gemietet. Frey guckt nach oben, zur großen Kuppel der Haupthalle hinauf, unter der zwischen Ritzterüstungen und Gemälden die runden Zehntertische mit feinem Tischtuch aufgestellt sind.

Auf einem von ihnen steht eine Tischkarte mit dem Namen Benjamin Frey. Rechts und links von ihm sitzt je ein Partner der Kanzlei. Beim Dinner stellen sie dem Musterabsolventen Fragen zu seinem Leben, seinen Zielen, seinen Einstellungen, auch zu Geld. Er hat keins und will viel. „Bei diesem Raumschiff wurde nicht eine Tür geöffnet und eine Treppe runtergelassen. Die haben mich reingezogen. Und dann hob dieses Raumschiff ab.“

In diesem neuen Universum gelten andere Regeln als in der Welt, die er kannte. Noch heute argumentieren die Cum-Ex-Prediger, allen voran Hanno Berger, dass sie lediglich die Möglichkeiten des Rechts ausgeschöpft hätten. „Ob das moralisch verwerflich ist, ist ja kein Kriterium“, sagte Berger einst. Er wird später Freys Chef, Übervater und Mentor.

Die Industrie ersetzt moralische Überlegungen mit einem eigenen, einem alternativen Glaubenssystem. In diesem System steht der Staat nicht für den Volkswillen. Er ist der Feind, weil er den Menschen – genauer: den Klienten – etwas wegnehmen will. Ob die mehr als genug haben oder nicht, spielt keine Rolle. „Steuern sind für diese Menschen Kosten. Und Kosten gehören reduziert, am besten auf null.“

Der einzige Leitfaden mit normativer Autorität ist paradoxerweise das Gesetz, das ja der Feind irgendwann gemacht hat. Aber Berger und seine Kollegen schreiben mit an dem Gesetz. Sie bezahlen „renommierte“ Rechtsprofessoren dafür, Gutachten zu erstellen, die das Recht in ihrem Sinne auslegen. Aktienhändler und Investmentbanker wiederum stützen sich auf diese juristischen Gutachten wie auf eine heilige Schrift.

Ein Aktienhändler hat Frey von seinem ersten Arbeitstag bei einer großen amerikanischen Investmentbank im Steuerbereich in London erzählt. Auf seinem Arbeitsplatz lag ein sehr dickes Buch, das sie die Bibel nannten. Eine Zusammenstellung von Steuergutachten aus ganz Europa. Sie beschrieben, wo und wie man die besten Deals in den jeweiligen Ländern macht.

Das erste Gebot der Investmentbanker lautet: Du sollst Geld vermehren. Das erste Gebot der Steuerberater lautet: Du sollst alle rechtlichen Möglichkeiten ausnutzen. Du sollst nicht stehlen: Das steht nirgends.

Berger, ein Pfarrerssohn, argumentiert mit der an Fanatismus grenzenden Konsequenz, zu der vielleicht nur Konvertiten in der Lage sind. Jahrelang hat er diesem Staat, dem Feind, nicht einfach nur gedient. Als Regierungsdirektor am Frankfurter Elitefinanzamt war er der „gefürchtetste Bankenprüfer Deutschlands“, so Frey. Er machte seinen Job so gut, dass die großen Banken den Erzählungen nach irgendwann sagten: Den können wir nicht schlagen. Also müssen wir ihn kaufen.

Den Angeboten der Banken widerstand Berger eine Weile. Irgendwann kam eine Anwaltskanzlei und bot ihm ein siebenstelliges Gehalt. Berger wurde schwach. Im Jahr 1996 stieg Berger beim

Finanzamt aus – und wurde zum bekanntesten Steuertrickser der Republik.

Die Quandts, Eigentümerfamilie hinter BMW, Unternehmen wie Adidas und Karstadt, sie alle pilgerten zu Berger. „Selbst Fußballnationalspieler und einen Bundespräsidenten, der liebe Gott hab ihn selig, habe ich auf dem Schreibtisch als Fall liegen sehen“, sagt Frey.

Die Steuerprobleme der Reichen wegzumachen, das ist noch das normale Geschäft einer Kanzlei wie der von Berger. Aber mit Cum-Ex und Cum-Cum verwandeln sich Steuern von einer drohenden Belastung zu einem Quell der Bereicherung.

Um den genauen Ursprung der Konstruktion ranken sich mehrere Mythen. Einigkeit besteht darüber, dass es mit einem technischen Fehler begann.

Frey zufolge ist ein Aktienhändler bei einer amerikanischen Investmentbank zufällig darauf gestoßen. Er hatte Aktien gekauft, die aber erst vier Tage später geliefert wurden. Zwischen Kauf und Lieferung lag der Dividendenstichtag, an dem der Gewinn aus der Aktie an die Eigner ausgeschüttet wird. Dieser Gewinn wird in Deutschland besteuert. Deutsche Eigner konnten sich die Steuer damals wieder zurückholen, weil sie zuvor schon eine Körperschaftsteuer bezahlt hatten. Der Händler hatte plötzlich einen Betrag in Höhe dieser Steuer in seinen Büchern stehen, ohne die Aktie selbst zu besitzen. 50 Millionen Pfund.

Der Trader wollte den Betrag wieder loswerden, weil er ihm nicht zustand. Er wandte sich an den Verkäufer der Aktie. Dem war die Steuer aber auch schon erstattet worden. Die Steuerabteilung

seiner Bank ließ eine Anwaltskanzlei prüfen, wie man das Geld dem Finanzamt wieder zukommen lassen konnte. Die Antwort: Das könnt ihr behalten. Es gibt kein Gesetz, das eine mehrfache Auszahlung verbietet. Und was nicht explizit verboten ist, ist erlaubt. Der Banker behielt das Geld. Und weil die Steuerauszahlung automatisch geschah, ließ sich der Trick unendlich oft wiederholen.

Man muss nur genügend Geld für den Handel mit Aktien aufreiben, für wenige Tage. Man kann sich die Wertpapiere auch einfach nur leihen. Und viele andere Spielarten erfinden, ob sie Cum-Ex heißen oder Cum-Cum oder anders. Entscheidend ist: Die Transaktionen finden um den Dividendenstichtag herum statt. Und die Gewinne entstehen nicht durch eine Wertsteigerung der Aktie selbst. Sie bestehen ausschließlich aus dem Steuerbetrag.

Frey: „Es war, als hätte man Fort Knox geknackt, nur noch besser. Warum? Weil der Staat die Quelle des Geldes war, und die konnte nicht versiegen. Wenn es das perfekte Verbrechen gibt, dann ist es das.“

Plötzlich werden Geschäfte mit 60 Prozent Rendite aufs Jahr gerechnet möglich. Das Risiko: null. Außer, dass man auffliegt. Oder der Staat nicht mehr auszahlt.

Der Raubzug, das ist Frey wichtig, wird nicht wie in dem Film „Ocean’s Eleven“ von einer kleinen Zahl genialer Ganoven ausgeführt. Am Werk ist eine ganze Industrie aus Bankern, Anlegern, Steuerberatern – Hunderte von Menschen, über viele Länder verteilt.

Investmentbanker und Hedgefonds bauen das Vehikel. Trader bringen es an die Investoren. Die schießen im Schnitt 100 Millionen Euro ein. Die Banken geben Kredite hinzu. Sie hebeln das Geschäft auf das bis zu 20-fache Volumen und stellen die Steuerbescheinigungen aus. Die Steueranwälte schreiben in Gutachten, dass alles legal sei. Alle verdienen mit. Frey selbst: 50 Millionen Euro, die er nun zurückgeben muss.

Frey nennt es „organisierte Kriminalität in Nadelstreifen“. Sie ist grenzüberschreitend, aber findet virtuell statt. Kommt ohne Geldkoffer aus, die über Grenzen geschafft werden, ohne mafiöse Tischrunden in Hinterzimmern. Alle Rädchen in dem Getriebe wissen, was sie zu tun haben. Die eigentlichen Deals werden über Prepaidtelefone vollzogen. Für die Absprachen gibt es also keine Zeugen, kaum Belege.

Und der Staat? Der segnet die eigene Ausplünderung auch noch ab.

2002, zehn Jahre nachdem jemand aus dem hessischen Wirtschaftsministerium erstmals vor solchen Geschäften warnte, weist der Bankenverband das Bundesfinanzministerium auf die Gefahr einer doppelten Auszahlung hin – und liefert gleich eine Idee mit, wie das Problem beseitigt werden könnte.

2007, ein Jahr bevor Lehman Brothers pleitegeht und die globale Finanzkrise auslöst, setzt die Politik diesen Vorschlag des Bankenverbands ohne jegliche Änderung um – und eröffnet damit die Cum-Ex-Party erst so richtig. Ihren Höhepunkt, so Frey, erreicht sie 2010.

Frey erklärt das einerseits mit intensiver Lobbyarbeit. Und andererseits mit der Komplexität des Steuerrechts: „Diejenigen, die

das irgendwann mal ins Gesetz geschrieben haben, verstehen gar nicht mehr, was für eine Maschine sie da gebaut haben. Deswegen holt man sich die Mechaniker, wenn etwas zu verändern ist, lieber aus der Industrie.“ Er hat noch ein anderes Bild für den Vorgang: Der Staat fragt die Füchse, wie man denn die Tür zum Hühnerstall so verriegeln könnte, dass sie nicht mehr reinkommen.

Das Prinzip von Gier lautet: Es ist nie genug. Bei Frey äußerte sie sich so: „Sie haben einen Status und denken: Jetzt habe ich es geschafft. Dann treffen Sie auf jemanden, der hat nicht nur einen Porsche, sondern der hat zwei. Und dann kommt auch diese Energie dazu, Sie sind ja ständig unterwegs. Ich dachte, ich wäre ein besserer Mensch, weil ich im Flugzeug vorne sitzen darf. Und auf Langstrecke dürfen Sie auch noch erste Klasse fliegen, denken: Jetzt habe ich es geschafft! Dann steigen Sie aus, und der Trader, den Sie in der Besprechung treffen, kam mit dem Privatjet.“

Freys Traum war einmal eine Villa auf Mallorca. Er ist zu Besuch in der Villa eines Geschäftspartners, der zwei Villen auf Mallorca hat, beide mit über 1.000 Quadratmeter Grundfläche. Wieso er zwei Villen auf einer Insel habe, fragt Frey. Die Antwort: Im Norden sei es im Schnitt zwei Grad kühler. Wenn es in der Südvilla im Sommer zu heiß werde, ziehe er in die im Norden.

Auch bei Cum-Ex, Cum-Cum und vergleichbaren Aktiengeschäften gibt es ein kleines Saisonproblem: In Deutschland funktioniert der Coup nur einmal im Jahr, zum Dividendenstichtag. Wenn man das Konstrukt auch für andere Länder aufsetzen würde, hätte man eine Ganzjahresgeldmaschine. Andere Länder, andere Stichtage, mehrere Jagdsaisons.

Am Anfang steht die Gier. Aber irgendwann, sagt Frey, werde Geld zur abstrakten Größe. Es gehe nicht mehr um die nächsten Millionen. Es gehe um Herausforderungen, um Thrill. Man könnte auch sagen: Zur Gier gesellen sich Arroganz und Allmachtsfantasien.

„Stellen Sie sich ein 38 Stockwerke hohes Haus in Frankfurt vor. Wenn Sie dann runtergeguckt haben auf die Straße, auf die Taunusanlage, dann haben Sie nur noch ganz kleine Menschen gesehen. Wir haben von da oben aus dem Fenster geguckt und haben gedacht: Wir sind die Schlausten. Wir sind die Genies. Und ihr seid alle doof.“

Wobei: Manchmal hat man sich die Menschen dort oben, im 32. Stock im Skyper in Frankfurt, Taunusanlage 1, offenbar zumindest vorgestellt. Bei Meetings mit Bankern fallen Sprüche wie: „Wer sich nicht damit identifizieren kann, dass in Deutschland weniger Kindergärten gebaut werden, weil wir solche Geschäfte machen, der ist hier falsch.“

Niemand verlässt den Raum.

Skrupel, betont Frey, habe er auch unter den Anlegern nicht erlebt: „Ich kenne kaum einen, der unser Angebot ausschlug.“ Die wenigen Ausnahmen hätten dies aus Angst vor Reputationsverlust getan, falls es durch die Medien öffentlich werden würde. Wahrscheinlich hätten nicht alle jede Einzelheit der Deals verstanden. Aber das Grundprinzip, das sei jedem klar gewesen: „Die Rendite kommt vom Staat. Und der Staat kann nicht pleitegehen.“

Und wenn einem doch mal so ein Gefühl dazwischenkommt, dass vielleicht nicht alles okay sei?

Frey sagt: „Lässt du diesen Gedanken zu, fliegst du aus dem Team. Dann wirst du aus diesem Raumschiff rausgeschmissen.“

Als Frey den Gedanken im Frühjahr 2016 nicht nur zulässt, sondern auch äußert, treffen sich die Freunde von damals auf dem Zürcher Flughafen. Für Frey fühlt es sich an wie ein Tribunal. An einem großen Konferenztisch sitzt er mit seinem Rechtsanwalt auf der einen Seite. Alle anderen gegenüber, zwei an der Stirnseite. Eineinhalb Stunden lang wirken seine Weggefährten auf ihn ein. Präsentieren Gesetzestexte, die ihn überzeugen sollen, dass sie im Recht seien und dass der Staat nach wie vor der Feind sei. Dass man nicht mit ihm kooperieren müsse, wie es Frey da laut überlegt, sondern ihn bekämpfen könne, „mit dem scharfen Schwert des Gesetzes“. Hanno Berger, Freys Mentor, hat da schon die Staatsanwälte mit der ersten Strafanzeige überzogen, wegen der Verfolgung Unschuldiger.

Irgendwann sagt Freys Anwalt zu der Runde: „Wissen Sie, wir haben das alles gehört. Aber wir machen alles genau anders.“ Genau anders heißt: Wir kooperieren mit der Justiz.

Stille. Frey rutscht auf seinem Stuhl runter und wartet auf die Explosion. Doch die Welt explodiert nicht. Es bilden sich Schweißperlen. Auf den Stirnen der Männer auf der anderen Tischseite. Panik greift um sich. So erzählt es zumindest Frey.

Fakt ist: In den folgenden Monaten werden weitere Verdächtige zum Feind überlaufen.

Hanno Berger wird von seinem mondänen Bergdorf in der Schweiz aus weiter prozessieren. Nicht nur gegen die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft. Auch gegen Schröm und dessen

Kollegen wird er Strafanzeige stellen. In von der Staatsanwaltschaft abgehörten Telefonaten schimpft Berger über „Schweine-richter“, nennt den Staat „totalitär“ und „links-faschistoid“.

In seinen strafrechtlichen Angelegenheiten wird Berger vertreten von: Wolfgang Kubicki. Wären die Koalitionsgespräche 2017 nicht geplatzt, wäre der Vizepräsident des Bundestages und stellvertretende Bundesvorsitzende der FDP heute wohl Finanzminister.

Noch eine Frage haben die Reporter an Frey: „Jetzt, wo Cum-Ex in Deutschland nicht mehr funktioniert – gibt es in Europa noch Märkte, wo diese Geschäfte möglich sind?“

Frey: „Woher wissen Sie, dass es in Deutschland nicht mehr funktioniert?“

Die Meister, meint er, versteckten sich zwar derzeit. Aber ihr Wissen sei noch da. In den Köpfen ihrer Schüler. „Es wird wieder passieren. Ich bin sicher: Die neue Generation arbeitet schon an einem neuen Sturm.“

Hamburg/Berlin, Mai 2018: Partys, Fische und ein Drucker

Ist Amal Ram, der Mann mit dem unmoralischen Angebot, ein Vertreter dieser neuen Generation?

Es braucht nur wenige Mausklicks, um den Händler zu identifizieren: Amal Ram, Jahrgang 1984, studierte an der Queen Mary University, London. Seine beruflichen Stationen: Maple Bank, Solo Capital und eine Privatbank in Hamburg. Es ist eine Cum-Ex-Bilderbuchkarriere, die nur einen Schluss zulässt: Ram

ist ein Zögling von Sanjay Shah. Von dem Mann, der Dänemark ausgeraubt hat.

Sanjay Shah gehört zu den schillerndsten Figuren der Cum-Ex-Szene. Nicht einmal Berger habe mit ihm Geschäfte gemacht, meint Frey. Selbst der fand Shah zu dubios. Frey nennt ihn: Cowboy. Verrückter Hund. Autist.

In sehr kurzer Zeit sei Sanjay Shah dank Cum-Ex Milliardär geworden, wahrscheinlich mehrfacher. Jedes Jahr, zum Formel-1-Wochenende, lädt er auf seine riesige Yacht vor Abu Dhabi ein. Die Yacht trägt den Namen „Cum-Ex“. Die Partys sind so legendär wie die Konzerte mit Popgrößen wie Prince und Lenny Kravitz, die Shah in London und in der Wüste veranstaltet.

Und wie sein Büro in einem der Türme des Finanzdistrikts von Dubai.

Als Frey das Büro betritt, das so groß ist wie eine Turnhalle, ist es so gut wie leer. Die internationalen Ermittlungen gegen Shah laufen schon, und die Menschen, die dort einmal arbeiteten, sind weg. Dafür schwimmen dort seltene Fische. In einem riesigen Aquarium, das in der Mitte der Halle steht. So groß wie ein Swimmingpool. „Ich bin nicht gut in Metern“, sagt Frey. „Aber es waren bestimmt fünf mal zehn.“

Ob man ein kleines Land wie Dänemark ausraubt oder nicht, ist für die Branche eine Frage der Risikobereitschaft. Dänemark hat wenige große Aktiengesellschaften, da fallen hohe Rückzahlungsforderungen auf. Ja, man fordert den Gegner, den Staat, förmlich heraus. Zumal, wenn im benachbarten Deutschland die Ermittlungen auf vollen Touren laufen.

Frey erinnert sich, wie einer der Trader einmal zu ihm sagte: „Shah bringt uns noch alle ins Grab. Er übertreibt es.“ Wenn man den Exzess zum weiteren Exzess treibe, dann könne es gefährlich werden. „Fast alle Aktienhändler wussten, dass es Grenzen gibt. Er nicht.“

Shah ist auch noch findiger als die anderen: Er findet einen Weg, nicht nur die Staaten zu bestehlen, sondern auch die Investmentbanken zu umgehen. Die Banken stellen für die Maschinerie das Schmiermittel zur Verfügung, in Form von Millionen-, sogar Milliardenkrediten. Und sie stellen die Bescheinigungen aus, mit denen sich die Kapitalertragsteuer erstatten lässt. Dafür wollen sie einen Anteil. Was macht Shah? Er kauft sich einfach eine kleine Bank in Hamburg. „Wenn Sie alles selber steuern können, wenn Sie keinen Partner mehr brauchen, müssen Sie auch die Beute nicht teilen“, erklärt Frey.

In Cum-Ex-Kreisen raunt man sich zu: Shah hat nur einen Drucker. Mehr braucht er nicht, um sich Steuerbescheinigungen auszudrucken. In Shahs Händen wird das komplexe, vielschichtige System zu einem in sich geschlossenen Kreislauf. Darin lässt er dieselben Aktien bis zu 20 Mal rotieren – jedes Mal wird die Steuer kassiert. *Looping* nennt man diese hochgezüchtete Form der Cum-Ex-Trades.

Hamburg/Berlin, Juni 2018: Ein Strohmann und sein Briefkasten

Sollte sich dieser Amal Ram tatsächlich noch mehr trauen als sein dubioser Ziehvater Shah derzeit? Ist er ein Wahnsinniger? Und folgt das Investment, das er anbietet, tatsächlich der Logik von Cum-Ex oder Cum-Cum? Um das herauszufinden, sorgen Schröm

und Salewski dafür, dass Ram am 21. Juni 2018 eine E-Mail erhält. Der Absender: Simon M. Keynes, Repräsentant einer Briefkastenfirma, registriert in einem europäischen Offshoreland.

„Lieber Amal, Herr Smith (Name geändert, Anm. d. Verf.) in Dubai berichtete mir von Finanzierungsmöglichkeiten, die Sie im Angebot haben. Ich glaube, die Familie, die ich über ein Single Family Office vertrete, ist grundsätzlich an solchen Geschäften interessiert. Wir haben in den letzten Jahren viele gute Erfahrungen gesammelt (z.B. bei einer Bank in Hamburg).“

Er betont, dass die Familie sehr empfindlich in Bezug auf Reputationsrisiken sei. Diskretion vorausgesetzt, stellt Simon M. Keynes ein baldiges Gespräch in Aussicht. Ram möge doch im Vorfeld weitere Unterlagen schicken.

Der Name Simon M. Keynes ist falsch, ebenso die E-Mail-Adresse, die hinter dem @-Zeichen den Namen der Briefkastenfirma beinhaltet. Die Briefkastenfirma selbst allerdings ist echt. Seit mehr als zehn Jahren ist sie im Handelsregister eingetragen und gehört einem langjährigen Informanten von Schröm, der sie für die Kontaktaufnahme mit Ram zur Verfügung stellt. Einen eigenen Briefkasten zu kaufen wäre zu verdächtig gewesen: Warum sollte eine alteingesessene Milliardärsfamilie über eine nur wenige Tage alte Firma kommunizieren?

Amal Ram antwortet noch am selben Tag:

„Lieber Simon, bezüglich der Verschwiegenheit und des Reputationsrisikos können Sie sich auf mich verlassen. Bitte seien Sie versichert, dass die Märkte nicht dazugehören, die gerade im ‚Spotlight‘ sind. Ich werde Ihnen zwei Powerpoint-Präsentationen

schicken. Freue mich auf Ihren Anruf und auf ein persönliches Treffen. Mit freundlichen Grüßen, Amal.“ Wie besprochen, schickt er bereits am nächsten Tag zwei Präsentationen mit den Titeln „Finance Proposal – Participant“ und „Finance Proposal – Term Loan“.

Den Investoren verheißen sie schnell verdientes Geld mit geringem Reputationsrisiko. Bei Variante eins würden sie nur als Kreditgeber fungieren. So könnten sie jederzeit behaupten, nicht gewusst zu haben, dass mit ihrem Geld letztlich steuergetriebene Geschäfte gemacht wurden. Mit Variante zwei könnten sie noch mehr Rendite rausholen. Da würden sich die Investoren am Aktienhandel beteiligen und die Steuer selbst abgreifen.

Es scheint, als hätte Ram eine neue Verpackung für steuergetriebene Aktiengeschäfte gefunden. Das Ergebnis ist das gleiche wie bei Cum-Ex oder Cum-Cum: Die Performance kommt vom Staat.

Wochenlang gehen E-Mails hin und her. Simon M. Keynes lässt Ram gegenüber durchblicken, dass seine Interessenten einen dreistelligen Millionenbetrag investieren wollen. Ram schickt weitere Unterlagen. Aber nicht alles. Er drängt auf ein persönliches Treffen.

Also werden die beiden Reporter zu Otto und Felix. Ihre Nachnamen muss Ram nicht erfahren. Dass sie sich nicht vollständig identifizieren, ist in ihren Kreisen normal. Man tauscht keine Visitenkarten aus. Um glaubwürdig zu sein, genügt es, dass die richtige Person das Treffen einfädelt – und das ist Simon M. Keynes mit seiner etablierten Briefkastenfirma.

Die illustren Brüder, schreibt Keynes, kämen demnächst für zwei Tage zum Shoppen nach London. Am 7. August hätte Ram die seltene Gelegenheit, sie für eine halbe Stunde zu treffen.

Hamburg, Ende Juli 2018: Der Crashkurs

Ein Konferenzraum in einer Villa auf dem NDR-Gelände in der Rothenbaumchaussee. „Weißt du, was es bedeutet, so richtig reich zu sein?“, fragt der Vermögensverwalter. Normalerweise betreut er Milliardäre. An diesem Tag coacht er zwei Journalisten, die wirken wollen wie Milliardäre. Lektion eins: standesgemäßes Selbstbild entwickeln.

„Ja klar. Geld spielt keine Rolle. Ich kann mir alles leisten“, antwortet Schröm.

„Nein. Es bedeutet: *no limits*. Du hast die schwarze Kreditkarte.“

Schröm guckt fragend.

„Du weißt nicht, was die schwarze Kreditkarte ist?“

Also. Die „Black Card“ von American Express, erklärt der Vermögensverwalter, lässt sich nicht beantragen. Man wird zu ihr eingeladen. Sie kostet 5.000 Euro im Monat. Sie hat kein Limit. Und sie beinhaltet Concierge-Service: Wenn man am Feiertag bei Harrods in London shoppen gehen will, tätigt man einen einzigen Anruf. Harrods wird aufgemacht. „No limits also. Verstanden.“

„Und du hast Angst.“

„Angst? Aber ich habe doch die schwarze Kreditkarte!“

„Du hast Angst, dass dein Vermögen von drei Milliarden auf 2,7 Milliarden schrumpfen könnte. Du hast Angst, dass alle hinter deinem Geld her sind und sich damit davonmachen. Und du hast Angst, dass deine Kinder entführt werden. Eine ganze Anwaltskanzlei sorgt dafür, dass es keine Bilder von deinen Kindern im Internet gibt.“ Der Coach entwirft das Brüderpaar Otto und Felix, eine Legende: Nachkommen einer sehr bekannten Familie aus Deutschland. Der Großvater hat das Geld mit Stahl verdient. Vor einigen Jahren haben sie das Unternehmen verkauft und sind in die Schweiz gezogen, wo sie steueransässig sind. Ihre Anlagevehikel befinden sich in Luxemburg, Liechtenstein, Malta, Dubai und auf den Britischen Jungferninseln. Sie besitzen einen Jet, eine Südseeinsel.

Die beiden Halbbrüder verantworten das Investmentgeschäft. Das Erbe, die Substanz, wollen sie möglichst nicht anrühren. Sie haben bereits in Cum-Ex-Geschäfte investiert und würden gern wieder einsteigen. Sorgen sich aber um ihre Reputation. Otto, der Ältere, ist vorsichtig. Felix, der deutlich Jüngere, draufgängerisch. Er will dem älteren Bruder beweisen, dass er auch selbst Geld verdienen kann.

Jetzt gilt es, das richtige Hotel zu finden. „Was ist euer Budget?“, fragt der Coach.

Die Reporter haben ihre erste Lektion gelernt: „No limit!“

Die Suite im Shangri-La, das sich in den oberen Stockwerken des ikonischen Shard-Gebäudes befindet, kostet 2.500 Euro die Nacht. Es ist am unteren Limit dessen, was für die Glaubwürdigkeit ihrer Rollen vonnöten ist.

Vor dem fingierten Shoppingtrip in London müssen sie nur noch shoppen. Manschettenknöpfe, Einstecktuch, blaues Jackett und eine rote Hose von einem edlen hanseatischen Herrenausstatter für Otto, teure Markenklamotten für Felix. Ein schwarzes Kleid, eng und gut geschnitten, aber nicht zu sexy, für ihre Assistentin. „Eine Assistentin ist gut“, sagt der Vermögensverwalter. „Aber kann sie die Rolle durchziehen?“ Munirah, die Frau eines „Panorama“-Kollegen, ist polyglott, spricht perfektes Businessenglisch. Die ideale Besetzung. Der Coach ist zufrieden, warnt nur: „Ihr dürft nicht zu freundlich zu ihr sein.“

London, 7. August 2018: Der Showdown

Klack, klack, klack. Munirahs High Heels kündigen Ram an. Sie öffnet die Tür. Der Mann, der mit ihr in die Hotelsuite tritt, hat ein sympathisches, offenes Gesicht, trägt ein blütenweißes Hemd, Krawatte mit Nadel und Manschettenknöpfe. Auf seiner Stirn glänzt Schweiß, obwohl die Klimaanlage 18 Grad anzeigt. Draußen sind es 31 Grad. Er gibt Munirah das dunkelblaue Jackett.

„Etwas zu trinken?“

„Mineralwasser, danke.“

Felix begrüßt ihn mit beiläufiger Handbewegung und telefoniert weiter am Handy. Munirah bittet Ram, sich zu setzen. Die beiden

Herren hätten eine halbe Stunde Zeit, vielleicht 45 Minuten.
„Fantastisch“, sagt Ram. Sie klopft an die Schlafzimmertür. „Ihr
Gast ist jetzt da“, informiert sie Otto.

Ram sortiert seine Unterlagen, während Felix einen imaginären
Mitarbeiter zusammenstaucht. „Wie oft muss ich noch erklären,
dass das nicht geht?!“

Als er fertig ist, steht Ram sofort auf. Fester Händedruck. Die
ganze Ausstrahlung: weder zu unterwürfig noch zu selbstbewusst
oder überheblich.

Felix fläzt sich auf die Couch. Etwas Small Talk über die Hitze in
London und der Schweiz.

Otto kommt aus dem Schlafzimmer. Er hat keine Zeit für Geplän-
kel. Setzt sich auf die Couch, Beine übereinandergeschlagen. Ram
reicht die Präsentation herüber, hinter der die Reporter seit Mo-
naten her sind. „Financing Presentation – Private and Confiden-
tial“ steht auf der ersten von 34 gebundenen Seiten.

Otto nimmt sie eher widerwillig entgegen, blättert kurz, schein-
bar gelangweilt, und legt sie wieder auf den Glastisch.

Felix: „Schildern Sie uns doch mal Ihren beruflichen
Hintergrund.“

Ram: „Natürlich. Es ist mir ein Vergnügen, Sie beide zu treffen.
Also, ich begann direkt nach dem Studium bei einer kleinen Bank
namens Maple.“

Maple: Die deutsche Tochter des kanadischen Bankhauses war einer der Haupt-Cum-Ex-Player.

Ram erzählt, wie er in Maples Londoner Niederlassung mitten in die Cum-Ex-Reise reingeworfen wurde. Spricht von einer „Feuertaufe“. Jedoch nach fünf Jahren „gab es einen Bruch“.

Bruch bedeutet: 285 Staatsanwälte, Steuerfahnder und Beamte des Bundeskriminalamtes durchsuchen das Bankhaus in Frankfurt. Maple soll den deutschen Fiskus mit Cum-Ex-Geschäften um 450 Millionen Euro betrogen haben.

„Dann hat sich Maple etwas aus dem Markt zurückgezogen.“

Zurückgezogen heißt: Behörden wollen das Geld zurückhaben. Maple kann aber die 450 Millionen nicht aufbringen. Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) ordnet die Schließung der Bank an.

Ram zieht weiter zu einem Hedgefonds: Solo Capital von Sanjay Shah. „Da lernst du die Ecken und Kanten des Geschäfts kennen und baust Beziehungen auf, die ich weiter pflege“, erzählt Ram. Vier Jahre. Dann leitet er das Londoner Büro einer kleinen Hamburger Bank, die sich Shah für Cum-Ex-Trades kaufte und um Geld aus dem Dänemark-Raubzug zu waschen.

Es ist eine fatale Vita. Oder eine Eins-a-Vita – je nachdem, was man will.

Felix: „Wir haben ja bei Ihrem früheren Arbeitgeber in Hamburg in den Caerus Fund investiert.“

Ram: „Ah, okay. Ich kenne den Caerus Fund.“ Caerus war ein Cum-Ex-Fonds. Für Ram bestätigt die Information, dass Otto und Felix Erfahrung mit den Steuerdeals haben. Er kann jetzt offen reden.

Ram spricht über seinen früheren Chef Sanjay Shah, ohne ihn beim Namen zu nennen: „Ich kann Ihnen dazu den Hintergrund schildern. Es lief einige Jahre richtig gut. Aber es waren zu viele Egos im Spiel. Und das war das Problem. Sie haben es immer bunter und bunter getrieben, bis alles platzte.“

Felix: Man darf nicht zu gierig sein. Ram: Genau!

Ram betont, er habe Solo Capital rechtzeitig verlassen, sechs Monate bevor der Hedgefonds wegen seiner Cum-Ex-Geschäfte ins Visier der Ermittler kam und auseinanderbrach: „Ich sah rechtzeitig die Zeichen der Zeit. Schauen Sie, ich habe Familie. Ich will mich nicht für den Rest meines Lebens immer umdrehen müssen und schauen, ob mir jemand folgt.“

Ram beschreibt, wie er nun in London neue Fonds startete. Wie er Banker und Händler zusammenbrachte, die Infrastruktur für den Aktienhandel aufbaute.

Ram: „In meinem Team sind Kollegen, mit denen ich schon früher zusammenarbeitete. Leute an den richtigen Stellen.“

Felix: „Leute aus London?“

Ram: „Ja.“

Otto meldet sich erstmals zu Wort. Besorgt um den Ruf der Familie, will er wissen, ob sich darunter auch Aktienhändler befinden, gegen die in Deutschland ermittelt wird: „Sind das Leute mit einer gewissen Vergangenheit?“

Ram: „Oh nein. Das sind Leute mit Erfahrung. Aber keiner von den Jungs, die jetzt im Rampenlicht stehen.“

Felix: „Wir wollen vielleicht wieder in den Markt einsteigen, nachdem es sich etwas beruhigt hat. Mit den Problemen, die wir in Deutschland hatten, und solchen Sachen.“

Ram: „Sicher, yeah, okay.“

Felix: „Was können Sie uns anbieten?“

Ram: „Vielleicht schauen wir mal in die Präsentation, wenn das für Sie Sinn ergibt?“

Auch Otto, der Ram die meiste Zeit nur schweigend fixiert hatte, greift sich jetzt das Dokument. Ram lächelt.

Ram: „Wir haben wahrscheinlich ungefähr sieben Märkte. Die beiden Spitzenreiter sind immer noch Frankreich und Italien.“

Er zählt die Länder auf, in denen er steuergetriebene Aktiengeschäfte anbietet. Neben Frankreich und Italien ist Spanien der Hauptmarkt. Norwegen, Finnland, Polen und die Tschechische Republik sind Beifang. Was mit Deutschland sei, will Felix wissen.

Ram: „Es gibt Leute, die in Deutschland handeln. Verstehen Sie

mich nicht falsch, das ist ihr gutes Recht. Aber ich persönlich würde noch ein Jahr damit warten.“

Die Reporter haben einen kurzen Moment Mühe, nicht aus ihrer Rolle zu fallen. Seit 2012 ist die Gesetzeslücke, die Cum-Ex ermöglichte, in Deutschland offiziell geschlossen. Für Cum-Cum gilt das Gleiche seit 2016.

Aber Ram erklärt, es gebe Schlupflöcher, und versichert: „Ja, es ist Cum-Cum. Das ist weniger aggressiv. Aber die deutschen Behörden nehmen immer noch Banken dafür hoch.“

Ram führt weiter durch seine Präsentation. Frankreich, Italien und Spanien sind dort mit extrem niedrigen *trading levels* aufgeführt.

Ein Wert in den niedrigen 90ern gilt als extrem profitabel. In Rams Präsentation liegt Frankreich bei 92,95 Prozent, Spanien bei 90,53 und Italien gar bei 89,50.

Felix: „Es ist immer noch marktneutral, oder?“

Ram: „Alles marktneutral.“

Marktneutral heißt: Es gibt keinerlei ökonomische Grundlage für das Geschäft. Der Gewinn entsteht nicht aus der Entwicklung der Aktien, sondern kommt aus den Steuern. Es ist das alte Spiel.

Felix: „Also, ich finde das interessant. Mir gefällt das.“

Otto äußert wieder Sorge um den Namen der Familie.

Ram versichert, alles zu tun, um den guten Namen zu schützen. Reputation sei auch für ihn der Schlüssel – für ein nachhaltiges Geschäft: „Es braucht nur einen dunklen Fleck auf der Weste, und du bist fertig. Deshalb seien Sie versichert: Mein Berufsethos beruht auf Integrität und Ehrlichkeit.“

Otto kommt noch einmal auf die auffällig niedrigen Trading Levels zu sprechen: „Das sind nach unseren Erfahrungen Cum-Ex-Level, oder?“

Ram: „Nicht ganz. Wir wollen aggressiv sein, aber auch genug unter dem Radar bleiben. Schließlich wollen wir den Markt nicht in die Luft jagen.“

Otto: „Wie nennen Sie es jetzt, wenn nicht Cum-Ex?“

Ram: „Ich mag es nicht Cum-Ex oder Cum-Cum nennen. Ich würde es ‚*event-driven*‘, ereignisgesteuert, nennen. Oder ‚*corporate action trading*‘.“

Das Ereignis, um das es geht, ist der Dividendenstichtag. Alles wie gehabt. Der Unterschied, laut Ram: Früher sei dieselbe Aktie zwölf bis 20 Mal gehandelt worden. Die neuen Produkte seien weniger aggressiv, aber noch immer sehr profitabel.

Otto: „Komm schon, wir müssen nicht um den heißen Brei herumreden, das Geld kommt von der Steuer.“

Ram, grinsend: „Ja klar.“

Berlin, 28. September 2018: Das Puzzle

Das siebte und letzte Treffen der europäischen Journalisten vor der Veröffentlichung. Es ist eng geworden am Konferenztisch der CORRECTIV-Redaktion. 37 Reporter von 19 Medien sind inzwischen an Bord, mittlerweile auch aus Finnland und Frankreich. Die Kollegen aus Schweden sind erst vor einer Woche dazugestoßen, nachdem Akten zu einer großen schwedischen Bank aufgetaucht waren.

Die verschlüsselte Kommunikationsplattform, über die sie sich austauschen, ist in den vergangenen Monaten und Wochen überflutet mit Nachrichten und angehängten Dokumenten. Weil die Anfragen drei Wochen vor Veröffentlichung drastisch ansteigen, lässt sich die Datenbank mit den „CumEx-Files“ manchmal für Stunden nicht durchsuchen.

Um eine Übersicht herzustellen, welche Banken an Cum-Ex- oder Cum-Cum-Deals oder vergleichbaren steuergetriebenen Geschäften beteiligt waren, hat eine Kollegin aus Dänemark ein Excel-Sheet voll roter und gelber Kästen vorbereitet.

Es ähnelt der Tabelle, die Hanno Berger und Paul Mora vorbereiteten. Die Cum-Ex-Meister listeten in ihren Spalten Länder auf und markierten sie mit „funktioniert“. Die auf den großen Bildschirm projizierte Excel-Tabelle der Journalistin listet Banken und Fonds auf. Über Stunden fragt die Dänin die Tischrunde ab und trägt Kreuze in die Tabelle ein. Ein „x“ für jede Bank, die erwiesenermaßen Cum-Ex oder Cum-Cum gemacht hat. Ein „(x)“ für die, die entsprechende Pläne hatten, aber bei denen der Beleg für die Durchführung fehlt.

Am Ende gibt es kaum eine Bank ohne „x“ oder „(x)“.

Die Excel-Tabelle dokumentiert den organisierten Griff in die Steuerkassen europäischer Staaten. Neben Deutschland sind nachweislich mindestens zehn weitere europäische Länder betroffen. Den genauen Schaden haben sie noch nicht ansatzweise erfasst. Konservativ errechnet, beläuft er sich nach Recherchen der Journalisten auf 55,2 Milliarden Euro. Mindestens.

Es ist der größte Steuerraub in der Geschichte Europas.

Making-of: Oliver Schröm erzählt, wie die europaweite Cum-Ex-Reportage entstand

19 Redaktionen aus zwölf Ländern, 37 Reporterinnen und Reporter, die über Monate hinweg 180.000 Seiten Dokumente gesichtet und unzählige Interviews geführt hatten – es war eine gewaltige Recherche. Und nun, an diesem 18. Oktober 2018, an dem sie veröffentlicht wird, rollt ein Donner durch Europa. Wohl jeder, der an diesem Tag in Europa Nachrichten geschaut, gehört oder gelesen hat, wird es mitbekommen haben: dass Banker, Anwälte und Superreiche mithilfe von Cum-Ex-Tricks mindestens 55 Milliarden Euro aus den Staatskassen von zehn europäischen Staaten geklaut hatten.

Das EU-Parlament stand kopf. Und der dänische Staatschef stellte sich ins Fernsehen und brüllte: Wir holen uns jeden Cent zurück – und wettete gegen Deutschland. Konkret ging es um den Fall eines Steuerräubers, der erst Deutschland und dann Dänemark

ausgenommen hatte, und die deutschen Behörden hatten ihre dänischen Kollegen nicht gewarnt. Da war Feuer im Kessel.

Federführend bei der Recherche war Oliver Schröm. Er gehört zu den großen Namen im investigativen Journalismus in Deutschland. Er hat zehn Sachbücher geschrieben, seit November 2019 arbeitet er wieder für das ARD-Magazin „Panorama“, er hat das Projekt CORRECTIV von Anfang an mit entwickelt und war von 2017 bis 2019 Chefredakteur der Rechercheplattform. Viele Jahre war der internationale Terrorismus sein Schwerpunkt. Und dann kam sein zweites großes Thema: der Cum-Ex-Steuerraub.

Wie bist du auf das Thema gestoßen?

Oliver Schröm: Wie so oft durch einen Zufall. Im Herbst 2010 stehe ich an den Landungsbrücken in Hamburg, mein Handy klingelt, die Zentrale vom „stern“ stellt mir einen Anruf durch, ich leitete damals das Ressort Investigative Recherche. Und der Mann am anderen Ende entpuppt sich als ein Whistleblower, der mir etwas von „Cum-Ex“ erzählen will. Ich habe erst mal nichts verstanden. Irgendwann fiel der Name Carsten Maschmeyer, da bin ich hellhörig geworden.

Wie ging es weiter?

Ich habe begonnen zu recherchieren und nach und nach kapiert, was Cum-Ex ist: keine Steuervermeidung oder -hinterziehung, wie ich anfangs dachte, sondern ein Trick, um sich eine Kapitalertragsteuer, die man einmal entrichtet hat, zwei, drei, vier Mal zurückerstatten zu lassen. Also: Diebstahl. Steuerraub. Jemand greift in die Steuerkasse und klaut Geld, das ihm nicht gehört.

Es folgten mehrere große Berichte. Zunächst im „stern“, später im ARD-Magazin „Panorama“.

Darin ging es etwa um die Hamburger Warburg-Bank. Deren Eigentümer, die Familie Olearius, treten gern im Gewand ehrbarer hanseatischer Kaufleute auf. Tatsächlich halfen sie nicht nur beim Steuerraub, sondern haben auch selbst mitgezockt. Man geht davon aus, dass die Bank bis zu 330 Millionen Euro aus dem Staatssäckel geklaut hat. Im Sommer 2016 erhielt ich einen Datenstick. Ein Jahr später, im Sommer 2017, veröffentlichten wir dann unsere Recherchen in „Panorama“ und der „Zeit“. Da haben wir auch zum ersten Mal eine Schadenssumme genannt, errechnet von einem Wirtschaftswissenschaftler: 32 Milliarden Euro. Durch Cum-Ex- und Cum-Cum-Geschäfte. Allein in Deutschland.

Wie hat die Öffentlichkeit reagiert?

Da regte sich allmählich etwas. Wir hatten errechnet, wie viele Schulen, Autobahnen, Elbphilharmonien man von dem geraubten Geld hätte bauen können. Da haben viele erst kapiert – da wird ja auch mein Steuergeld geklaut! Irgendein Maschmeyer, mithilfe einer Bank, klaut die Abgaben, die ich dem Staat gezahlt habe!

Was war der nächste Schritt?

2017 haben wir einen weiteren Datenstick bekommen, und aus diesen Unterlagen ging erstmals hervor, dass wir wahrscheinlich nur die Spitze des Eisberges touchiert hatten. Wir lasen von den Plänen der Cum-Ex-Räuber, dass sie sich europaweit umschaufen wollten, dass sie nach der deutschen auch die französischen, dänischen, spanischen Steuerkassen attackieren wollten. Und wir wussten nicht: Ist das ein Plan geblieben, oder wurde er in die Tat

umgesetzt? Ein erster Blick in die Pressearchive ergab: Es gab keine Berichterstattung in all diesen Ländern. Weder in Frankreich oder Spanien noch in Norwegen oder Schweden. Die Frage lag auf der Hand: Wurden diese Länder ebenfalls ausgeraubt – und wissen bis heute nichts davon?

Es begann eine europaweite Recherche, mit 37 Kolleginnen und Kollegen aus zwölf europäischen Ländern.

Mit dem schockierenden Ergebnis: Mindestens zehn europäische Staaten sind betroffen von dem Steuerraub, der die öffentlichen Kassen mindestens 55 Milliarden Euro gekostet hat. Und wir konnten zeigen: Es geht weiter. Cum-Ex ist wie ein Aidsvirus, das sich ständig verändert. Die Mechanik ändert sich, das Prinzip bleibt gleich: durch verwickelte Konstruktionen Steuern zu rauben.

Das habt ihr durch eine Undercover-Recherche herausbekommen – indem ihr euch als Milliardäre ausgegeben habt. Wie läuft so etwas ab?

Es klingt banal – „sich als Milliardäre ausgegeben“. Aber es ist eine vollkommen hermetische Welt, die man da betritt, und wir haben die Operation über Monate vorbereitet. Wir haben die Legende aufgebaut, dass mein „Panorama“-Kollege Christian Salewski und ich zwei Milliardäre sind, zwei Brüder, die mehrere Hundert Millionen aus dem Familienvermögen investieren wollen. Wir haben uns, über Kontakte, eine Briefkastenfirma „geliehen“, die schon länger am Markt war, und haben uns von einem erfahrenen Asset-Manager beraten lassen, wie wir auftreten müssen. Und dann haben wir in London einen Händler getroffen, der Investoren sucht für kriminelle Trades, die Cum-Ex ähneln.

Wie habt ihr euch gekleidet?

Teuer und dezent. Wir sind mit einer Kostümbildnerin des NDR shoppen gegangen, in einer Seitenstraße der Hamburger Alster. Ich weiß noch, wie ich ein Jackett anziehen wollte, schon kam eine Dame angesprungen und half mir hinein, und man bekommt Lederpuschen, damit man beim Anprobieren von Hosen nicht strümpfig durch den Laden laufen muss. Also: Das Outfit hat gestimmt.

Und die Location?

Die hat auch gestimmt. Wir haben eine Suite gemietet im The Shard, dem Hochhaus, darin ist eines der teuersten Hotels Londons, 2.500 Euro die Nacht, mit 180-Grad-Blick aus dem 37. Stock. Die Frau eines Kollegen stammt aus Singapur, spricht perfekt Wirtschaftsenglisch und hat sich in ihr kurzes Schwarzes gezwängt und den Typen unten abgeholt. Sie hat ihn nach oben in die Suite geleitet, die Tür aufgemacht, er war erst mal geblendet vom Gegenlicht, und unter ihm lag London. Wir haben ihn natürlich warten lassen. Für den Typen war klar: Das ist alles echt. Nie wäre er auf die Idee gekommen, dass das alles inszeniert und die ganze Bude verwanzt ist mit Kameras und Aufnahmegeräten. In Deutschland wären solche heimlichen Aufnahmen verboten, in England sind sie erlaubt.

Und dann hat er das Angebot auf den Tisch gelegt?

Ja. Er hatte unsere Briefkastenfirma abgecheckt, aber die war aus der Sicht eines Cum-Ex-Räubers gut beleumundet, die ganze Inszenierung stimmte, also hat er das Angebot auf den Tisch gelegt und uns erklärt, wie es funktioniert, wo es funktioniert.

Mit anderen Worten: Die Luken sind immer noch offen?

Ja.

Wo liegt der Fehler? Warum kann man solchen Steuerraub so schwer verhindern?

Ich kann nur für Deutschland sprechen. Das erste Problem: das Bankgeheimnis. Keiner weiß, wer was wo versteuert. Das zweite Problem: Bei uns sind Steuern Ländersache. Es herrscht Kleinstaaterei. Der Informationsaustausch funktioniert nicht, und das im Zeitalter von Big Data. So können die Räuber versuchen, überall ihre Tricks zu machen. Drittens: Es herrscht das Prinzip „David gegen Goliath“. Hier die kleinen, fleißigen, hoffnungslos unterbezahlten Steuerbeamten, dort die riesigen Anwaltskanzleien und Beratungsfirmen, die *Big Four*: Ernst & Young, Deloitte, McKinsey, PricewaterhouseCoopers, aber auch Großkanzleien wie Freshfields. Viertens: Es ist ungeheuer komplex. Wenn da nicht einzelne Beamte sehr, sehr genau hinschauen, blickt da niemand so ohne Weiteres dahinter.

Was tun?

Man müsste die europäischen Steuergesetze ändern – und dafür braucht es in der EU Einstimmigkeit. Und gerade auch Deutschland gehört in Sachen Steuern zu den Bremsen.

Warum bremst Deutschland?

Wenn man das Steuersystem anfasst, könnte vielleicht eine Debatte über Steuergerechtigkeit losbrechen, und die wollen gewisse Kreise um jeden Preis vermeiden.

Wie erklärst du dir, dass die Steuermoral so schlecht ist in Deutschland?

Weil jeder denkt, der Staat nehme ihm sein Geld weg. Für mich ist das Ausdruck einer Nichtidentifikation mit dem Staat, in dem ich lebe. Ich muss ja nicht in Deutschland leben. Aber wenn ich hier lebe, muss ich mich an den Kosten beteiligen. Angenommen, ich ziehe in eine WG ein, dann muss ich wie in jeder WG meinen Beitrag leisten, mich an den Kosten beteiligen. Ich kann nicht davon ausgehen, dass die Mitbewohner meine Miete zahlen, dass die für mich putzen, einkaufen, kochen. Irgendwann werden die rebellieren, und das zu Recht. So funktioniert auch ein Staat. Wer hier lebt, muss sich beteiligen.

Was hat dich überrascht bei der Recherche?

Ich war immer wieder fassungslos, wie dreist die Täter agieren. Von einem Insider wissen wir, dass allen Beteiligten genau klar war, woher das Geld kommt. Dass ihr Verdienst bedeutet: schlechtere Kitas, schlechtere Straßen, weniger Polizeibeamte. Sie hatten null Probleme damit. Einige wenige Multimillionäre, denen man diese Geschäfte anbot, haben nicht mitgemacht. Aber nicht, weil sie es unmoralisch fanden, sondern weil sie um ihre Reputation fürchteten, wenn es herauskommt, dass sie sich am Steuerraub beteiligt haben. Und wenn ich das höre, dann denke ich: Wir Journalisten können doch etwas bewirken. Weil diese Typen genau vor Leuten wie uns Angst haben. Die sie eines Tages hervorzerren aus der Anonymität.

Bist du für die Abschaffung des Steuergeheimnisses, wenn das Betrug verhindern könnte?

Absolut.

Warum ist es eine solch heilige Kuh?

Ich saß mal auf einem Podium gemeinsam mit der finanzpolitischen Sprecherin der Grünen. Ich habe die Abschaffung des Steuergeheimnisses gefordert. Dass sie mich nicht vom Podium geschmissen hat, war wirklich alles. Das gehe gar nicht, wettete sie, nicht mit unserer Vergangenheit. Ich habe es nicht verstanden. Es gibt zig Beispiele, die beweisen: Ein bisschen Transparenz genügt, schon sind viele Betrügereien nicht mehr möglich.

Was müsste noch getan werden?

Der Staat müsste dringend Waffengleichheit herstellen. Mehr Personal, bessere Technik, mehr Kompetenz. Warum hatte unsere Cum-Ex-Recherche einen so durchschlagenden Erfolg? Weil Journalisten aus zwölf Ländern das gemacht haben, was die Steuerbehörden nicht dürfen: sich über Ländergrenzen hinweg austauschen. Ich mache mal einen Vergleich: Ein deutscher Steuerfahnder verfolgt einen Bankräuber – und muss ihn an der Grenze ziehen lassen. Ja, er darf die Beamten im Nachbarland noch nicht einmal warnen: Achtung, da ist ein Steuerräuber zu euch unterwegs!

Tatsächlich?

Nein! Das darf er nicht! Bisweilen gibt es *joint investigation units* oder so ähnlich, in denen man anfängt, sich auszutauschen. Aber ein deutscher Staatsanwalt kann nicht einfach zum Telefon greifen und seinen spanischen Kollegen um eine Auskunft fragen. Er muss ein Rechtshilfeersuchen stellen, es geht durch alle

Instanzen in Deutschland und in Spanien noch einmal, und wenn man Glück hat, dann landet es bei einem fähigen Kollegen auf dem Tisch und der tut was, oft Jahre später. Umgekehrt hindert das Steuergeheimnis auch den deutschen Staatsanwalt daran, einem Kollegen Auskunft zu geben.

Wie wäre es richtig?

Wir brauchen ein europäisches Steuer-FBI. Wir brauchen Vereinheitlichung, keine unterschiedlichen Mehrwertsteuersätze. Alle Steuern verschlanken, klarer machen, transparenter machen.

Bist du optimistisch, dass sich etwas ändert?

Wenn die EU dahin kommen würde, die Einstimmigkeit in der Steuergesetzgebung abzuschaffen – dann könnte es plötzlich ganz schnell gehen.

„Es ist vollkommen legal. Aber es ist total unfair“ – Interview mit Norbert Walter-Borjans

Lieber Norbert Walter-Borjans, Sie waren sieben Jahre lang Finanzminister in NRW, Sie sind seit Ende 2019 SPD-Vorsitzender, und zwischen diesen beiden Ämtern haben Sie einen Bestseller geschrieben: „Steuern – Der große Bluff“. Im Sommer 2019 waren Sie damit auf Lesetour. Wie waren die Reaktionen?

Es gab überraschend viel Zulauf, die Veranstaltungssäle waren

voll. Es waren immer mehr Leute da, als die Veranstalter geplant hatten. Das zeigt einmal mehr: Wenn man unterhaltsam und verständlich über das Thema Steuern spricht, dann erreicht man ein großes Publikum.

Die Mehrzahl der Politikerinnen und Politiker meide das Thema, schreiben Sie in Ihrem Buch.

Dieses Desinteresse ist ein Problem! Man kann Geld nur gerecht ausgeben, wenn man dafür sorgt, dass es auch gerecht eingenommen wird. Das ist das, was mich nach über 70 Veranstaltungen wirklich ärgert: Obwohl die Menschen informationswillig sind und sie Aha-Erlebnisse haben, lässt die Politik das Thema sträflich liegen.

Warum brauchen wir gerechtere Steuern?

Weil wir uns – als ein hoch entwickeltes Industrieland – seit Jahrzehnten eine unglaubliche Investitionslücke in Sachen Zukunft leisten. Das kann nicht so weitergehen. Ich war im Sommer im Urlaub in Norwegen. Wenn ich dort in der Pampa ein Foto von einem Elch gemacht habe, konnte ich es mit meinem Handy sofort verschicken. Das geht in Deutschland an vielen Orten nicht. Unser Netz ist löchrig und veraltet. Wir haben inzwischen eine katastrophale Ausstattung, auch bei Straßen, Schienenwegen, Wasserwegen, Schulen. Das kann nicht sein!

Wir verschieben gedankenlos Lasten in andere Regionen der Welt und in die Zukunft. Klima, Pestizide, Plastik, die Ausbeutung der Umwelt, die Ausbeutung von Rohstoffen, die Ausbeutung armer Länder – wir zahlen nicht den gerechten Preis, und das kann auf Dauer nicht gut gehen. Wenn wir die Kosten ins Hier und Jetzt

holen, gehören sie aber nicht auf die Schultern der Normalverdiener. Sondern müssen von denen getragen werden, die die größten Profite gemacht haben.

Wir dürfen uns nicht in die Tasche lügen: Ein demokratischer, leistungsfähiger, stabiler, sozialer Staat braucht mehr Mittel, als bisher zur Verfügung stehen.

Norbert Walter-Borjans, Sohn eines Schreiners und einer Schneiderin, war von 2010 bis 2017 Finanzminister in Nordrhein-Westfalen. Bundesweit bekannt wurde er, als er seine Steuerbeamten offensiv „Steuer-CDs“ kaufen ließ – Datenträger mit den Bankdaten mutmaßlicher Steuerbetrüger. Zu Beginn war diese Maßnahme umstritten, denn das Beweismaterial war ja gestohlen. Doch bereits 2010 stellte das Bundesverfassungsgericht klar: Der Fiskus darf mit illegal beschafften Daten ermitteln.

Und so ließ Walter-Borjans in seiner Amtszeit – unter lautstarkem Protest der Schweizer Regierung – die Steuererfahndung Wuppertal insgesamt elf Datenträger mit Informationen mutmaßlicher Steuerbetrüger kaufen. Das führte bis 2016 zu rund 120.000 Selbstanzeigen. Rund sieben Milliarden Euro konnten Bund, Länder und Gemeinden dadurch eintreiben.

Im Herbst 2011 kündigte Walter-Borjans an, das mit der Schweiz ausgehandelte Steuerabkommen verhindern zu wollen, das er griffig „Ablasshandel für Steuerhinterzieher“ nannte. Das Abkommen platzte. Ohne seine Hartnäckigkeit wären tatsächlich weder Steuerhinterziehungsfälle wie der von Uli Hoeneß bekannt geworden, noch hätten

sich Schweizer Großbanken auf enorme Strafzahlungen eingelassen.

Um dem Mythos entgegenzutreten, dass Gutverdiener aus der Mittelschicht den Spitzensteuersatz zahlen, führte Walter-Borjans ein, dass auf Steuerbescheiden in NRW der Prozentsatz ausgewiesen ist, den das Finanzamt tatsächlich vom steuerpflichtigen Jahreseinkommen abgezogen hat. Die meisten Steuerzahler finden dort nicht die befürchteten 42 Prozent, sondern Werte von 25 Prozent und oft sogar noch weniger.

Im Dezember 2019 wurde er, nach aufwendiger Beteiligung der Parteibasis, gemeinsam mit Saskia Esken zum SPD-Vorsitzenden gewählt. Zuvor hatte der Steuerexperte den Bestseller „Steuern – Der große Bluff“ bei Kiepenheuer & Witsch veröffentlicht. Walter-Borjans hat vier Kinder und gehört zu den Gründern des ökologischen Verkehrsclubs VCD.

Wollen Sie die Steuern erhöhen?

Für die allermeisten Menschen könnten die Steuern sogar niedriger sein. Aber dann müssen wir auch dafür sorgen, dass die alte Regel wieder gilt: Starke Schultern tragen mehr als schwache. Im Fachjargon heißt das: Wir müssen zurück zu einer anständigen Steuerprogression. Im Augenblick gilt das nicht. In der Gesamtschau aller Abgaben tragen die kleinen und mittleren Einkommen eine überproportionale Last.

Was die Verteilung der Vermögen angeht, sind wir eines der ungleichsten Länder Europas und gar nicht so weit von amerikanischen Verhältnissen entfernt.

Das Ausmaß, in dem sich Konzerne und Vermögende vor Steuerzahlungen drücken können und damit zum Gemeinwohl weniger beitragen, ist erschreckend. Unser jetziges System führt dazu, dass das Vermögen in Deutschland zunehmend schiefer verteilt ist. Die Kluft zwischen oben und unten wird breiter. Indem wir einen kleinen Teil der Bevölkerung davonziehen lassen, befördern wir die soziale Spaltung und den Zerfall unserer Gesellschaft.

Wenn wir ernsthaft Wohlstand schaffen und halten wollen und wenn wir Verständnis dafür finden wollen, dass es ein leistungsfähiges Gemeinwesen nicht für lau gibt, dann sind Korrekturen dringend nötig – hin zu einer gerechteren Verteilung des Erwirtschafteten.

Woher stammt eigentlich der Gedanke der Steuerprogression?

Dieser Grundsatz ist nicht etwa die Erfindung eines linken Idealisten, sondern geht wesentlich auf einen christlich-konservativen Politiker zurück – nämlich Matthias Erzberger, Finanzminister in der Weimarer Republik. Nach den immensen materiellen und immateriellen Schäden des Ersten Weltkriegs hat er einen Steuersatz durchgesetzt, der mit dem Einkommen steigt. Damit ist er so etwas wie der Urvater des Prinzips, dass starke Schultern mehr tragen sollen als schwache. Er war in rechten Kreisen verhasst, 1921 wurde er erschossen.

In den ersten Jahrzehnten der Bundesrepublik, von Adenauer bis Helmut Kohl, gab es eine stark progressive Besteuerung. Wer damals als Single (in heutiger Kaufkraft) mehr als 300.000 Euro verdiente, zahlte 50 Prozent Steuern auf das Gesamteinkommen. Heute können Sie doppelt so viel verdienen – und zahlen gerade mal 42 Prozent.

Wo ist uns die Progression abhandengekommen?

Geld ist mobiler denn je. Vermögende haben heute dramatisch mehr Möglichkeiten, sich grenzüberschreitend die besten Berater und die besten „Lösungen“ zu suchen. Und können im Inland drohen, dass sie sich mit ihrem Geld davonmachen. Das führt zu dem berüchtigten *race to the bottom* zwischen den Staaten, die den Vermögendsten immer größere Rabatte gewähren.

Wobei das die Vermögenden ja nur kurzfristig anzieht. Und dann flüchten sie weiter. Irgendwo ist es ja immer billiger.

Steuersenkungen wirken immer nur so lange, bis andere nachziehen. Dann ist der Vorteil wieder weg. Es heißt ja immer, dass sich nur die Reichen einen armen Staat leisten können. Aber auch die Vermögenden profitieren ja vom gesellschaftlichen Zusammenhalt, von guten Schulen, Straßen, Netzen.

Deshalb hat es mich enttäuscht, dass ausgerechnet eine rot-grüne Bundesregierung 2005 die krasseste Steuerreform zugunsten von Unternehmen und der höchsten Einkommen gemacht hat. Gewiss, Gerhard Schröder und Joschka Fischer haben viele Verkrustungen der Ära Kohl aufgebrochen. Aber ihre Politik hat die gesellschaftlichen Fliehkräfte im Ergebnis verstärkt – weil sie sich von interessierten Kreisen haben drängen lassen, die gesagt

haben: Du musst im oberen Bereich Entlastungen schaffen, dann kurbelt das die Wirtschaft an. Tatsächlich haben sie das Auseinanderdriften von oben und unten verstärkt.

Studien belegen: Niedrigere Steuern führen keineswegs zu mehr Investitionen.

Genau. Diese einfache Gleichung geht nicht auf. Seit Jahren fließt viel Geld aus Deutschland ab und in die internationalen Kapitalmärkte und wird eben nicht investiert. Selbst Wohlhabende denken um, auch sie setzen sich inzwischen für eine Vermögenssteuer ein, genau wie für die Erhöhung des Spitzensteuersatzes. Sie geben gelegentlich sogar offen zu: Wenn jetzt der „Soli“ abgeschafft wird, dann haben wir ein Zusatzeinkommen, aber deswegen investieren wir doch nicht mehr.

Wie erklären Sie sich die Fehlentscheidung von Rot-Grün?

Es war die Zeit der neoliberalen Rezepte. Wer privatisierte, wer Steuern für die Vermögendsten senkte und den Kleinverdienern zumutete, den Gürtel enger zu schnallen, dem wurde Wirtschaftskompetenz attestiert. Ich sagte es bereits eingangs: Eine große Rolle spielte dabei, dass die meisten Politiker und Abgeordneten dem Thema Steuern aus dem Weg gehen. Manch einer folgt dann in Finanzfragen allzu leichtfertig Beratern, die andere Absichten haben als die Stärkung des Gemeinwohls.

Man konnte den Lobbyisten zu wenig Sachverstand entgegensetzen?

Genau. Man hat wenig Widerstandspotenzial, wenn die einschlägigen Interessenvertreter raunen, dass Arbeitsplätze in Gefahr seien, wenn man jetzt nicht runtergehe mit den Steuern. Die

Folge: sehr entgegenkommende Reaktionen auch sozialdemokratischer Politiker, in dem festen Glauben, Arbeitsplätze und Wohlstand zu sichern. So kam dann eben auch eine Veränderung wie die Steuerreform von 2005 zustande, die Milliardenlöcher in die Haushalte gerissen hat – und einen riesigen Sprung bei der Staatsverschuldung zur Folge hatte.

Danach waren die Kassen leer.

Woraufhin die Lobbyisten wieder hervorkamen und forderten: Weg mit dem Sozialklimbim, weg mit der sozialen Hängematte, dann können wir auch wieder investieren! Das ist eine schädliche Spirale. Ein zivilisierter Industriestaat braucht beides: nachhaltige wirtschaftliche Dynamik und soziale Sicherung auf hohem Niveau.

Das Mantra lautet ja: Deutschland ist ein Hochsteuerland.

Das sagt die OECD und bezieht es auf gut situierte Singles. Für Paare und erst recht für Familien stimmt das nicht. Viele Facharbeiter glauben ja, sie zahlen den Spitzensteuersatz auf ihr Einkommen. Das gilt vielleicht für die letzten fünf bis zehn Prozent ihres Gehalts. Für alles davor zahlen sie einen Einkommensteuersatz von 27 Prozent. Das wissen sie aber nicht. Sie glauben an die Propaganda: Schon bei mittleren Einkommen zahle man den höchsten Steuersatz auf alles. Was vollkommener Quatsch ist. Ich höre bei meinen Veranstaltungen immer wieder: Dass ein Studienrat 42 Prozent an den Fiskus überweisen müsse, sei wirklich zu viel. Doch das muss er nicht! Dazu müsste er als Single ein Jahreseinkommen von über 600.000 Euro haben.

Haben wir im internationalen Vergleich hohe Steuern?

Bei gut verdienenden Singles ist Deutschland relativ hoch dabei. Ein verheiratetes Paar liegt aber deutlich unter dem Durchschnitt der OECD-Länder, wegen des Ehegattensplittings. Es genügt ein Blick in den Einkommensteuerrechner des Finanzministeriums. Wenn sie verheiratet sind, zahlen die Studienrätin und der Studienrat unter 20 Prozent. Aber dieser Aspekt fällt in der Öffentlichkeit oft weg. Dann heißt es pauschal: Wir haben nach Belgien die zweithöchste Einkommensteuer in Europa. Ein typischer Satz, der von interessierter Seite in Umlauf gehalten wird. Er ist aber falsch.

Richtig ist aber, dass unsere Sozialversicherungsbeiträge recht hoch sind.

Genau wie das Leistungsniveau in Deutschland. Wir haben eine gute Arbeitslosenversicherung, eine hervorragende Krankenversicherung, und auch viele Rentner stehen besser da als in anderen Ländern. Wer möchte denn etwa mit den USA tauschen? Ja, stimmt, dort sind die Sozialbeiträge um ein Vielfaches geringer. Aber wer dort krank oder arbeitslos wird, der guckt eben auch in die Röhre. Die Leute möchten gern das Leistungsniveau von Deutschland und das Beitragsniveau der USA.

Ich schaue lieber in die Schweiz – dort gibt es nicht nur bei den Steuern, sondern auch bei den Sozialversicherungsbeiträgen eine Progression. Sprich: Wer gut verdient, trägt einen höheren Prozentsatz bei als ein Kleinverdiener. Während bei uns die Beiträge ab einem gewissen Einkommen gekappt sind. Warum eigentlich?

Seit der Jahrtausendwende haben sich auch deutsche Politiker dazu drängen lassen, die Steuern zu senken. Als dann das Geld nicht reichte, hat man die Mehrwertsteuer erhöht. Und die trifft die Geringverdiener viel, viel stärker als die Großverdiener. Weil die Menschen mit niedrigem Einkommen quasi ihr gesamtes Einkommen für Konsum ausgeben.

In der Tat. Rechnet man alles zusammen, auch Tabak-, Mineralöl- und alle sonstigen Steuern, dann gibt es fast keine Progression. Selbst Hartz-IV-Empfänger und Kleinstverdiener haben, über die Mehrwertsteuer, einen Steuersatz von an die 20 Prozent.

Es gibt dazu eine sehr erhellende Grafik von Stefan Bach, einem Forscher am DIW in Berlin. Darauf sieht man, welche Einkommen wie viel Steuern zahlen. Man erkennt auf einen Blick: Es gibt bei uns heute keine wirkliche Steuerprogression mehr. Im Gegensatz zu früher. Im Lauf der Jahrzehnte, durch Einflussnahme an den verschiedensten Stellen, wurde dieses Prinzip durchlöchert.

Was müsste getan werden? Wo müssten wir ansetzen? Was wäre Punkt eins?

Der erste Punkt, ganz generell, wäre: alle Steuern in ihrer Gesamtwirkung anzugucken und zu dem alten Grundsatz zurückzukehren, dass stärkere Schultern mehr tragen müssen als schwache. Vielen ist der Blick dafür verloren gegangen, wie sehr sie auf einen handlungsfähigen Staat angewiesen sind. Weil ihnen Großverdiener, Millionenerben und Couponabschneider sehr erfolgreich eingimpft haben, der Staat nehme ihnen einfach nur etwas weg, ohne etwas zu geben. Und wenn mangels Einnahmen dann öffentliche Leistungen wie Schwimmbäder gestrichen werden und es Wochen dauert, bis man einen Termin bekommt,

um seinen Reisepass verlängern zu lassen, wird das auch wieder genutzt, um den Staat als unfähig zu verunglimpfen. Eine Spirale, die sich immer weiter nach unten dreht und bei der wir alle verlieren.

Punkt zwei?

Wir müssen international die Steuerlücken schließen, die von den überdurchschnittlich gut Verdienenden genutzt werden. Die EU schätzt, dass jedes Jahr rund eine Billion Euro durch Steuerschlupflöcher verloren gehen. Macht für Deutschland nach vorsichtiger Schätzung rund 160 Milliarden Euro – pro Jahr. Das wird man nicht einfach morgen alles reinholen können. Aber wenn wir nur 20 Prozent davon vereiteln könnten, dann reden wir schon von gut 30 Milliarden Euro. Das wäre ja immerhin schon mal ein Punkt. Daraus folgt ein klarer Auftrag für die internationale Finanzpolitik: Sie muss dafür sorgen, dass sich die Länder im Steuerwettbewerb einander nicht ruinieren.

Ein sehr dickes Brett, das da gebohrt werden müsste. Lassen Sie uns vor der eigenen Haustür bleiben: Was würden Sie in Deutschland ändern?

Was mich enorm stört, ist der allzu bekannte Lockruf, mit dem ein bestimmtes Verhalten gefördert werden soll: „Du kannst etwas steuerlich absetzen.“

Was stört Sie daran?

Nehmen wir eine Spende von 100 Euro an eine gemeinnützige Organisation, steuerlich absetzbar. Die Steuererstattung ist abhängig vom persönlichen Grenzsteuersatz. Ein Spitzenverdiener

bekommt 42 Euro vom Staat erstattet. Während eine Kassiererin vielleicht nur 18 Euro zurückbekommt, weil sie einen kleineren Grenzsteuersatz hat. Und jetzt frage ich Sie: Warum bekommt jemand, der viel verdient, mehr von der Allgemeinheit erstattet? Was hat eine gemeinnützige Spende mit dem Einkommen zu tun?

Nichts?

Lassen Sie mich noch ein Beispiel geben. Ich renoviere ein Haus, ich dämme es, ich tue allerlei förderungswürdige Dinge. Warum soll die Allgemeinheit einem Großverdiener bis zu 45 Prozent der Investition erstatten, während ein Rentner vielleicht nur 20 Prozent davon zurückbekommt?

Keine Ahnung.

Es gibt ja zwei Arten von „Ich setze etwas von der Steuer ab“. Die erste sind die Ausgaben, ohne die ich mein Einkommen gar nicht erzielen könnte. Wenn Sie als Autor Freiberufler sind, dann müssen Sie vielleicht einen Computer anschaffen, um Ihrer Arbeit nachgehen zu können. Das mindert Ihr Einkommen, und solche Kosten muss ich natürlich abziehen, ehe ich den Gewinn versteuere. Da ergibt das „Von der Steuer absetzen“ Sinn.

Etwas ganz anderes sind all die Ausgaben, bei denen der Staat gerne hätte, dass jemand sie tätigt: Häuser dämmen, für Hungernde spenden, Solaranlagen installieren. Da ergibt es keinen Sinn, den Zuschuss an das Einkommen zu koppeln. Da ist dieses „Von der Steuer absetzen“ widersinnig. Wenn es überhaupt unterschiedliche Fördersätze geben soll, dann müssten die doch eher für kleine Einkommen höher sein und nicht für große.

Warum gibt es diese Regeln trotzdem?

Unter Politikern gibt es immer wieder die gleichen Diskussionen. Der eine will den Wohnungsbau fördern und meint, der müsse deshalb steuerlich absetzbar sein. Die andere will Wärmedämmung fördern, der dritte Spenden für einen guten Zweck. Ich frage in solchen Fällen immer: Ist euch klar, was ihr jetzt fordert? Erstens: eine Verkomplizierung des Steuersystems, weil jetzt das Finanzamt prüfen muss, ob richtig gedämmt wurde. Zweitens fördert ihr umso mehr, je mehr jemand verdient. Ist das eure Vorstellung von sozialdemokratischer Politik? Und drittens fördert ihr auch noch den sprichwörtlichen Steuerspartrieb der Deutschen und damit letztendlich die Distanzierung vom Staat als unserem Gemeinwesen. Wollt ihr das?

Was haben die Kollegen geantwortet?

Vielen war der Zusammenhang gar nicht bewusst. Sie waren sich nicht im Klaren darüber, dass sie gerade wieder dabei waren, auf diesem Weg Geld von unten nach oben zu verteilen. Andere, die sich besser auskannten, gaben mir in der Sache recht, forderten es aber trotzdem. Denn: Wenn der Staat einen Zuschuss anbietet, damit ein Haus gedämmt wird, dann werden die Summen oft gar nicht abgerufen. Wenn man die Arbeiten aber von der Steuer absetzen kann, dann dämmen die Leute noch ihre Garage.

Der teutonische Steuerspartrieb, Sie erwähnten ihn.

Auch deshalb verfallen Politiker immer wieder auf den Punkt: Das müssen wir steuerlich fördern. Jemand hat mal scherzhaft gesagt, der Steuerspartrieb sei bei uns Deutschen stärker ausgeprägt als der Fortpflanzungstrieb.

Wie wäre es besser?

Ich fordere eine radikale Durchforstung der steuerlichen Absetzbarkeit. Man muss sie, wo immer möglich, umstellen auf eine Förderung, die für alle gleich ist. Das gilt im Übrigen auch für den Kinderfreibetrag.

Was hat es damit auf sich?

Wer mehr als 6.500 Euro brutto im Monat verdient, für den lohnt es sich, auf das Kindergeld zu verzichten und seine Kinder „von der Steuer abzusetzen“. Und er bekommt so mehr heraus. Und jetzt frage ich: Warum bekommt ein Millionär mehr Geld für sein Kind als eine alleinerziehende Mutter, die irgendwo einen Halbtagsjob hat?

Sagen Sie es mir!

Die SPD war in den Koalitionsverhandlungen dafür, das Kindergeld zu erhöhen und den Kinderfreibetrag abzuschmelzen. Die CDU war dagegen. Das muss man noch mal festhalten: Die CDU macht ganz klar eine Politik für die oberen Einkommensschichten, und sie schafft es, eine Kommunikation hinzukriegen, dass selbst Klein- oder Mittelverdiener diese Politik für gerecht halten. Das ärgert mich am meisten: dass sich die Kleinen immer wieder vor den Karren der Großen spannen lassen.

Der nächste Punkte auf Ihrer Wunschliste?

Es wird Zeit, dass wir uns die Abgeltungsteuer vornehmen. Es kann nicht sein, dass Kapitalerträge pauschal nur mit 25 Prozent besteuert werden. Diese Regel geht auf Peer Steinbrück zurück,

weil man damals auf viele Auslandskonten überhaupt keinen Zugriff hatte. Das hat sich aber spätestens seit 2017 – dank des Informationsaustausches über Bankkonten, an dem inzwischen rund 100 Länder mitwirken – komplett geändert.

Was wollen Sie konkret ändern?

Zunächst einmal sollten Kapitalerträge wieder so besteuert werden wie das übrige Einkommen. Das fordert übrigens auch Wolfgang Schäuble schon lange. Er wurde aber regelmäßig von seiner Partei zurückgepfiffen.

Sind Sie für die Abschaffung des Steuergeheimnisses?

Das Steuergeheimnis schützt die Privatsphäre. Das soll auch so bleiben. Ich bin aber für die Abschaffung des Bankgeheimnisses. Ich bin dafür, dass Banken Zins- oder Dividendenerträge automatisch ans Finanzamt melden. Genau wie jeder Arbeitgeber das Finanzamt über das Einkommen seiner Beschäftigten informiert. Für Arbeitgeber ist dieser Informationsaustausch völlig normal. Warum soll er zwischen Banken und Finanzämtern tabu sein? Leuchtet mir nicht ein. Das ist im Fall von Steuerhinterziehung reiner Täterschutz.

Was sind die Argumente gegen diesen Informationsaustausch?

Da kommt man dann immer mit dem „Generalverdacht“. Wenn das Finanzamt alles erfährt, hieße das ja, man verdächtige alle, dass sie Steuern hinterziehen.

Ihre Entgegnung?

Auf einer Veranstaltung habe ich mal gefragt: Wenn ich mit dem Auto komme und es abschlieÙe, ist das dann ein Generalverdacht gegenüber jedem, der daran vorbeigeht? Oder ist es eine Vorsichtsmaßnahme gegen einzelne schwarze Schafe, die mein Auto ausräumen möchten?

Bei Ihnen vor der Haustür, am Niederrhein, in der kleinen Stadt Monheim, hat ein pfiffiger Bürgermeister die Gewerbesteuer glatt halbiert. Wie finden Sie das?

Das ist natürlich fatal. Der Wettbewerb bei der Gewerbesteuer war mal dazu gedacht, dass sich die Kommunen anstrengen müssen, um die besten Bedingungen zu schaffen, damit sich Firmen bei ihnen ansiedeln. Was man nicht bedacht hat: dass Firmen als Ganzes gar nicht mehr umziehen müssen, aber trotzdem von der geringen Steuer profitieren können.

Wie läuft das ab?

Das praktiziert zum Beispiel ein rheinischer Chemieriese in Leverkusen. Die Produktion ist am alten Standort geblieben. Aber die Patente für Medikamente, Saatgut und anderes werden jetzt von einer kleinen Tochterfirma in Monheim aus verwaltet. Dort ist die Gewerbesteuer nur halb so hoch. Die internen Patentgebühren werden so hoch angesetzt, dass sie den Gewinn auffressen, der bislang in Leverkusen versteuert wurde. Damit fällt der Unternehmensgewinn weitestgehend in Monheim und nicht in Leverkusen an. Leverkusen geht leer aus, Monheim kriegt die Hälfte der bisherigen Steuereinnahmen, ohne irgendwas dafür getan zu haben, und der Konzern hat die andere Hälfte gespart. Das ist vollkommen legal. Aber es ist total unfair. Die gesetzliche Regelung war für etwas ganz anderes gedacht.

Was ist die Folge?

Leverkusen senkt jetzt, trotz leerer Kassen, die Gewerbesteuer auf das Niveau von Monheim. Das ist ein ruinöser Wettbewerb. Denn jetzt gerät die Nachbarstadt Köln unter Druck und ist entsprechend sauer. Auf der Strecke bleiben die kommunalen Investitionen in Busse und Bahnen, Infrastruktur und Bildung, die die Menschen, aber gerade auch die Firmen der Region – wie überall sonst auch – brauchen. Sie sägen am eigenen Ast.

Und am Ende sind alle pleite.

Außer Monheim. Dort wirbt man damit, als erste Stadt den öffentlichen Nahverkehr kostenlos anzubieten. Und will auf einer Verkehrsinsel einen Geysir installieren. Mit dem Geld, das man von den anderen abgezogen hat.

Monheim, das Malta Deutschlands.

In Monheim haben sie jetzt tolle Schulen, da ist alles super, und sagen Sie mal den Leuten, sie sollten ihren Bürgermeister abwählen. Das werden sie niemals tun.

Was tun?

Ein Chemiewerk wird ja nie seine Anlagen in Leverkusen ab- und dort wieder aufbauen. Umziehen können aber die besonders mobilen Teile, wie eben Patente. NRW hat während meiner Amtszeit in den Bundesrat den Vorschlag eingebracht, dass wir die Höhe für steuerlich absetzbare Patentgebühren beschränken müssen. Sie sollten einen bestimmten Anteil an Umsatz oder Gewinn nicht überschreiten dürfen.

Was geschah?

Unter den Bundesländern ist das ähnlich wie unter den EU-Mitgliedstaaten. Die rechnen sich ihre Vor- und Nachteile aus. Bundesländer ohne zentrale Lage für die Großindustrie wissen, dass die Konzerne nie mit Sack und Pack zu ihnen umziehen werden. Aber vielleicht mit ihren Patenttöchtern. Da werden auch strukturschwache Länder schwach und hoffen irgendwie auf Vorteile. Aber im Bundesrat gibt es wenigstens kein Einstimmigkeitserfordernis. Deshalb haben wir den Vorstoß NRWs mit Mehrheit durchgekriegt.

Und dann?

Blieb er im CDU-geführten Finanzministerium liegen und wurde bis zum Ende der Legislaturperiode nicht bearbeitet. Dann gilt, dass alle unerledigten Gesetzentwürfe verfallen.

Das ist bitter. Und so wird Monheim immer reicher. Genau wie auf europäischer Ebene die EU-Steuroasen: Malta, Zypern, Liechtenstein, aber auch die Niederlande, Irland, Deutschland.

In der EU ist das Problem, dass Steuerfragen von den Staaten einstimmig entschieden werden müssen. Darum ist es so wichtig, das Einstimmigkeitsrecht in diesem Punkt zu knacken. Deutschland könnte hier, mit seinem Gewicht in der EU, vorangehen.

Will Deutschland das denn?

Auch Deutschland hat die Sorge, man könnte auch mal Minderheit sein. Und da überlegt man sich zweimal, ob man das Vetorecht

behalten oder aufgeben sollte. So vergeht Jahr um Jahr, ohne dass sich etwas ändert.

Überhaupt gehört Deutschland in Steuerfragen gern zu den Bremsern in der EU. Erst kürzlich wieder bei der Digitalsteuer.

Natürlich kann es nicht sein, dass Google und Apple und Starbucks und alle, die hier in Deutschland riesigen Umsatz machen, fast gar keine Steuern bei uns zahlen. Nur wenn man das ändern wollte, wird unweigerlich die Frage kommen: Ja, und wie ist das mit den deutschen Autos, die in China verkauft werden? Deutschland als Exportnation drohen, auch durch mögliche Reaktionen der Handelspartner, Nachteile, etwa durch geringere Steuereinnahmen von anderen Branchen. Ein Exportweltmeister verkauft nun mal mehr anderswo, als andere bei uns verkaufen. Sonst gäbe es den Exportüberschuss ja nicht. Deshalb wollen wir die Steuern lieber am Ort der Produktion als am Ort des Verkaufs ansetzen. Das führt zu komplizierten Verhandlungen. Aber es braucht eben auch nachhaltigen Druck, gerade von Wirtschaftsmächten wie Deutschland, und auch Vorstöße, die die Ernsthaftigkeit unseres Reformwillens unterstreichen. So wie das Frankreich mit seiner Digitalsteuer getan hat. Denn sonst bewegt sich nichts, und am Ende verlieren alle Staaten.

Lieber in Kauf nehmen, dass Amazon keine Steuern bei uns zahlt, als etwas zu ändern?

Das Problem sind natürlich die hohen Exporte, mit denen deutsche Firmen viel Geld verdienen. Und dann beginnt man in der deutschen Finanzpolitik zu rechnen.

Viel wurde zuletzt geredet über das 2016 eingeführte country-by-country reporting – die Steuerbehörden verschiedener Ländern tauschen sich darüber aus, wie viele Steuern ein multinationaler Konzern bei ihnen gezahlt hat. Die Debatte zuletzt: Sollen die Daten öffentlich gemacht werden, damit alle sehen, wer wie getrickst hat?

Ich bin seit Langem dafür. Jedes Unternehmen sollte öffentlich sagen müssen: Wie verteilt sich mein Umsatz prozentual auf verschiedene Länder, wie verteilt sich mein Gewinn, und wie verteilen sich meine Steuerzahlungen? Und wenn dann am Ende herauskommt, der Umsatz wird in Deutschland gemacht, der Gewinn in Irland, und am Ende werden auf der Isle of Man Ministeuern gezahlt, dann weiß die Öffentlichkeit: Da hat jemand ziemlich rumgeschoben.

EU-Kommission und EU-Parlament sind für eine Offenlegung, die deutsche Bundesregierung war bislang geschlossen dagegen. Finanzminister Scholz änderte erst kürzlich seine Meinung.

Eben, weil er mögliche Mindereinnahmen für den deutschen Fiskus vermeiden will. Wir würden vielleicht an einigen Stellen mehr einnehmen, siehe Apple und Amazon, aber weniger bei Autos und Maschinen. Deutsche Konzerne beteiligen sich ja auch umfassend an diesem Verschiebebahnhof zur Steuervermeidung. Vielleicht kämen wir unterm Strich etwas schlechter weg als heute. Aber es kann ja auch nicht sein, dass Gerechtigkeit nur dann gilt, wenn man selbst am Ende besser dasteht. Das rächt sich irgendwann an anderer Stelle.

Im Koalitionsvertrag steht, man wolle gegen share deals vorgehen. Aber bislang ist nichts passiert. Was steckt dahinter?

Share Deals sind Teil des inländischen Tricksens – juristisch bisher legal, aber sie helfen den Besitzern vieler Immobilien, die Grunderwerbsteuer zu umgehen. Der einfache Haus- oder Wohnungskäufer guckt dagegen in die Röhre. Der muss zahlen. Share Deal heißt: Eine Immobilie wird nicht – wie bei Privatleuten üblich – einzeln verkauft, sondern Häuser und Wohnungen werden in eine Firma gepackt. Dann werden Teile der Firma verkauft. Weil nicht die Grundstücke den Besitzer wechseln, sondern die Firma, entfällt die Grunderwerbsteuer. Das nützt wieder mal nur den Großen. Während alle, die sich gerade mal eine Wohnung leisten können, zur Kasse gebeten werden.

Warum braucht es immer Jahre, bis solche Schlupflöcher geschlossen werden?

Weil einflussreiche Kreise großes Interesse haben, dass die Umgehungsmöglichkeiten weiter bestehen. Die setzen Horden hoch bezahlter Juristen in Gang, um Unsicherheit darüber zu verbreiten, was man ändern darf und was nicht. Ein Totschlagargument, mit dem die Finanzverwaltung mir in meiner Zeit als Minister auch immer kam, lautet: Eine Änderung sei „verfassungsrechtlich bedenklich“. Ganz gleich, ob man als Politiker das Ehegattensplitting ändern will oder den Share Deal, den Finanzausgleich oder die Erbschaftsteuer – die Beamten argumentieren nicht von der Zielsetzung her, sondern aufgrund juristischer Bedenken. Das verfehlt seine Wirkung nicht. Politiker lassen sich so Bedenken einreden und bleiben weit vor dem stehen, was möglich wäre.

Heißt im konkreten Fall?

Dass wir als SPD weiter gegen die Share Deals streiten werden. Und dass wir als SPD dazu einen Beschluss auf dem SPD-Bundesparteitag gefällt haben, der fordert, dass man so viel Prozent der Gewerbesteuer zahlt, wie man Anteile an einem Unternehmen gekauft hat. Wenn ich ein Unternehmen in Stücken verkaufe, wird die Steuer eben auch in Stücken fällig.

Sie wurden als der Finanzminister bekannt, der „Steuer-CDs“ aufkaufen ließ – Datenträger mit den Bankdaten mutmaßlicher Steuerbetrüger. Das brachte dem deutschen Staat Mehreinnahmen von mehr als sieben Milliarden Euro ein. Zu Beginn war der Ankauf heftig umstritten, das Beweismaterial war schließlich gestohlen, doch schon 2010 stellte das Bundesverfassungsgericht klar: Der Fiskus darf mit illegal beschafften Daten ermitteln. Und so kam es, dass sich zwischen 2010 und 2016 rund 120.000 Steuerbetrüger selbst anzeigten.

Der Ankauf der CDs ging über Symbolik weit hinaus. Die Gefahr, erwischt zu werden, wurde größer, das hat zu Selbstanzeigen geführt. Und wir konnten Banken nachweisen, dass sie aktiv Beratung zur Steuerhinterziehung betrieben haben. Es gab Hausdurchsuchungen, mit denen wir an weitere Materialien gekommen sind. Auch zum Thema Cum-Ex konnten wir viel in Erfahrung bringen.

Wie kam es zu dem Ankauf?

Ein Finanzminister verhandelt ja selbst weder mit einem Whistleblower noch verhandelt er mit den Banken noch schaut er nach, was auf so einer CD steht. Die Frage ist, ob die Spezialisten in den Ämtern das Gefühl haben, den Rückhalt der Politik zu haben. Oder ob sie befürchten müssen, Schwierigkeiten zu kriegen, wenn sie sich über das gewohnte Maß hinaus engagieren. Dann sagen die

sich: Warum soll ich ein Risiko eingehen, mit dem ich am Ende alleingelassen werde? Zu mir konnten die Fahnder mit ihren Vorschlägen immer kommen, auch jenseits der Hierarchiestufen. Das hat viele motiviert.

Wie sind Sie eigentlich zum Steuerexperten geworden?

Als Schüler war ich gut in Mathe, dann habe ich in Bonn Volkswirtschaftslehre studiert, dort ist das Fach sehr mathematisch geprägt. Später war ich in der Staatskanzlei von Johannes Rau für Wirtschafts- und Finanzpolitik zuständig und bald derjenige, den man fragte, wenn es etwas zu berechnen oder zu prognostizieren gab, gerade in Sachen Haushalt. Später wurde ich in der Staatskanzlei Spiegelreferent für das Finanzministerium und noch später Stadtkämmerer in Köln. Da trug ich Verantwortung für einen Haushalt von immerhin weit über drei Milliarden Euro.

Sie kannten die Materie also, als Sie 2010 Finanzminister in NRW wurden. Das gilt längst nicht für all Ihre Kollegen.

Es ist ein riesiger Vorteil, wenn Sie selbst Ahnung haben. Sie können Fragen stellen, Diskussionen anstoßen, das ist ein ganz anderes Zusammenspiel. Je weniger ein Finanzminister selbst von der Sache versteht, umso abhängiger ist er von Beratern. Ich glaube, wir haben im NRW-Finanzministerium viel voneinander gelernt. Klar, dass die Kolleginnen und Kollegen in den Fachabteilungen anfangs etwas erstaunt waren, nach dem Motto: Wieso fummelt der Minister hier jetzt selbst rum?

Sie haben immer wieder für Schlagzeilen gesorgt. Unter anderem, weil Sie auf Änderungen bei Registrierkassen bestanden. Warum war Ihnen das wichtig?

Unsere Betriebsprüfer hatten die Entdeckung gemacht, dass es in Geschäften, in denen die Kassen nicht miteinander vernetzt waren, Unregelmäßigkeiten in bis zu 25 Prozent der geprüften Fälle gab. Das ergibt, wenn man das aufs ganze Land hochrechnet, einen jährlichen Steuerausfall zwischen fünf und zehn Milliarden Euro. Nur ein Beispiel: Als Hamburg seine Taxis mit einem neuen, nicht manipulierbaren System ausgestattet hatte, hat sich der Taxiumsatz fast verdoppelt.

Und so ist es in vielen Branchen?

In der Gastronomie, in Apotheken, Einzelhandelsgeschäften. Wohlgemerkt: Der allergrößte Teil der Geschäftsinhaber gehört nicht zu den Betrügern, sondern zu den Betrogenen. Die haben Wettbewerbsnachteile, weil sie ehrlich sind. Ich habe das zum Thema gemacht. Der damalige Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble und alle 16 Finanzminister der Länder haben zugestimmt, dass wir handeln müssen. Und was geschah? In Berlin lief ein parlamentarischer Staatssekretär durch die Gänge und behauptete, unsere Schätzungen seien hoffnungslos übertrieben. Außerdem würde ich alle ehrlichen Kaufleute einem „Generalverdacht“ aussetzen. Wieder die übliche Keule des „Generalverdachts“.

Wie ging es weiter?

Ein großer Kassenhersteller hat damals Finanzminister Schäuble einen Brief geschrieben: Die Schätzungen von Nordrhein-Westfalen seien deutlich untertrieben. Sie waren sicher, die Manipulation sei noch größer. Und sie befürworteten eine gesetzliche Regelung – weil sie Kassen, bei denen man nicht tricksen kann,

überhaupt nicht verkauft kriegen. Es gibt längst Kassen, die manipulationssicher wären.

Und weil ein Staatssekretär durch Berlin läuft, wird ein so wichtiges Gesetz dann nicht gemacht?

Es hat von Mitte 2014 bis Anfang 2017 gedauert, bis ein Gesetz erlassen wurde. Aber es war so verwässert, hatte so viele Übergangszeiten, dass es kaum etwas nützt. Der Apotheker, der Gastronom, der Friseur mit der Einzelkasse, die halten CDU und FDP offenbar für ihre klassische Klientel. Das Ministerium und die Finanzpolitiker sind schlicht und einfach von den Wahlkreisabgeordneten bedrängt worden, bloß keine Kontrolle einzuführen und den Leuten am Ende das Geschäft kaputt zu machen. Ich halte das für ein seltsames Verständnis, das CDU, CSU und FDP von der Ehrlichkeit der Kaufleute haben. Die Verbände des Einzelhandels und des Handwerks selbst stehen wirksamen Kontrollen jedenfalls deutlich aufgeschlossener gegenüber. Die vertreten die vielen Ehrlichen.

Thema Umsatzsteuerkarusselle: der in ganz Europa verbreitete Betrug, grenzüberschreitend Waren hin und her zu schieben und sich Mehrwertsteuer erstatten zu lassen, die man nie gezahlt hat. Was allein Deutschland geschätzte zehn Milliarden Euro kostet, Jahr für Jahr. Warum handelt die Politik nicht?

Sicher sind Lösungen denkbar, aber die gehen nur europaweit – und da ist bisher immer einer ausgesichert.

Welche Lösungen wären das?

Das Prinzip heißt *reverse charge* – übersetzen könnte man das mit Beweislastumkehr. Es meint: Man kann die Umsatzsteuer nur von der eigenen Steuerschuld abziehen, wenn die Vorsteuer auch nachweislich beim Finanzamt eingegangen ist.

Was spricht gegen die Einführung der Reverse Charge? Oder gegen eine drakonische Erhöhung der Strafen wie in Großbritannien, wo man für Mehrwertsteuerbetrug in den Knast wandern kann?

Weil man dazu die europäische Mehrwertsteuer-Richtlinie einstimmig ändern müsste, und bisher gab es immer ein Land, das nicht mitgemacht hat. Wobei: Tschechien hat kürzlich bei der EU-Kommission durchgesetzt, dass sie in einem Pilotversuch ebendieses Prinzip testweise anwenden dürfen. Sie haben recht: Das sind Löcher, durch die extrem viel Geld verloren geht. Wenn wir die stopfen könnten, hätten wir sowohl die Möglichkeit, anständig zu investieren, als auch die Möglichkeit, kleine und mittlere Einkommen zu entlasten.

Wird es jemals gelingen, betrügerische Praktiken wie Cum-Ex zu stoppen?

Wir könnten wesentlich mehr verhindern, aber ich fürchte, ganz wird uns das nie gelingen, die Praktiken ganz zu stoppen. Wir haben es da mit Menschen zu tun, die hochintelligent und gleichzeitig absolut skrupellos sind. Die sind längst dabei, die nächsten Produkte zu entwickeln. Mir hat kürzlich ein Fahnder von dem E-Mail-Verkehr zwischen diesen Freaks erzählt. Sinngemäß: „Cum-Ex gerät in die Bredouille, wir brauchen unbedingt neue Produkte!“ Dieses Treiben hoch qualifizierter Menschen, die sich gegen die Allgemeinheit stellen, wird schon deshalb nicht enden, weil man damit so viel Geld verdienen kann. Das einzige halbwegs

probate Mittel sind Strafen, die die Profitabilität dieses Treibens so weit verkleinern, dass die zusätzlich drohenden Freiheitsstrafen ihre ganze Abschreckung entfalten können. Geldstrafen bewirken in diesen Kreisen wenig. Aber wenn von Knast die Rede ist, kriegen diese Herrschaften weiche Knie.

Sind diese Menschen kriminell?

Nun ja, sie selbst sehen sich zumindest nicht so. Sie denken, sie seien Spezialisten im Deuten von Gesetzen, und tatsächlich gelingt es ihnen ja nicht selten, ihren Griff in die Kassen so anzulegen, dass er gerichtsfest ist. Aber was wir geschafft haben in Sachen Cum-Ex, auch mithilfe von Journalisten wie bei CORRECTIV, ist schon viel. Jetzt schaut die Öffentlichkeit auf dieses Treiben. Das erschwert diese Art von Geschäften. Und es weckt Politiker auf. Es wird sich nur etwas ändern, wenn Parteien und Politiker Sorge haben müssen, dass sie durch Untätigkeit in dieser Sache Wahlen verlieren könnten.

Wie sehen Sie den Cum-Ex-Prozess?

Dass der Prozess stattfindet, ist schon mal ein wichtiges Signal. Das hat wie so oft mit dem entschlossenen Handeln einzelner Personen zu tun. In diesem Fall ist das die Kölner Staatsanwältin Anne Brorhilker. In sie setze ich große Hoffnungen und wünsche ihr Durchhaltevermögen. Ich weiß, welche Kräfte auf einen einwirken, wenn man sich mit dem großen Geld anlegt.

Gehen Sie davon aus, dass es Gefängnisstrafen geben wird, die eine abschreckende Wirkung haben werden?

Das Strafmaß ist Sache unserer Gerichte. Bekannt ist, dass viele der Finanzakrobaten auch über hohe Geldstrafen oft nur lächeln, während sie bei der Androhung von Freiheitsstrafen geradezu redselig werden.

Was können die Behörden tun, um die geklauten Milliarden zurückzuholen?

Wie viel Geld zurückgeholt werden kann, hängt von vielen Faktoren ab: Wer kann strafbarer Handlungen überführt werden? Was ist durch zu langes Weggucken verjährt? Wie viel ist bei überführten Tätern zu holen – was haben sie eventuell schon wieder auf andere übertragen? Trotzdem rechne ich mit erklecklichen Rückzahlungsbeträgen,

Lieber Herr Walter-Borjans, was bedauern Sie rückblickend aus Ihrer Zeit als Finanzminister in NRW? Welche Fehler, welche Untätigkeit?

(überlegt) Ich bedaure im Nachhinein, dass ich bei den Verhandlungen zur Reform der Erbschaftsteuer nicht unnachgiebiger war. Ich habe mich auf einen Minimalkonsens eingelassen. Jetzt, im Nachhinein, sage ich, ich hätte mit mehr Nachdruck für eine gerechtere Besteuerung dieser leistungslosen Rieseneinkommen sorgen müssen.

Müssen wir die Erbschaftsteuer erhöhen?

Ja klar. Heute werden bei uns rund 400 Milliarden Euro im Jahr durch Schenkungen und durch Erbschaften übergeben, bei sechs Milliarden Euro Erbschaftsteuer. Das entspricht einem Prozentsatz von 1,5 Prozent, und das darf natürlich nicht sein. Es gibt den richtigen Gedanken, dass Familienunternehmen erhalten werden

müssen und sie nicht durch einen Erbfall ruiniert werden. Aber der Schutz wurde gerade von der CSU so weit getrieben, dass heute gilt: Je reicher Sie sind, desto sicherer können Sie sein, dass Sie eine Erbschaft keinen Cent Steuern kostet. Das ist nicht gerecht. Es widerspricht dem Auftrag des Bundesverfassungsgerichts an die Politik, die Privilegierung der Firmenvermögen einzuschränken. Aber das ist mitnichten passiert.

Wie hoch müsste die Erbschaftsteuer sein?

Da kann ich jetzt nicht einfach einen Prozentsatz aufrufen. Die Erbschaftsteuer ist gestaffelt nach der Höhe der Erbschaft und dem Verwandtschaftsgrad, und das sollte auch in Zukunft gelten. Aber nicht, dass trickreiche Konstruktionen möglich sind, um große Vermögen zu vererben, dass alle zehn Jahre Teile großer Erbschaften auf dem Weg der Schenkung steuerfrei an die künftigen Erben übertragen werden können. So zahlen Erben fast keine Steuern, führen dann aber das Unternehmen vielleicht gar nicht selbst weiter, sondern verkaufen es. Mit diesen großen, leistungslos erworbenen Summen wird hantiert, als hätten nicht Tausende Menschen dafür geschuftet. Das alles mag ich nicht akzeptieren. Denn es hat Auswirkungen auf die Handlungsfähigkeit des Staates, den gesellschaftlichen Zusammenhalt und den sozialen Frieden in Deutschland.

Lieber Herr Walter-Borjans, vielen Dank für dieses Gespräch!

Gerhard Schick: „Die rechtliche Grundlage für Gefängnisstrafen ist gelegt“

„Gerechtere Steuern?“, fragt Gerhard Schick, „darüber kann man an vielen Stellen streiten. Aber bei einigen Themen kann es eigentlich nur eine Meinung geben. Zum Beispiel, dass es falsch ist, sich Steuern erstatten zu lassen, die man nie gezahlt hat, und sich davon ein schönes Leben zu machen. So wie bei Cum-Ex.“

Wir erreichen Gerhard Schick am Telefon. Er hat eine helle, lebendige Stimme, er redet voll Verve, kein Wunder: Cum-Ex ist ein Thema, das ihn seit bald einem Jahrzehnt umtreibt. Schick, gelernter Volkswirt aus Schwaben, war von 2005 bis 2018 für die Grünen im Bundestag. Dann legte er sein Mandat nieder und gründete die Bürgerbewegung Finanzwende. Deren Ziel: eine nachhaltige Finanzwirtschaft.

2016 nahm der Untersuchungsausschuss zu Cum-Ex seine Arbeit auf – was vor allem Ihrem Engagement zu verdanken ist. Wie kam es dazu?

Gerhard Schick: Das waren zwei Jahre harter Arbeit. Dem voraus ging das jahrelange Bemühen, die anderen Fraktionen zu überzeugen, dass wir uns diesem Thema gemeinsam widmen müssen, jenseits des Parteienstreits. Ich war davon ausgegangen: Cum-Ex ist so eine Riesensauerei, so eindeutig kriminell – das müssten doch eigentlich alle gemeinsam aufarbeiten wollen. Doch weder die CDU/CSU- noch die SPD-Fraktion waren dazu bereit.

Mit welchen Argumenten?

Vordergründig: Das sei doch überflüssig, die Staatsanwaltschaft ermittle doch jetzt, man würde nur deren Arbeit stören. Aber warum es im Kern ging, das hat man nachher im Untersuchungsausschuss gut sehen können: das Versagen der eigenen Landes- und Bundesminister zu decken.

Sie haben nicht lockergelassen.

Normalerweise geht Untersuchungsausschüssen eine große Medienwelle voraus – nehmen Sie den Dieselskandal oder die Pkw-Maut. Bei Cum-Ex gab es diese Medienwelle im Vorfeld nicht. Die Herausforderung bestand also darin, die Fraktionen von Grünen und Linken zu überzeugen, dass man einen Untersuchungsausschuss braucht, obwohl es keinerlei öffentlichen Druck in diese Richtung gab.

Wie haben Sie es gemacht?

Entscheidend war, Cum-Ex ein Preisschild aufzukleben. Bis dato gab es keine Schätzung, und mir war klar: Dann kann auch niemand die Dimension des Skandals einschätzen. Ich habe also den Kopf aus dem Fenster gestreckt und gesagt: Es sind zwölf Milliarden Euro. Ich hatte vorab mit zahlreichen Experten gesprochen, wir waren uns einig: Diese Zahl ist plausibel.

Was waren die wichtigsten Ergebnisse des Untersuchungsausschusses?

Ich nenne hier mal drei Punkte. Erstens: Die Cum-Ex-Geschäfte liefen schon seit den 1990er-Jahren, und der Bankenverband hat sich schon damals mit der Frage beschäftigt: Wie werden wir die Haftung los? Das heißt, führende Leute im Bankenverband

wussten, dass es diese Geschäfte gibt – und dass sie problematisch sind. Aber die Banken wollten nur sich selbst schützen. Sie wollten nicht den Staat schützen.

2002 hat sich der Bankenverband an das Finanzministerium gewandt und über Cum-Ex informiert.

Stimmt. Aber das war eben kein freundlicher Hinweis, sondern der Versuch, aus der Haftung herauszukommen. In der Öffentlichkeit wurde das oft missverstanden als: Der Bankenverband habe das Finanzministerium gewarnt, und dort habe niemand reagiert. Dieses Bild hat im Untersuchungsausschuss einen ziemlichen Schaden abbekommen.

Der zweite Punkt?

Betrifft Arnold Ramackers, einen gelehrten Finanzrichter, der von 2004 bis 2009 das Finanzministerium in Steuerfragen beriet, weil es dort keine Experten gab, die sich ausreichend tief mit der Materie auskannten. Im Untersuchungsausschuss konnten wir nachweisen, dass er derjenige war, der für die problematische Passage zu Cum-Ex im Jahressteuergesetz 2007 verantwortlich war. Er hat – über sein privates E-Mail-Konto – nach seiner Beurlaubung weiterhin an der Gesetzgebung mitgearbeitet, er hat einen Gesetzentwurf vorab an eine private Kanzlei geschickt. Und Hinweise abgeblockt, dass die Gesetze nicht ausreichten und es weiter Cum-Ex-Deals gebe. Er hat eine hochproblematische Rolle gespielt – und ist dafür nie belangt worden.

Was macht Herr Ramackers heute?

Er ist jetzt im Ruhestand, ein älterer Herr. Als wir ihn vernommen haben, wirkte er keineswegs geknickt, dass sein Tun einen Milliarden Schaden für den Fiskus verursacht hat. Es schien, als berühre ihn das nicht sonders. Das fand ich irritierend.

Stand Herr Ramackers auf der Payroll interessierter Kreise?

Direkte Bestechung konnten wir ihm nicht nachweisen, obwohl er Geld von den Bankenverbänden bekam. Es war ein Geben und Nehmen über die Jahre hinweg, eine Verbrüderung in der Sache.

Und der dritte Effekt des Untersuchungsausschusses?

Auf den bin ich am meisten stolz: Dieser Untersuchungsausschuss hat den Steuerzahlern mehr Geld eingebracht als alle anderen Untersuchungsausschüsse in der Geschichte der Bundesrepublik. Denn: Indem wir Cum-Ex thematisiert haben, war es möglich, Cum-Cum anzugreifen.

Bei Cum-Ex werden Aktien so gehandelt, dass es für einen Augenblick so scheint, als hätten sie zwei Besitzer – die beide Steuern erstattet bekommen. Was ist Cum-Cum?

Kurz gesagt: Bei Cum-Cum tauschen inländische und ausländische Inhaber ihre Aktien für kurze Zeit, mit dem Ziel, sich die Kapitalertragsteuer zu sparen. Anders gesagt: Cum-Ex ist ein Fall für den Staatsanwalt, Cum-Cum für den Betriebsprüfer. Technisch sind sie sehr ähnlich, rechtlich werden sie sehr unterschiedlich behandelt.

Und Cum-Cum wurde jahrelang geduldet?

Das Finanzministerium wusste um diese rein steuerlich motivierten Tauschgeschäfte, die dazu führen, dass Kapitalertragsteuer nicht gezahlt wird. Ein Milliarden Schaden. Es ist eine völlig unproduktive Finanztransaktion, und sie ist nach meiner Rechtsauffassung nicht legal. Inzwischen sehen das Bundesfinanzministerium und die Mehrheit der Landesfinanzministerien das genauso.

Und über Cum-Ex konnten Sie Cum-Cum treffen?

Cum-Cum zu stoppen wäre mir nie gelungen, wenn ich mich im Finanzausschuss darüber beklagt hätte. Das hätte schlicht nichts geändert. Aber in dem Maße, wie Cum-Ex öffentlich thematisiert wurde, konnten wir auch Cum-Cum thematisieren. Und haben 2016 erreicht, Cum-Cum weitgehend unmöglich zu machen – eine Praxis, die den Steuerzahler pro Jahr bis zu fünf Milliarden Euro gekostet hat. Ein gigantischer Erfolg. Und ja, ich gestehe: Cum-Cum zu stoppen war eines der Ziele, die ich mit dem Cum-Ex-Untersuchungsausschuss verfolgte.

Welche Landesbanken haben sich eigentlich an Cum-Ex-Geschäften beteiligt?

Zugegeben haben es die HSH Nordbank in Hamburg und die LBBW in Stuttgart. Jetzt vor Gericht wurde auch die Helaba genannt, die hessische Landesbank. Ich gehe auch davon aus, dass die WestLB mit drinsteckte.

Im Nachhinein kaum zu glauben.

Bei der HSH Nordbank ist es besonders krass. Die hat sich noch zu einem Zeitpunkt an Cum-Ex bereichert, als sie vom Steuerzahler gerettet worden war. Das ist so, als wenn das Unfallopfer dem Notarzt in die Tasche greift und ihm den Geldbeutel klaut.

Inzwischen hat die juristische Aufarbeitung von Cum-Ex begonnen. Ihr Kommentar?

Es ist erbärmlich, dass es erst jetzt geschieht. Wäre man damals den ersten Hinweisen nachgegangen – 2002 dem Brief des Bankenverbandes, 2007 den Hinweisen eines Whistleblowers bei der BaFin, 2009 den Hinweisen eines Whistleblowers an das Bundesfinanzministerium –, dann wären wir heute viel, viel weiter und hätten nicht das Problem, dass vieles zu verjähren droht. Und es ist ein Skandal, dass die Staatsanwaltschaft in Köln lange nicht die volle Unterstützung der Finanzbehörden hatte. Die staatlichen Einheiten haben nicht optimal zusammengearbeitet, um die Täter hinter Gitter zu bringen.

Sind Sie überrascht von dem, was im Prozess in Bonn zutage gekommen ist?

Manches ist ja nun schon bekannt, nicht zuletzt dank der Recherchen von CORRECTIV und von ARD- „Panorama“. Anderes wusste ich aus vertraulichen Akten. Aber es ist wichtig, dass die Öffentlichkeit nun davon erfährt. Ich hoffe darauf, dass zumindest einige der Täter hinter Gittern landen. So bitter es ist: Das ist die einzige Sprache, die manche Leute am Finanzmarkt verstehen. Das hätte einen abschreckenden Effekt für mögliche Nachahmer. Sie wissen dann, was auf dem Spiel steht.

Wer sind die Haupttäter?

Es bringt wenig, hier jetzt eine Liste von Namen herunterzubeuten. Wobei die Frage nach der Schuld schwer zu beantworten sein wird. Wer ist der eigentliche Drahtzieher? Ist es der Steuerberater? Der Banker? Der Jurist, der seine Expertise geliefert hat? Erschreckend ist ja, wie groß die Gruppe ist. Es wird eine lange Serie von Prozessen geben. Ich rechne mit Jahren der juristischen Aufarbeitung.

Wird man die vielen Milliarden, die Banken und Reiche mittels Cum-Ex dem Staat gestohlen haben, jemals wieder zurückholen können?

Es ist ja schon einiges hereingeholt worden. Zum Beispiel haben HSH Nordbank und LBBW die zu Unrecht erlangten Gelder zurückgezahlt, jeweils etwas über 100 Millionen Euro. Aber wir werden nie alles wiederbekommen. Das, was in den 90er-Jahren gelaufen ist, wird wohl nie aufgearbeitet werden. Deshalb werden wir nie wissen, wie hoch die Gesamtsumme ist, und einen großen Teil des Geldes nie zurückbekommen.

Im März 2020 endete der erste große Cum-Ex-Prozess vor dem Bonner Landgericht. Die Staatsanwältin nannte das Treiben der Banken „organisierte Kriminalität“, und der Richter sagte: „Cum-Ex-Geschäfte in der hier angeklagten Konstellation sind strafbar.“

Das ist ein sehr entscheidender Satz. Denn erstmals hat damit ein Richter bestätigt, wovon ich immer ausging, was aber bisher kein Gericht festgestellt hat: Cum-Ex ist kriminell. Die rechtliche Grundlage für Gefängnisstrafen ist gelegt.

Als erste Bank soll jetzt die Warburg-Bank zahlen – und wurde in erster Instanz dazu verdonnert, 176 Millionen Euro zu erstatten.

Das ist für die ehrlichen Steuerzahler eine richtig gute Nachricht. Sie bedeutet, dass dann, wenn die eigentlichen Täter nicht mehr zu einer Rückzahlung der Gelder gezwungen werden können, auch andere Beteiligte herangezogen werden können, etwa die Depotbanken. Das ist etwa in den Fällen relevant, in denen der Fonds, über den das lief, zwischenzeitlich aufgelöst wurde. Ich gehe davon aus, dass die Verantwortlichen der Warburg-Bank sehr genau wussten, was sie da gemacht haben, und hoffe, dass es gelingt, sie zur Rechenschaft zu ziehen. Für die Warburg-Bank ist dieser Prozess entscheidend, es geht um Summen, die im Verhältnis zum Eigenkapital relevant sind.

Haben Sie weiterhin mit dem Thema Cum-Ex zu tun?

Im Frühjahr 2019 haben wir eine Kampagne gestartet, um den Anwalt zu schützen, der die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Köln mit ausgelöst hat – Eckart Seith aus Stuttgart, der im Rahmen eines Zivilprozesses Unterlagen der Schweizer Bank Sarasin bekommen und sie an die Staatsanwaltschaften in Deutschland und der Schweiz weitergeleitet hat. Die Schweizer Justiz sah darin einen Fall von Wirtschaftsspionage. Als habe Herr Seith Unterlagen eines Unternehmens an die Konkurrenz verkauft! Hat er aber nicht – er hat Informationen über kriminelle Geschäfte an die Staatsanwaltschaften übergeben. Das als Spionage zu bezeichnen ist schon sehr, sehr dreist. Das zeigt auf erschreckende Weise, dass für Teile der Schweizer Justiz das Interesse der Banken nach wie vor über allem anderen steht. Überhaupt, man stelle sich das mal vor: Die Whistleblower müssen sich vor Gefängnisstrafen fürchten, die Täter laufen frei herum.

Was haben Sie unternommen?

Wir haben uns gesagt: Den dürfen wir nicht alleinlassen und haben die Öffentlichkeit zur Solidarität aufgerufen. Wir haben der Schweizer Justiz klargemacht: Wir gucken hin. Die deutsche Öffentlichkeit wird beobachten, ob man in Zürich in dieser krassen Form Banken unterstützen will – gegen alle Prinzipien des Rechtsstaates. Und wir haben mit dazu beigetragen, dass die Kölner Staatsanwaltschaft mehr Stellen bekommen hat. Nicht gelungen ist es bisher, dass staatliche Stellen in Deutschland Seith wirklich unterstützen. Sehr enttäuschend, schließlich verdankt ihm Deutschland viel.

Gibt es weitere Steuerthemen, die Sie bei Finanzwende im Blick haben?

Wir engagieren uns beispielsweise weiter für die Einführung der Finanztransaktionssteuer. Das war eine der zentralen Forderungen nach Ausbruch der Finanzkrise. Die Finanzbranche sollte endlich einen fairen Beitrag leisten – um den verrückten Hochfrequenzhandel auszubremsen, der das Finanzsystem destabilisiert. Und mit vereinten Kräften ist es uns gelungen, sie in Europa auf den Verhandlungstisch zu legen.

Wo sie dann verwässert wurde.

Das ist leider die traurige Regel: Wann immer es um wirkliche Veränderungen am Finanzmarkt geht, schafft es die Finanzlobby, das auszubremsen. Einige Länder sind abgesprungen, der EU-Kommissionsvorschlag hatte keine Chance mehr. Und was jetzt auf dem Tisch liegt, ist eine Aktiensteuer, die mit der ursprünglichen Idee nichts zu tun hat.

Inwiefern?

Bei dem Vorschlag, den Herr Scholz jetzt mit seinem französischen Kollegen propagiert, sind 90 Prozent der Geschäfte außen vor, etwa der ganze Derivatemarkt. Richtig absurd ist, dass der Intraday-Handel ausgenommen wurde, all das, was kurzfristig stattfindet. Jetzt werden die langfristigen Investoren belastet, nicht der Hochfrequenzhandel. Völlig absurd. Damit wird die Steuer schädlich für die Kleinanleger. Ein Punktsieg der Finanzlobby gegen die breite Masse der Bevölkerung.

Die Finanzlobby – wer ist das?

Das sind viele Akteure. Ganz stark waren die französischen Großbanken dabei. Der Londoner Finanzplatz hatte sich sofort dagegengestellt.

Und jetzt? Was machen Sie jetzt?

Also haben wir jetzt die Öffentlichkeit informiert. Wir wollen einen neuen Anlauf starten für eine echte Transaktionssteuer. Da wird man sicher schauen müssen, wann der richtige Moment dazu ist. Aber wir wollen dieses 0:1 gegen die Finanzlobby nicht auf uns sitzen lassen.

Vielen Dank, Herr Schick!

Mehrwertsteuerkarusselle sind das Cum-Ex des kleinen Mannes. Denn hier kann eigentlich jeder mitmachen beim Steuerraub

Von Marta Orosz, Christian Salewski, Oliver Schröm, Ruth Fend. Mitarbeit: Hans Koberstein, Markus Reichert, David Crawford

Die wenigsten Schnäppchenjäger wissen, warum neue Handys auf eBay oft so viel weniger kosten als beim Hersteller. Amir Bahar dämmerte es schon mit 16. Er hatte da gerade angefangen, auf seinem Schulhof in der Nähe von Köln Handys zu verticken. „Auf der ganzen Welt weiß man: Wenn man in Deutschland Handys verkaufen will, müssen die aus einem Betrug kommen. Sonst kann man keine Gewinne machen.“ So wird er es über zehn Jahre später der Staatsanwaltschaft Köln sagen.

Amir Bahar war ein cleverer Teenager, der in wenigen Jahren zum Multimillionär aufstieg. Dem Discos in Dubai so vertraut wurden wie die First-Class-Betten der Airline Emirates. Bis zu seiner Festnahme 2014 führte Amir Bahar, der in Wirklichkeit anders heißt, elf Firmen. Er handelte mit Mobiltelefonen, Spielekonsolen, Kupferkathoden und mit Zertifikaten auf CO₂-Ausstoß.

Das Geld verdiente er aber kaum mit den Produkten selbst, sondern mit geraubten Steuergeldern. Indem er die Waren über Landesgrenzen hinweg im Kreis handelte, ohne Umsatzsteuern abzuführen, stahl er dem Fiskus viele Millionen Euro. Der Steuerschaden wurde zunächst auf 110 Millionen Euro geschätzt, im Haftbefehl spricht die Staatsanwaltschaft von 60 Millionen Euro, verurteilt wird er letztlich für 40 Millionen Euro.

Auf jeden Fall verdammt viel Geld für einen Handyhändler. Ein überdurchschnittlich gut verdienender Arbeitnehmer mit einem Monatsgehalt von 5.000 Euro müsste 1.600 Jahre lang arbeiten, um 100 Millionen Euro zu verdienen. Aber unter seinesgleichen war Amir Bahar nur ein mittelgroßer Spieler.

Mit Umsatzsteuerkarussellen und Kettengeschäften entsteht allein in Deutschland ein jährlicher Schaden von bis zu 14 Milliarden Euro. Bei dem milliardenschweren Steuerraub durch Cum-Ex-Deals benötigten kriminelle Aktienhändler noch die Hilfe von Anwälten und Bankern, Umsatzsteuerkarusselle sind Cum-Ex für jedermann. Ein Teenager kann binnen wenigen Jahren zum Multimillionär werden. Für die Allgemeinheit ist das Ergebnis das gleiche: Milliarden an Steuergeld landen bei Kriminellen.

Europas Staatskassen werden dank dieser Betrugsmasche um bis zu 50 Milliarden Euro pro Jahr beraubt, schätzt die EU-Kommission. Und das seit 27 Jahren, seit 1993, als der gemeinsame Binnenmarkt eingeführt wurde.

„Wir haben versagt. Die Verluste sind stabil. Es ist tragisch, dass wir nicht in der Lage sind, dem Einhalt zu gebieten“, sagt Marie Lamensch, Expertin für Steuersysteme an der Freien Universität Brüssel.

„Ich verstehe nicht, warum Leute irgendeine andere Form von Kriminalität wählen. Warum Drogengeschäfte machen, wenn man mit diesen Karussellen so viel Geld verdienen kann?“, fragt sich der ehemalige britische Steuerfahnder Rod Stone, der sich mit Mehrwertsteuerkarussellen so gut auskennt wie kaum ein anderer. Und warum, fragt sich Stone, geht kaum ein Land in Europa dagegen massiv vor?

Hilfreiche Schwestern

Amir Bahar ist das zweitjüngste von sechs Kindern und noch kein Jahr alt, als die Eltern 1990 vor den Folgen des Krieges aus Afghanistan fliehen. Nicht lange, da begibt sich die Mutter ein zweites Mal auf die Flucht – vor ihrem trinkenden Ehemann. Er findet sie. Einmal entführt er den kleinen Amir, um die Mutter unter Druck zu setzen. Ein andermal wird der Junge von kochendem Wasser aus einer Kanne verbrannt, die der Vater auf die Mutter wirft. Sie will vor den Nachbarn kein Aufsehen erregen. Statt zur Polizei zu gehen, zieht sie mehrfach um. Amir besucht mehrere Grundschulen in der Nähe von Köln und Frankfurt am Main.

Der Einstieg von Amir Bahar ins organisierte Verbrechen beginnt auf dem Schulhof. Er verkauft Handys an Schulkameraden – und an Schnäppchenjäger auf eBay. Kaum 18, gründet Bahar eine Firma. Er spannt dafür seine älteste Schwester Nesrin ein, die Betriebswirtschaftslehre studiert – und beginnt, in großem Stil Handys aus Luxemburg und Holland nach Deutschland zu importieren.

Bereits Ende 2007, Bahar ist da immer noch keine 20 und seine Firma erst ein halbes Jahr alt, gerät er ins Visier von Ermittlern. Die Kreissparkasse Köln erstattet eine Geldwäscheverdachtsanzeige gegen seine Firma, die offiziell auf seine Schwester angemeldet ist. Den Aufsehern dort scheint es verdächtig, dass dieses Unternehmen binnen einem halben Jahr Umsätze in Höhe von 1,7 Millionen Euro abwickelt, teilweise im Ausland, zum Großteil in bar.

Seine Wohnung wird durchsucht, die Kundengelder auf dem Firmenkonto werden gepfändet, Bahar bekommt Ärger mit seinen

Lieferanten. „Ich wusste, dass ich legal das Ganze nicht mehr zurückzahlen kann. Jetzt hatte ich ja schon meine Schwestern reingezogen, und unter keinen Umständen sollte das alles meine Mutter erfahren“, sagt er später aus.

Die Schwester bekommt Besuch von gleich drei Geschäftsführern, die Geld von ihr wollen und sie bedrohen. Bahar: „Nesrin hat nur noch geweint. Sie wusste doch von gar nichts.“

Schulden, Wohnungsdurchsuchung, bedrohte Schwester – für den jungen Mann sind das Gründe, um die Flucht nach vorne anzutreten. Danach sei er erst so „richtig illegal“ geworden. „Ich musste mir Geld von Vater Staat leihen“, sagt Bahar später in den Vernehmungen – und meint damit den Einstieg ins Karussellgeschäft.

In Umsatzsteuerkarussellen handeln Betrüger wie Amir Bahar ein und dieselbe Ware mehrfach zwischen EU-Mitgliedstaaten im Kreis. Und nutzen dabei die Naivität der deutschen und der europäischen Finanzämter aus.

Verkauft ein Händler eine Waschmaschine, ein Brot oder ein Fahrrad an einen Kunden, nimmt er automatisch die Mehrwert- oder Umsatzsteuer von 19 Prozent ein – und überweist sie später ans Finanzamt.

Anders ist es, wenn die Besitzerin eines Fahrradladens von einem Großhändler, sagen wir, 100 Fahrräder kauft. Dann zahlt sie ihm die 19 Prozent Mehrwertsteuer – und kann sich dieses Geld vom Finanzamt erstatten lassen. Und hier kommt der entscheidende Konstruktionsfehler ins Spiel: Angesichts von Millionen an

Transaktionen zahlen die Finanzämter die geforderten Erstattungen prompt und ungeprüft aus.

Auch an Firmen, die diese Umsatzsteuer nie gezahlt haben. Sondern es nur behaupten. So dumm, so einfach.

Besonders lukrative Karusselle ermöglicht das europäische Mehrwertsteuersystem, das 1993 mit dem Binnenmarkt eingeführt wird. Eigentlich als Übergangslösung. Denn die Mitgliedstaaten einigen sich zwar auf freien Warenverkehr, nicht aber auf einen einheitlichen Mehrwertsteuersatz.

Das bedeutet: Beim Verkauf eines Autos von Frankreich nach Deutschland zahlt der deutsche Händler null Prozent Umsatzsteuer. Verkauft er es an einen weiteren Händler in Deutschland weiter, schlägt er die Mehrwertsteuer auf den Preis drauf. Alle weiteren Händler tun das Gleiche. So weit, so legal.

In den Karussellen führt der erste Einkäufer in Deutschland die Mehrwertsteuer aber nicht ans Finanzamt ab. Kommt ihm das Amt auf die Schliche, löst er sich auf, er heißt deshalb *missing trader*. Oft existiert er nur auf dem Papier, mit einem Briefkasten als Büro und zum Beispiel einem Junkie oder Obdachlosen als Strohmännchen – oder, wie im Fall von Amir Bahar, einem gutgläubigen Familienangehörigen. Der letzte deutsche Verkäufer in der Kette liefert das Auto wieder zurück an den französischen Händler und lässt sich die Mehrwertsteuer vom deutschen Finanzamt erstatten. Er heißt *distributor*.

Man muss sich den Vorgang vorstellen, wie wenn man bei Monopoly über „Los“ geht: Jedes Mal, wenn die Ware steuerfrei ins Land kommt, mit Steuer weiterverkauft wird und diese Steuer

erstattet wird, fließt Geld. Also sorgen die Karussellbetreiber dafür, dass sie so oft und so schnell wie möglich über „Los“ gehen.

„Am Ende des Monats wurde der Gewinnanteil ermittelt und irgendwie ausgezahlt“, so Amir Bahar. Seine Firmen werden von gleich mehreren Finanziers genutzt, manchmal gleichzeitig, manchmal hintereinander. „Nebenbei werden natürlich auch neutrale Firmen gesucht, damit es nicht so auffällt.“ Bahars Firmen sind Missing Trader und sogenannte *buffers*, also Puffer: Zwischenhändler, die Umsatzsteuern zahlen und abführen und das Konstrukt größer und komplexer machen. Sie verzögern den Zeitpunkt, an dem der Schwindel auffliegt.

Karussell 2.0

„Zuerst begann es mit simplen Lebensmitteln wie Zwiebeln und Kartoffeln. Dann bewegte es sich zu Waren, die hochwertig sind und wenig Volumen haben, Metalle wie Aluminium. Dann kamen Elektronikgeräte wie Computerchips und Mobiltelefone, dann Autos, und dann wanderte es in den Energiesektor, Gas, Elektrizität. Und schließlich natürlich die CO₂-Emissionszertifikate“, sagt Pedro Seixas Felicio. Der junge Portugiese koordiniert bei der EU-Polizeibehörde Europol Operationen gegen Karussellbetrug.

CO₂-Zertifikate, eigentlich für einen effizienten Klimaschutz gedacht, stellen sich als perfektes Vehikel für die Betrüger heraus. Sie sind virtuell und schnell handelbar, so wie auch derzeit Ökostromzertifikate. „90 Prozent der CO₂-Zertifikate waren betrugsbehaftet“, sagt Rod Stone.

Als Fahnder verfolgte Stone Typen wie Amir Bahar quer durch Europa. „Diese Betrugsformen sind wie das Meer. Sie bewegen sich in Wellen“, sagt Stone. Sie schwappen hin und her zwischen Produktkategorien und Staaten.

Als Amir Bahar diese Welle reitet, wird sein Geschäft richtig groß. Ebenso wie der Schaden für Europa: Allein Deutschland verliert von 2009 bis 2010 über die Zertifikate 800 Millionen Euro. Den EU-Staaten entgehen zusammen schätzungsweise sieben Milliarden Euro, es ist bis dato der größte Betrugsfall.

Amir Bahar ist 19, als er im März 2009, um die Zeit der Computermesse Cebit herum, erstmals von den Zertifikaten hört. Er hat einen eigenen Stand mit seinem neuen Unternehmen – diesmal läuft es auf den Namen seiner Cousine und Verlobten, die sich „durch den Vertrauensbeweis geehrt“ fühlt, wie er sagt.

Während die Zeitungen voll sind von Berichten über leere Hallen, über den Bedeutungsverlust der Hannoveraner Messe und die Wirtschaftskrise, da schwärmt Bahar: „An unserem Stand gab es einen Riesenansturm. Auf der Messe selber ist schon super viel Umsatz gelaufen.“

Vor allem lernt er einen Inder kennen, der sich Adam Hicks nennt. Wenige Monate später macht Hicks ihm in einer Hotellobby in Dubai, wo Bahar schon eine Wohnung auf der künstlichen Palmeninsel Jumeirah hat, den Emissionsbetrug schmackhaft.

„Sie erzählten von sehr, sehr viel Geld“, erinnert sich Amir Bahar. „Das hat mich sehr gereizt.“ Er solle das Karussell nur abpuffern und Kunden wie etwa die Deutsche Bank ansprechen. „Je weniger

ich wüsste, umso besser.“ Er beantragt ein Registerkonto für Emissionshandel.

Als Amir Bahar seinen Einstieg in den Emissionsbetrug vorbereitet, weiß jedes EU-Land bereits von dem Problem, das in Frankreich startete, sagt Rod Stone, der ehemalige Steuerfahnder aus London. Sowohl bei Europol als auch beim Expertennetzwerk Eurofisc sei es Thema gewesen, und spätestens im Juli 2009 seien alle Staaten über den neuen Karussellbetrug informiert gewesen. „Danach lag es in der Verantwortung der individuellen Staaten, ihn zu stoppen.“

Die Notbremse

Die britischen Behörden sehen die Betrugswelle heranrollen, weil die Registrierungen für den Zertifikatehandel explosionsartig steigen – zumeist von Firmen, die zuvor mit Betrug rund um Mobiltelefone aufgefallen waren. Als britische Firmen massenweise Zertifikate an einen in Frankreich registrierten Händler verkaufen, warnen sie ihre französischen Kollegen.

Die können allerdings erst reagieren, als die Täter schon zugeschlagen. Es gibt ein recht simples Mittel gegen die Karusselle. Es nennt sich *reverse charge*, also die Umkehr der Steuerpflicht. Bei Reverse Charge entfällt die Mehrwertsteuer beim Handel zwischen Unternehmen, nur noch der Verbraucher zahlt sie. Das Finanzamt erstattet niemandem mehr etwas, das Karussell kommt jäh zum Halt.

Nur: Um Reverse Charge einzuführen, bedarf es einer Genehmigung aus Brüssel. Als Frankreich das Verfahren umsetzt, weichen

die Betrüger nach Großbritannien aus. Trotz ihrer Vorbereitung verlieren die Briten noch 250 Millionen Pfund.

Dass die Welle von England aus weiterschwappen wird, ist klar. Die Frage ist zunächst nur, wohin. Die deutsche Regierung interessiert sich allerdings wenig für sie. Als die ersten Berichte über die Zertifikate aus den Bundesländern Berlin erreichen, heißt es: „Kommen Sie wieder, wenn der Schaden über 100 Millionen Euro liegt.“

Der Tsunami kündigt sich an, aber noch ist das Meer ja ruhig. Also beobachtet man in Berlin lieber. Deutschland, stellt sich heraus, ist das nächste Zielland.

Hohe Einsätze

Ende Dezember 2009 sitzt Amir Bahar mit einem der wichtigsten Strippenzieher im CO₂-Betrug im Flugzeug von Dubai nach Las Vegas. Dessen Szenename: „Big Bro“. Amir Bahar hat den „Großen Bruder“ über seinen Cebit-Kontakt Adam Hicks kennengelernt. „Big Bro“ ist Marathonläufer, kommt aus Lancashire, einer Region, aus der besonders viele Karussellbetrüger stammen.

Er ist angeblich einer der Größten im Karussellgeschäft mit den Verschmutzungszertifikaten. Während ihr Flieger Treibhausgas in die Wolken pustet, hängt „Big Bro“ permanent am Satellitentelefon. „Er war gut gelaunt und sagte, er habe jetzt während des Fluges so viele Emissionszertifikate verkauft wie nie. Mehrere Millionen“, berichtet Amir Bahar.

Da kann man sich in Las Vegas schon mal vier, fünf Tage in einer 300-Quadratmeter-Suite im Wynn-Hotel „mit zwei Frauen,

Butler und 24-Stunden-Limousine“ leisten. Zwischen 100.000 und 200.000 Euro pro Tag seien üblich. Amir Bahar regelt alles, „Big Bro“ überweist direkt ans Kasino. „Wir hatten eine schöne Zeit“, sagt Amir Bahar.

Übers Geschäft reden sie nicht so viel. Nur dass Amir Bahar seine neue Firma als Buffer einsetzen und sich keine Sorgen machen solle. Er werde schon genug verdienen.

Erst später habe er festgestellt, dass er nur 0,1 Prozent der Beute abbekomme, behauptet Bahar. Für Missing Trader und Buffer seien selten mehr als 0,3 Prozent drin. Insider bezeichnen gegenüber CORRECTIV ein Prozent als realistischer in Bahars Fall.

Amir Bahar hat auch noch andere Pläne. „Ich wollte wieder was Neues machen. Aber diesmal was Sauberes. Mit meiner Familie. Der Familie kann man mehr vertrauen“, sagt er. Das Saubere ist hier das klassische, physische Handygeschäft auf eBay. Als Strohmännchen dient diesmal ein arbeitsloser Cousin.

Bahar selbst tritt nur unter Decknamen in Erscheinung, von Kevin Ahmadi bis zu George Soros und Warren Buffett. So albern die Namen klingen mögen: Dass die Täter in ihren E-Mails oder Chats solche Codes statt Klarnamen verwenden, erschwert den Ermittlern die Arbeit.

Amir Bahar selbst hat sich im Mai 2009 in die USA und nach Dubai abgesetzt. Kurz vor seinem 20. Geburtstag bekommt er Angst, verhaftet zu werden.

Auch Mitarbeiter der Deutschen Bank sind in den Betrug mit CO₂-Karussellen verwickelt, als Distributoren. Die Banker

bekommen die Verschmutzungsrechte unter Börsenpreis von dubiosen deutschen Firmen und verkaufen sie ihrerseits wieder ins EU-Ausland – etwa an die eigene Londoner Niederlassung. Die Mehrwertsteuer lassen sie sich vom Staat zurückerstatten. Für die Geschäfte kassieren die Mitarbeiter hohe Boni.

„Die Deutsche Bank saugte wie ein Staubsauger alle CO₂-Zertifikate in Frankfurt auf und lieferte sie nach London“, sagt Richard Ainsworth von der Boston University, der sich intensiv mit dem Fall Bahar beschäftigt hat.

Rod Stone hat keinen Zweifel, dass die Bank ihre Sorgfaltspflichten grob verletzt hat. „Ich habe alle betroffenen Banken besucht und ihnen eine volle Zusammenfassung darüber gegeben, was passiert war“, sagt der britische Ex-Steuerfahnder. „Sie hätten sofort aufhören müssen zu handeln oder nie damit anfangen.“

Doch die Deutsche Bank interessiert sich so wenig für das Betrugsrisiko wie die Bundesregierung. Nach Stones Besuch stoppt die Bank den Zertifikatehandel bei ihrem Londoner Arm – und verlegt ihn nach Frankfurt am Main.

In Frankfurt kommen sieben Manager der Deutschen Bank vor Gericht. Nur einer wird zu einer dreijährigen Haftstrafe verurteilt, drei kommen mit Bewährung davon. Gegen den fünften wird derzeit eine neue Anklage vorbereitet. 220 Millionen Euro hat die Deutsche Bank an den Staat zurückgezahlt.

Als die Welle schon längst über Deutschland gebrochen ist, beantragt die Bundesregierung bei der EU-Kommission Reverse Charge. Frankreich, die Niederlande und England befreien den Handel mit den CO₂-Zertifikaten von der Umsatzsteuer deutlich

schneller und lassen sich den Schritt im Nachhinein von Brüssel absegnen, Italien braucht ganze drei Jahre für die Umsetzung. In Deutschland ist es im Juli 2010 so weit.

Fast ein Dreivierteljahr lang können Bahar und andere Betrüger also im deutschen Fiskus wüten. Weitere neun Monate später fegt Odin über sie hinweg.

Odins Zorn

Die spektakuläre Operation der Staatsanwaltschaft Frankfurt ist nach einem germanischen Gott benannt. Bevor am 28. April 2010 an die 1.500 Beamte etwa 500 Firmen durchsuchen, auch in Dänemark, Großbritannien, Dubai, Hongkong und Zypern, haben sie 4.355 Aktenordner an Material angesammelt und 12.000 Telefonate abgehört. Sie haben auch die Stimme von Amir Bahar gehört.

Zu fassen bekommen die Fahnder Bahar zu diesem Zeitpunkt trotzdem nicht. Er sitzt ja in Dubai und den USA. Dafür landet im Mai seine große Schwester Nesrin in Untersuchungshaft, die Bahar als Strohfrau bei einer seiner Firmen einsetzte.

Die Folge: Über seinen Anwalt nimmt Amir Bahar Kontakt zur Staatsanwältin in Köln auf. Per Skype entlastet er seine Schwester, indem er zugibt, faktischer Geschäftsführer hinter ihren Firmen zu sein, und kauft sie gegen 450.000 Euro Kautionsfrei. Mehr als für die Strohfrau, mehr auch noch als für Amir Bahar interessieren sich die Beamten für dessen Hintermänner. Doch über die zu sprechen ist gefährlich.

Ein Zeugenschutzprogramm lehnt Amir Bahar zunächst ab, weil nur zwei Angehörige mit hineinkönnten – seine Familie sei zu

groß. Schließlich lässt er sich auf anonyme Aussagen ein, doch die Gespräche gestalten sich als schwierig: Die Hintermänner haben ihm in den USA einen Aufpasser zur Seite gestellt. Nur wenn der schläft, kann Amir Bahar skypen.

Die Staatsanwaltschaft erfährt von Bahar, dass die Betrüger nun, da die CO₂-Karusselle in Deutschland gestoppt sind, auf Gas, Strom und Kupfer setzen. Im Gas- und Strommarkt würden täglich 20 Millionen Euro Umsatz gemacht – und 3,2 Millionen Euro an Steuern hinterzogen, jeden Tag. Und Bahar gibt Einblicke in die Führungsriege der Umsatzsteuerkarusselle.

Batman im Visier

Ein Brite mit dem Decknamen „Batman“ soll der zentrale Drahtzieher des Karussells gewesen sein, das in Deutschland einen Steuerschaden von 125 Millionen Euro verursacht hat. „Batman“ bezieht sich wohl weniger auf den Comic-Superhelden als auf den Schlagmann im Cricket. Der Schlagmann ist der wichtigste Spieler in diesem Sport. Ebenso wie im Spiel mit CO₂-Zertifikaten.

In der Jetsetterszene Londons kennt man „Batman“ als Peter Virdee Singh. Er trägt stets maßgeschneiderte Anzüge und dazu einen Turban, der ihn als Mitglied der Religionsgruppe der Sikh ausweist. Er zierte schon mehrere Cover von Business-Lifestylemagazinen. Wenn „Batman“ auf Instagram mit seinen Bugattis, Ferraris und Rolls-Royce posiert, erhält er Tausende von Likes.

Niemand bohrt nach, wenn sich Virdee Singh in Interviews mit weicher Stimme als spiritueller Philanthrop und als *self-made* Immobilienmogul inszeniert, der ein Vermögen von 4,5 Milliarden Euro verwaltet. 98.000 Pfund hat eine seiner Firmen an die

Tories gespendet. „Die Hintermänner werden sich immer von der sichtbaren Seite des Betrugs fernhalten“, sagt Pedro Seixas Felicio von Europol. „Dafür haben sie ihre *mid-level*-Männer, ihre *low-level*-Männer.“ Mid-level-Männer wie Bahar.

Doch die deutschen Fahnder tragen genügend belastendes Material über „Batman“ zusammen. Als Virdee Singh 2017 am Flughafen Heathrow verhaftet wird, beantragen sie bei den britischen Behörden seine Auslieferung. „Batman“ kommt auf Kautions wieder frei. Seine Geschäfte führt er weiter aus seinem Büro im Londoner Nobelviertel Mayfair, Nähe Hyde Park. Wenn auch mit Fußfessel.

Ob die Briten einem zweiten Auslieferungsersuchen der Staatsanwaltschaft Frankfurt stattgeben werden, ist noch offen.

Ein sicherer Hafen aus Misstrauen

„Wir reden hier über Topverbrecher“, sagt Pedro Seixas Felicio von Europol. Zwei Prozent der Beteiligten am Betrug würden 80 Prozent der Gewinne einfahren. „Sie sind bekannt. Die meisten Ermittlungsbehörden in Europa wissen, wer sie sind.“ Das heißt nicht, dass man an sie herankommt. Die Hintermänner lassen sich gern in Steueroasen wie Dubai nieder, die sich wenig für die Quellen des Reichtums ihrer Einwohner interessieren und kaum an andere Staaten ausliefern.

Das Leben erleichtert den Verbrechern auch der mangelnde politische Wille in den meisten EU-Staaten, den Betrug effektiv zu verhindern und zu verfolgen. Schwerer als der jährliche Diebstahl von vielen Milliarden Euro wiegen Eifersüchteleien zwischen Behörden und Misstrauen gegenüber den europäischen Nachbarn.

Einer, der das erlebt hat, ist Heinz Zourek. Als größten Misserfolg in seiner Rolle als führender EU-Beamter in der Generaldirektion Steuern bezeichnet der Österreicher seinen Versuch, EU-weit ein einheitliches Formular für die Mehrwertsteuererklärung einzuführen. „Naiverweise habe ich geglaubt, das wäre möglich“, erinnert er sich. Er schlug 20 Eintragungsfelder vor. Die Mitgliedstaaten wünschten sich alles Mögliche, von neun bis mindestens 140 Felder. Deutschland schloss jegliche Änderung des eigenen Formulars aus.

Gerade die Finanzbehörden der einzelnen Mitgliedstaaten, meint Zourek, trauten sich gegenseitig nicht über den Weg: „Das eigene System funktioniert aus eigener Sicht sehr gut, da sind alle Versuche der Einmischung von außen störend.“

Deshalb halten die meisten Experten die vermeintliche Lösung des Betrugsproblems aus Brüssel für eine Totgeburt. Im sogenannten „endgültigen Mehrwertsteuersystem“ würde auch der Handel zwischen den Mitgliedstaaten besteuert werden. Die Umsatzsteuer wird in dem Land erhoben, wo das Endprodukt gekauft wird.

Was einfach klingt, hat mindestens einen Haken: Bei einem deutschen Unternehmen, das sein Produkt in Bulgarien kauft, müsste der bulgarische Staat die Umsatzsteuer eintreiben und sie dann an Deutschland weiterleiten. „Offenbar ist es den deutschen Behörden lieber, keine Steuern zu erheben, als den bulgarischen Kollegen zu vertrauen.“ Gegen den Vorschlag von 2018 hatten die Bundesländer größte Bedenken. Befeuert werde das Misstrauen, so Zourek, von einem „Nord-Süd-Gefälle in der Steuererhebung“.

Nur einmal nimmt Deutschland eine Vorreiterrolle bei der Bekämpfung von Umsatzsteuerkarussellen ein: Die Finanzminister von Bayern (CSU) und Rheinland-Pfalz (SPD) setzen eine Expertengruppe ein, die in Planspielen das Reverse-Charge-Modell erarbeitet. Statt feuerwehrartig und nur für einzelne Produktklassen wollen sie das System flächendeckend in ganz Europa anwenden.

Schon 2005, als Amir Bahar noch auf dem Schulhof steht und Handys vertickt, stellt Deutschland den Vorschlag vor. Alle Staaten außer Österreich winken ab, die EU-Kommission ebenso. Während seiner Amtszeit in Brüssel habe dann Deutschland bei Reverse Charge nur noch blockiert, sagt der bis 2015 amtierende Steuerkommissar Heinz Zourek. Nun hat Tschechien in Brüssel durchgeboxt, ab 2020 die Umsatzsteuer auf sämtliche Waren nach diesem Verfahren erheben zu dürfen.

Steuerexperten sehen allerdings in der Umkehr der Steuerpflicht auch keine echte Lösung. Die Betrüger würden Wege finden, sich anzupassen. Auch die Expertengruppe aus Bayern und Rheinland-Pfalz rechnete nicht damit, den Betrug abzuschaffen. Mehr als vier Milliarden Euro Verlust pro Jahr kalkulierte sie für Deutschland. Die Finanzminister der Bundesländer gingen damals übrigens von einem deutschen Steuerschaden von jährlich 17 bis 20 Milliarden Euro aus.

Wirklich helfen, so Stone, würde nur ein einheitlicher Mehrwertsteuersatz für die ganze EU. Die EU müsste ein föderaler Staat mit einheitlicher Steuergesetzgebung sein, in dem Brüssel die Steuern erhebt und auf die Mitgliedstaaten verteilt – eine bei den Bevölkerungen der Staaten derzeit wenig populäre Vision.

Großbritannien hat zugleich bewiesen, dass das Problem auch national zumindest stark eingedämmt werden kann. Den Diebstahl über Umsatzsteuerkarusselle haben die Briten von einst 3,5 Milliarden Pfund im Jahr auf derzeit 500 Millionen Pfund gedrosselt.

„In Echtzeit arbeiten und ein feindliches Umfeld schaffen sind zwei Dinge, die meiner Erfahrung nach funktionieren“, resümiert Rod Stone seine 40 Jahre Arbeit als Fahnder.

Die ganzheitliche Strategie der Briten beinhaltet unter anderem Folgendes: eine Gesetzgebung, die es Steuerfahndern erlaubt, jederzeit ohne Vorankündigung die Büros verdächtiger Firmen zu besuchen. Eine prompte Strafverfolgung bei ausgewählten, vielversprechenden Fällen. Gelder einfrieren und zurückholen, wann immer es geht. Und letztlich drakonische Strafen. Für organisierten Mehrwertsteuerbetrug kann man in Großbritannien lebenslänglich im Gefängnis landen.

„Antiquiert und unzusammenhängend“

Über die Strukturen in den Nachbarländern, die Stone im Zusammenhang mit den CO₂-Zertifikaten kennenlernt, sagt er: „Das meiste schien antiquiert und unzusammenhängend.“

Das gilt insbesondere für Deutschland. Hierzulande lassen vor allem drei Faktoren den Betrug blühen: der Föderalismus, das Steuergeheimnis und das politische Desinteresse.

Umsatzsteuer wird von den Ländern erhoben. Sie sind es auch, die Steuerhinterzieher verfolgen. Staatsanwaltschaften wie Finanzämter agieren regional und unverbunden. Das bedeutet: Wenn etwa

Hessen eine CD mit Steuerdaten erwirbt, betreffen mit hoher Wahrscheinlichkeit viele der Daten auch Sachsen und Bayern. Die wissen davon aber zunächst nichts. So bleiben Zusammenhänge zwischen verdächtigen Personen und Firmen unerkannt.

Die Länder können auch nicht einfach Kollegen im EU-Ausland um Informationen bitten. Sie müssen sich Genehmigungen beim Bund einholen, die Datenschutzbeauftragten mehrerer Behörden einbeziehen. Dafür gehen schnell mal wieder ein paar Monate drauf.

Die EU will ebenfalls mehr in Echtzeit ermitteln, Transaktionsdaten also sofort sehen können, anstatt Betrugsfälle einzeln im Nachhinein zu rekonstruieren. Aber auch hier bremst Deutschland. In einem Betrugsfrühwarnsystem wollen die übrigen EU-Staaten auffällige Steuerbewegungen automatisiert erfassen und dann gezielt analysieren. Während die meisten Staaten das System Transaction Network Analysis (TNA) schon nutzen, hat Deutschland nur den Status eines Beobachters – als einziges EU-Mitglied außer Großbritannien, das sich in Erwartung des Brexits nicht anschloss.

Der Grund: TNA muss auf die IT-Plattformen der Steuerbehörden zugreifen. Und eine solche gemeinsame digitale Datenanalyse könnte das in Deutschland heilige Steuergeheimnis berühren.

Kein Wille, kein Weg

Die Bundesregierung zögert mit Veränderungen am bestehenden System auch deshalb, weil sie Belastungen für Unternehmen fürchtet. Die haben eine stärkere Lobby als die unorganisierte Gemeinschaft der Steuerzahler. Aber weder die Zuständigkeit

der Bundesländer bei Steuerhinterziehung noch das Primat der Wirtschaft sind Naturgesetze. Der Bund könnte Zuständigkeiten an sich ziehen, eine Regierungspartei die Steuerausfälle zum Wahlkampfthema machen.

„Da ist einfach der Wille nicht da“, meint Rechtsanwalt Jürgen Just, der Umsatzsteuerbetrüger verteidigt. Er glaubt, dass die jeweiligen verstreuten Betrugsfälle einzeln betrachtet zu klein wirken. Dass der große Aufschrei bisher ausgeblieben ist, erklärt er sich so: „Wenn ich Ihnen persönlich in die Tasche greife, Ihr Bankkonto leer räume, dann merken Sie etwas davon. Wenn ich aber nur den Fiskus schädige, dann merkt der Durchschnittsbürger das nicht an seinem Einkommen. Er zahlt dieselben Steuern, die er ohnehin zahlen würde.“

Der Regierung ist offenbar daran gelegen, dass das so bleibt. Mit Informationen zum Ausmaß des Betrugs geht sie sparsam um. Alle zuständigen Behörden verweisen bei Anfragen an das Bundesfinanzministerium. Das teilt lediglich mit, dass einzelne Betrugsfälle nicht separat aufgeschlüsselt würden. Ein offizielles Interview zum Thema hat es abgelehnt.

Großbritannien hat den umgekehrten Weg gewählt: Stone und seine Kollegen haben viel Arbeit in die Aufklärung der Steuerzahler gesteckt. Auch die Justiz habe man umerzogen. Begeisterung für Kooperation und Wandel fällt nirgends vom Himmel.

Ähnliche Bemühungen finden in Deutschland nur punktuell statt: In Bayern und Nordrhein-Westfalen haben einzelne Staatsanwaltschaften viel Energie in die Verfolgung des Betrugs gesteckt. Für die komplexe, bandenmäßig organisierte Steuerkriminalität

gibt es erste Schwerpunktstaatsanwaltschaften und Sondergruppen mit Steuerfahndern und Staatsanwälten.

Haft und Hautausschlag

Amir Bahar geht es unterdessen richtig gut, abgesehen von den unangenehmen Ermittlungen im fernen Deutschland und dem misstrauischen Aufpasser seiner Hintermänner. Er lebt jetzt in Kalifornien, hat geheiratet und macht zusammen mit Tante und Cousine in Immobilien. Amir Bahar trägt eine 60.000 Euro teure Uhr, fährt Lamborghini, und allein der Wert seiner privaten Immobilien beläuft sich angeblich auf 2,3 Millionen Euro.

Den Kontakt mit der Kölner Staatsanwaltschaft bricht er nach einem halben Jahr im Sommer 2011 ab. Doch in Deutschland wächst seine Akte weiter. Im Januar 2014 werden Zielfahnder des Bundeskriminalamts (BKA) hinzugezogen. Sie nehmen Kontakt zu US-Behörden auf. Jetzt ist auch Homeland Security an Bord. Sie verdächtigen Bahar der Geldwäsche. Köln erstellt einen zweiten, detaillierteren Haftbefehl, 90 Seiten lang. Amir Bahar ist jetzt 25 Jahre alt.

Am 31. März 2014 geht plötzlich alles ganz schnell. Homeland Security meldet sich beim BKA: An Bord des Emirates-Fluges 255 mit Ziel San Francisco, Start um 8.26 Uhr in Dubai, Terminal 3, befindet sich Amir Bahar. Um ihn festnehmen zu können, benötigen die Amerikaner einen internationalen Haftbefehl aus Deutschland. Die Maschine ist bereits in der Luft.

Die Beamten haben nur wenige Stunden Zeit, um den deutschen Haftbefehl zu übersetzen und samt Fotos in die USA zu schicken. Die Unterlagen müssen vor der Landung des Emirates-Fluges bei

den US-Behörden sein. Sonst nehmen sie Bahar nicht fest. Um 12.33 Uhr Ortszeit, Terminal 1, betritt Amir Bahar amerikanischen Boden. An der Passkontrolle wird er verhaftet.

Im Gefängnis von San José geht es Bahar schlecht. Seine täglichen Notizen handeln von einer Zelle mit zwölf Gefangenen, die meisten drogenabhängig. Von brauner Brühe, die aus dem Wasserhahn kommt. Von Ausschlägen und kleinen Geschwülsten, die seine Haut nach wenigen Wochen überziehen. Und von seiner Angst vor Übergriffen, wegen derer er sich zum Schutz einer Gang anschließt.

Ein Jahr später die Erlösung. Die USA wollen Amir Bahar nach Deutschland ausliefern. Drei Beamte des BKA holen ihn ab. Am 13. April 2015 begleiten sie ihn im Lufthansa-Flug 455 von San Francisco nach Frankfurt am Main. Er hat Lippenbalsam dabei, Kreditkarten, die handschriftlichen Notizen, 81 Fotos, Spruchkarten, den afghanischen Pass, die amerikanische Aufenthaltserlaubnis und einen kalifornischen Ausweis. Und seine 60.000 Euro teure Uhr, eine Sonderanfertigung des Modells „Royal Oak“ von Audemars Piguet mit Strasssteinen.

In der Justizvollzugsanstalt Düsseldorf helfen ihm wieder sein Charme und seine Eloquenz, er genießt schnell hohes Ansehen bei den anderen Häftlingen. Auch vor Gericht hilft ihm seine Redseligkeit.

Nach fast einem Jahr in Untersuchungshaft beginnt am 26. Februar 2016 der Prozess gegen Amir Bahar vor dem Landgericht Köln. Mit ihm angeklagt sind drei weitere Steuerbetrüger. Auch sie sind geständig, trotzdem nimmt der Prozess 14 Verhandlungstage in Anspruch. Die Aussagen von Amir Bahar bringen das

Verfahren gegen die Deutsche-Bank-Manager voran, detailliert schildert er die Struktur der Karussellgeschäfte.

Am 14. April 2016 fällt das Urteil: fünf Jahre und sechs Monate Freiheitsstrafe wegen Steuerhinterziehung in 47 Fällen und Beihilfe zu Steuerhinterziehung in 22 Fällen. Zwei Jahre Untersuchungshaft in Deutschland und den USA werden ihm angerechnet, die einjährige Haft im US-Gefängnis in San José sogar eineinhalbfach, wegen der schlechten Bedingungen. Fünf Millionen Euro konnte der Staat zuvor aus den von ihm gesteuerten Karussellen zurückholen. Fünf von 40 Millionen Euro, die anklagbar waren – und von geschätzt 110 Millionen Euro, die er insgesamt auf dem Gewissen haben soll.

Amir Bahar habe sich umfassend kooperativ und reuig gezeigt, wird das eher milde Strafmaß begründet. In seine Taten sei er gewissermaßen hineingezogen worden. Im jungen Alter sei er für die finanziellen Anreize besonders empfänglich gewesen, später dann durch Finanzzwänge und Druck in straffer organisierte kriminelle Kreise geraten.

Ende April 2016 ist die Hälfte seiner Haftstrafe abgelaufen. Amir Bahar kommt auf Bewährung raus. Wo er seine Freiheit genießt, lässt sich auf Instagram verfolgen. Da gibt es Selfies von der Safari in Nairobi, vom Bummel auf der Champs-Élysées in Paris, von der Neujahrsparty in Hongkong. Ein Filmchen aus Koh Samui, Thailand, kommentiert Amir Bahar mit „romantic time with my brother“.

Offen ist, was schneller schwindet: Amir Bahars Geldreserven. Oder seine Möglichkeiten, sie mithilfe von Europas Steuergeldern wieder aufzufüllen.

Making-of: Wie die europaweite Recherche zu den Mehrwertsteuerkarussellen ablief

Ein Steuerdiebstahl, der in seiner Wirkung noch schädlicher ist als Cum-Ex. Der seit fast drei Jahrzehnten abläuft, seit der Einführung des EU-Binnenmarktes. Der die Steuerkassen der EU-Länder insgesamt rund 50 Milliarden Euro kosten dürfte – und Deutschland bis zu 14 Milliarden. Pro Jahr.

Absurd, wenn man erlebt, wie im Bundestag bisweilen um 300 Millionen Euro gerungen wird.

Mehrwertsteuerkarusselle sind geradezu banal einfach. Man braucht keine riesigen Summen, um mitmachen zu können. Keine teuren Anwaltskanzleien oder Beratungsfirmen. Sie sind das Cum-Ex des kleinen Mannes – und der kleinen Frau.

Jemand handelt Waren im Kreis, über mehrere Länder hinweg, eine der Firmen lässt sich Mehrwertsteuer erstatten, die sie nicht gezahlt hat – und wenn das Finanzamt anklopft, gibt es diese Firma nicht mehr und die Besitzerin oder der Besitzer ist davon mit dem Geld. So banal, so schädlich.

Marta Orosz ist eine erfahrene CORRECTIV-Reporterin. Sie war sieben Jahre lang Deutschlandkorrespondentin für den ungarischen öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Orosz hat für CORRECTIV über sexuelle Belästigung beim WDR berichtet, über die Schieberei von Medikamenten, über den Streit um das TTIP-Abkommen.

Und wie begann die große, europaweite Recherche über Mehrwertsteuerkarusselle?

„Es begann damit, dass die Kollegen von ZDF/Frontal21 mit einem USB-Stick auf uns zugekommen sind, voll mit Dateien, die belegen sollten, dass etwas nicht sauber war im Emissionshandel“, sagt Marta. Woher kam der Stick? „Von einer Quelle.“ Kein Kommentar. „Nur so viel: Wir haben uns vergewissert, dass die Dokumente echt sind und dass es um eine umfangreiche Menge von Akten geht. Woher die Dokumente kamen, spielt keine Rolle.“

Sie begann also im Herbst 2018 die ersten paar Hundert Dokumente auf dem Datenträger zu sichten. Und stellte nach einigen Wochen Lektüre fest: Der Steuerbetrug im Emissionshandel war nur die Spitze des Eisbergs, und dahinter verbarg sich eine ungleich größere Story – das System der Mehrwertsteuerkarusselle, mit dem sich Kriminelle europaweit Umsatzsteuer zurückerstat-ten lassen, die sie nie gezahlt haben.

Also beschloss sie im Dezember 2018, jenes Recherchenetzwerk anzurufen, mit dem CORRECTIV einige Monate zuvor den Cum-Ex-Skandal aufgedeckt hatte. Und kontaktierte Redaktionen sowie Reporterinnen und Reporter aus 18 weiteren Ländern, von Dänemark über Frankreich und Tschechien bis Spanien. Und siehe da, alle kannten das Thema, auch bei ihnen war der Mehrwertsteuerbetrug ein Problem – und wurde auch in ihren Ländern von Politikern und Medien weitestgehend ignoriert.

Im Februar 2019 treffen sich die Rechercheure erstmals in der Berliner CORRECTIV-Redaktion. Ein Reporter aus Dänemark beachtet das Thema seit zehn Jahren, viele bringen eigene Dokumente mit. Nicht lange, da ergeben sich Schwerpunkte, bilden sich

Gruppen, zumeist aus benachbarten Ländern. Eine von ihnen geht dem Verdacht nach, dass Kriminelle zwischen Italien, Slowenien und Malta Treibstoff im Kreis handeln. Derweil widmen sich Kolleginnen und Kollegen aus den skandinavischen Ländern der Terrorismusfinanzierung durch geklaute Umsatzsteuer.

Und am 7. Mai 2019 rauscht es ein weiteres Mal in Europas Medien, es erscheint „Grand Theft Europa – Wie Kriminelle den Bürgern Europas jedes Jahr 50 Milliarden Euro Steuergeld stehlen. Eine europaweite Spurensuche von 63 Journalisten aus 30 Ländern“.

Marta, was hat dich bei der Recherche überrascht?

Mich hat es überrascht, dass in den 25 Jahren, seit es diese Karusselle gibt, kein Politiker das Potenzial in diesem Thema entdeckt hat. Der polnische Ministerpräsident, der im Sommer wiedergewählt werden wollte, gab nach unserer Veröffentlichung der „FAZ“ ein Interview. Darin sagte er sinngemäß: Lass uns die Mehrwertsteuer-Mafia killen. Weil sie uns schadet, weil sie den Wettbewerb verzerrt, weil sie Geld aus den Taschen von jedem einzelnen Steuerzahler klaut, weil es organisierte Kriminalität ist. Und ich dachte mir: Eigentlich müsste dieser Betrug doch das ideale Thema für Politiker sein, gleich welcher Couleur. Denn es ist ein Thema von hoher Relevanz, es schadet vielen.

Jeder Experte weiß, wie viel Geld da jedes Jahr abfließt, aber kein Politiker handelt. Warum?

Weil jedes EU-Mitgliedsland sein eigenes Süppchen kocht in Steuerfragen, und keiner will bei seinem eigenen Steuersystem etwas ändern.

Und das ist der Benefit? Das ist der Grund, weshalb man diesen gigantischen Schaden in Kauf nimmt?

Die Wirtschaft wehrt sich gegen jede Art von Änderung, noch die kleinste Umstellung wird lautstark diskutiert. Und die Verlierer dieses Betrugs, wir kleinen Steuerzahler, haben keine Lobby. Das Problem ist zu abstrakt, zu trocken, und wenn alle ein kleines bisschen betroffen sind, ist es am Ende keiner. Und es gibt noch einen Grund, warum niemand über Mehrwertsteuerkarusselle redet.

Der wäre?

Es gibt kein Preisschild. Es gibt keine offizielle Einschätzung, wie hoch der Schaden ist. Weder das Bundesfinanzministerium noch die Bundesländer geben offizielle Zahlen heraus. Ganz anders als Großbritannien oder Belgien. Dort wird jedes Jahr neu gemessen und veröffentlicht, folglich sieht man Erfolg oder Misserfolg und kann die Methoden anpassen. Würde man in Deutschland jährlich Zahlen veröffentlichen, dann wäre die Empörung groß und man müsste etwas tun. So aber gilt: Solange es keine Zahlen gibt, gibt es auch kein Problem.

Machen wenigstens einzelne deutsche Politiker Druck?

Man kann sie an einer Hand abzählen. Allen voran engagieren sich Fabio De Masi von den Linken und Sven Giegold von den Grünen. Bei der SPD ist Norbert Walter-Borjans allein auf weiter Flur, bei der CDU gibt es kaum einen kompetenten Politiker dazu. Selbst beim Bund der Steuerzahler weiß man in Sachen Mehrwertsteuerkarussellen kaum von irgendetwas. Ein Armutszeugnis.

Kein Finanzminister hat das Thema bislang angefasst.

Wie gesagt: erstaunlich. Man könnte das Thema hervorragend politisch ausschlichten.

Als einer der Supersteuerhinterzieher in diesem Bereich gilt ein Brite, Spitzname „Batman“, eine operettenhafte Gestalt, ein Mann, der es liebt, sich auf bizarren Wohltätigkeitsveranstaltungen mit A-Promis ablichten zu lassen, und im Bentley durch London kutschiert.

Obwohl er mutmaßlich mehrere Dutzend Millionen Euro aus der deutschen Steuerkasse geklaut hat, obwohl er mutmaßlich Strippenzieher eines großen Mehrwertsteuerkarussells war, trotz eines rechtskräftigen Haftbefehls. Den zweiten konnte er mit dem bizarren Argument anfechten, die deutsche Justiz sei nicht unabhängig. Einmal ist er sogar am Flughafen in London verhaftet worden, doch auch da konnte er seinen Kopf durch juristische Winkelzüge aus der Schlinge ziehen. Bis heute ist er ein freier Mann.

Er soll bis zu 80 Millionen aus der deutschen Steuerkasse geklaut haben. Wird man das Geld zurückholen können?

Ich bezweifle es. Und das ist nur einer von mehreren großen Akteuren. Die bislang alle davonkommen, die keinen Tag im Gefängnis sitzen, die noch nicht einmal in Dubai hocken, sondern mitten in London – und davonkommen.

Was hat dich noch überrascht bei deiner Recherche?

Mich hat beeindruckt, wie engagiert viele sind, die von Berufs wegen diese Art von Kriminalität bekämpfen – und wie viel sie

bewegen können. Sie machen endlos viele Überstunden, um Tätern auf die Spur zu kommen. Und am Ende bekommt es kaum jemand mit. Es sind stille Helden. Wir kennen sie nicht, sie bekommen kaum Anerkennung, und weil sie Beamte sind, können sie nicht an die Öffentlichkeit treten. Wenn sie sich voll reinhängen und Millionen Euro zurückholen, dann bekommt am Ende vielleicht der Landesfinanzminister ein Lob und die Bekämpfung der Steuerkriminalität gilt als sein Erfolg. Aber sie könnten genauso gut auch Akten von links nach rechts umschichten. Es wäre egal. Es hängt nur an ihnen.

Was müssten wir ändern?

Man müsste die Fahnder und Beamten besser motivieren. Sie am Erfolg beteiligen, finanziell, durch öffentliche Anerkennung, wie auch immer. Warum denn nicht den „Steuerfahnder des Jahres“ auszeichnen? Sie kennen sich aus, sie kennen die Hebel, die man ansetzen muss. Diese Leute müssen wir motivieren. Dann wird sich rasch viel ändern!

Eine britische Milliardärsfamilie kauft, getarnt hinter Briefkastenfirmen, Tausende Wohnungen in Berlin. Steuern? Zahlt sie kaum. Und die Berliner Verwaltung hat von alledem keine Ahnung

Eine gemeinsame Recherche von CORRECTIV und dem Berliner „Tagesspiegel“ – von Justus von Daniels, Simon Wörpel, Lubena Awan, Andreas Baum, Hendrik Lehmann, David Meidinger, Michael Gegg, Sidney Gennies, Michel Penke, Ralf Schönball

Irgendwann haben sie einen Eimer unter das Loch im Dach gestellt. Ein Altbau in Prenzlauer Berg, die Mieterin wohnt dort seit 2008. Dann kam der neue Eigentümer. Die Frau möchte nicht, dass die Öffentlichkeit weiß, wie sie heißt. Sie berichtet am Telefon. „Wir mussten fast zwei Jahre betteln“, sagt sie. „Als dann endlich Leute kamen, wurde das Loch lediglich zugeklebt.“ Die Hausverwaltung habe nicht reagiert, da habe sie sich an den Eigentümer gewandt. Eine Adresse in Luxemburg, Shirehall Properties. Es gibt keine Telefonnummer, keine E-Mail-Adresse. Eine Antwort habe sie nie erhalten. Dann sagt sie: „Ich glaube ja, es gibt gar keine Shirehall.“

Ein Haus in Kreuzberg, auch hier folgt ein Mieter dem Aufruf von CORRECTIV und dem „Tagesspiegel“, dem Medienpartner bei dieser Recherche. Erst im vergangenen Jahr sei sein Haus verkauft worden. Angels Properties. Die Firma sitzt in Luxemburg, ebenfalls nicht erreichbar. „Auch kaputte Scheiben wurden trotz Meldung über Monate in der Hofdurchfahrt nie repariert“, sagt der Mieter.

Ein Altbau in Schöneberg. Die 69-jährige Mieterin wohnt hier seit 1976. Es ist das gleiche Muster. Fairview Properties, Sitz in Luxemburg. Unerreichbar. Es gibt etliche solcher Hinweise.

Mieter in ganz Berlin waren dazu aufgerufen, Informationen über die Eigentümer ihrer Wohnungen auf eine Internetplattform hochzuladen – um Transparenz zu bringen in den undurchsichtigen Berliner Wohnungsmarkt. Immer wieder tauchten dabei bestimmte, in Luxemburg ansässige Firmen auf: Maybank Properties S.à r.l., Ebony Properties S.à r.l., Firman Properties S.à r.l. und weitere mit ähnlichen Namensendungen. Ihre Besitzer: unbekannt. Wo die Gewinne aus den Berliner Mieten am Ende landen? Nicht erkennbar.

Die Recherche zeigt bald, dass dahinter System steckt. Tatsächlich gehören viele der Luxemburger Eigentümer allem Anschein nach zum selben Immobilientrust, der ein Netz aus Briefkastenfirmen über Luxemburg, Zypern und die Britischen Jungferninseln gespannt hat. Der Trust ist unter anderem der alleinige Anteilseigner von Telereal Trillium, der größten Immobiliengesellschaft Großbritanniens im Wert von sechs Milliarden Pfund.

An der Spitze steht die britische Milliardärsfamilie Pears. Allein in Berlin besitzt das Pears-Imperium anscheinend weit mehr als 3.000 Wohnungen und gehört damit zu den Großeigentümern der Stadt. Nur wusste das bisher niemand. Da der Senat die Verbindungen zwischen den Properties-Firmen nicht kennt, sieht er statt eines großen Konglomerats nur viele Dutzend einzelne Firmen.

Für die britischen Milliardäre hat die Anonymität Vorteile. Für die Stadt ist sie ein Problem. Wie die Recherchen zeigen, zahlt die Pears-Gruppe auf ihre Mieteinnahmen aus Berlin keine nennenswerten Steuern. Da die wahren Eigentumsverhältnisse verschleiert werden, kann die Gruppe bei Problemen weder von der Stadt noch von den Mietern zur Verantwortung gezogen werden.

Die Spur der Briefkästen

Die Hinweise von Berliner Mieterinnen und Mietern lassen von Anfang an darauf schließen, dass die Immobilienfirmen mehr verbindet als die immer gleiche Namensendung „Properties“: Alle sind in Luxemburg an derselben Adresse registriert. Insgesamt muss der Briefkasten dort die Post von 76 Firmen aus aller Welt fassen. Auch die Geschäftsführer sind immer dieselben. Wie viele Wohnungen diese Firmen in Berlin gekauft haben, weiß zu diesem Zeitpunkt kaum jemand.

Die Spur der wahren Eigentümer führt um die halbe Welt: von verstaubten Berliner Archiven bis auf tropische Inseln, die als Steueroasen gelten. Puzzlestücke über die Eigentumsverhältnisse in der Hauptstadt finden sich in rund 1.000 Akten der acht Berliner Grundbuchbezirke. Journalisten können dort Einsicht beantragen, wenn sie ein Interesse begründen können.

Auf Anfrage zu mehr als 25 Firmen, die mutmaßlich zum Pears-Imperium gehören, legen die Mitarbeiter in den Grundbuchämtern ganze Batzen Papier zur Durchsicht auf den Tisch. Einige Adressen liefern die Grundbuchämter auf Anfrage, viele andere müssen jedoch mühsam aus Kaufverträgen mit Tausenden von Seiten herausgesucht werden. Denn das Archiv der Grundbuchämter ist veraltet, unübersichtlich, enthält teils Tippfehler.

Tatsächlich finden sich mehr als 110 Grundbuchakten mit mindestens 3.000 Wohnungen in Berlin, die zum selben Muster passen. Die tatsächliche Zahl der Wohnungen könnte sogar noch viel höher liegen. Da auch Gewerbeflächen Teil eines Hauses sein können, wurden zweifelhafte Fälle aussortiert. Auf einer alten Version der Website Pearsglobal.com, die über die Wayback Machine des Internet Archive noch einsehbar ist, macht das Unternehmen sogar die Angabe, es habe in Deutschland, vornehmlich in Berlin, insgesamt 6.200 Wohnungen im Besitz. Die Website ist seit einiger Zeit offline.

So zum Beispiel in der Blücherstraße in Kreuzberg. Eine Immobilie der „Ebony Properties“. In Prenzlauer Berg besitzen die Firmen Mica und Indira viel, in Moabit die Firma Juventus. Die Mietshäuser liegen in guten bis besten Wohnlagen Berlins, gerade in solchen, die mit Gentrifizierung zu kämpfen haben, manche in Milieuschutzgebieten.

Schon länger gab es Gerüchte, dass sich hinter all den unterschiedlichen Firmen eigentlich nur ein Eigentümer versteckt. So kämpft derzeit in Neukölln die Kneipe Syndikat, die seit 1985 Teil vom Kiez ist, gegen eine Räumungsklage in der Weisestraße. Der Hausbesitzer: die „Firman Properties S.à r.l.“. Dahinter vermuteten die Mieter bereits die Pears-Gruppe. Endgültig beweisen konnten sie es nicht. Aber sie trugen Indizien zusammen, darunter eine Liste mit etlichen Firmen, die alle zu demselben Luxemburger Briefkasten führen.

Auf Anfragen zu ihrem Bestand reagierte die Pears-Gruppe nicht. Der Konzern unterhält unter dem Namen „Pears Global Real Estate“ ein kleines Büro am Kurfürstendamm. Die Mitarbeiter dort geben keine Auskünfte. Eine Website existiert nicht mehr,

Anfragen werden ignoriert. Am Telefon meldet sich ein Mitarbeiter, der sich erst mit seinen Kollegen abstimmen will. Später behauptet er, neu in der Firma zu sein und nicht weiterhelfen zu können. Die Bitte, den Hörer einem erfahrenen Kollegen zu übergeben, blockt er ab. Er sei allein im Büro. Dann wird die Leitung unterbrochen. Auch persönliche Besuche bringen kein Ergebnis. Beim nächsten Telefonat heißt es am Ende nur noch: „Dazu kann ich Ihnen nichts sagen.“

Kontaktaufnahmen zu den luxemburgischen Geschäftsführern bleiben ebenfalls erfolglos. Zwar meldet sich ein Mann, doch einen Namen will er nicht verraten. Wer ist Telefon? „Die andere Seite“, heißt es nebulös aus Luxemburg, die Geschäftsführung sei nicht im Haus. Dann ist auch dieses Gespräch vorbei.

Die Recherche aber zeigt: Hinter den Briefkastenfirmen stehen sechs Luxemburger Firmen. Die wiederum gehören wohl zwei zypriotischen Firmen: Knapwed Limited und Cornway Limited. Aus den Grundbucheinträgen ist das nicht ersichtlich, denn dort taucht immer nur der unmittelbare Eigentümer auf.

Das Luxemburger Handelsregister und die internationale Firmendatenbank Orbis weisen aber darauf hin, dass die in Berlin aktiven Luxemburger Firmen ihre Muttergesellschaften auf Zypern haben. An diesen zypriotischen Muttergesellschaften wiederum halten jeweils zwei Firmen auf den Britischen Jungferninseln Anteile: Junifler Limited und Karayan Limited. Doch hier verliert sich die Spur. Denn die kleine Inselgruppe vor Puerto Rico ist nicht nur bekannt für ihre niedrigen Steuersätze, die Jungferninseln verschleiern auch, wem die dort registrierten Firmen gehören. Selbst deutsche Steuerfahnder kommen hier fast nie weiter.

Eine ganze Menge von Indizien

Erst eine seltsame Börsennotiz, die auf der Publikationsplattform Yumpu auffindbar ist, liefert schließlich einen Hinweis für eine der beiden Firmen, nämlich Junifler Limited. In einem dort veröffentlichten Bericht mit dem Logo der Deutschen Bank an die irische Börse von 2005 finden sich Vermerke über Kredite, die Junifler Limited anscheinend über ein Konto bei der Deutschen Bank gewährt hat. Laut diesem Dokument ist der Besitzer von Junifler Limited „Bernard Pears 1967 Settlement“, und die wiederum ist Teil des Pears Trust.

Ein weiteres Indiz: Ein Dokument aus den Paradise Papers, das das International Consortium of Investigative Journalists (ICIJ) und die „Süddeutsche“ CORRECTIV auf Anfrage zur Verfügung gestellt haben, bestätigt, dass die Pears-Gruppe dahintersteht. In einem Gesprächsmemo ist unter der Überschrift „The B Pears 1967 Settlement“ festgehalten, wie über die „Restrukturierung der Offshore Gruppe“ verhandelt wurde. Dort tauchen auch die Namen der drei Pears-Brüder auf.

Das dänische Handelsregister liefert letztlich einen Beleg. Daraus ergibt sich der Nachweis, dass die Firmen, die zu Junifler gehören, am Ende zu Pears gehören. Als wirtschaftlich Berechtigte stehen dort Trevor Steven Pears, Mark Andrew Pears und David Alan Pears. Im Gegensatz zum deutschen Handelsregister muss dort stets der finale Eigentümer einer Firma eingetragen sein – unabhängig davon, wie viele Zwischenfirmen existieren.

Für die zweite Firma, Karayan Limited, ist die Suche komplizierter. Sie besitzt anscheinend über Ecken die Luxemburger Firmen, die in Berlin aktiv sind, aber die Kette zur Pears-Gruppe lässt sich

nicht lückenlos schließen. Allerdings deuten alle Indizien darauf hin. Die Firmen lassen sich in Deutschland von der Pears Global Real Estate GmbH am Kurfürstendamm vertreten.

Darüber hinaus werden alle in Berlin aktiven Properties-Firmen unter anderem von Geschäftsführerin Katarzyna Ciesielska geleitet. Diese ist außerdem in Dänemark für die Pears Global Real Estate Denmark tätig. Anders als in Deutschland zeigt hier die Pears-Familie Gesicht: Letztendlich Eigentümer der Firma sind laut dänischem Handelsregister die drei Pears-Brüder. So lässt sich die Verbindung von Berlin über Luxemburg, Zypern und die Karibikinseln bis nach Großbritannien rekonstruieren.

Kurz gesagt: Hinter all den Luxemburger Eigentümern, die den Mietern bekannt sind, stehen zwei Firmen auf den Jungferninseln, von denen eine klar dem Pears-Unternehmen zuzuordnen ist und die andere in engem Zusammenhang mit der Pears-Gruppe steht. Auf Anfrage hat das Unternehmen nicht reagiert.

Der Steuertrick

Warum der ganze Aufwand? Warum spannt man ein so kompliziertes Firmengeflecht? Christoph Trautvetter, Experte der Berliner Initiative „Netzwerk Steuergerechtigkeit“ hat eine Studie über die größten Wohnungseigentümer in Berlin erstellt, die CORRECTIV und dem „Tagesspiegel“ vorab vorliegt. Er sagt: „Solche Konstrukte haben oft den Grund, Steuern zu vermeiden.“

Mehrere Notare haben das dem „Tagesspiegel“ und CORRECTIV bestätigt. Der Rechtsanwalt und Notar Thomas Miller von der Großkanzlei Heussen nennt das zugrunde liegende Prinzip banal. Er erklärt das Vorgehen so: Ein Mietshaus in Berlin gehört einer

Objektgesellschaft mit Sitz in Berlin. Gewinne fallen aber hier nicht an. Denn die Berliner Firma hat auf dem Papier einen Kredit von der anderen Firma und muss so hohe Zinsforderungen an die Muttergesellschaft auf Zypern bezahlen, dass trotz der vielen Mieteinnahmen keine Gewinne übrig bleiben, die versteuert werden müssten. Oder die Grundstückseigentümerin ist eine Gesellschaft mit Sitz im Ausland und versteuert ihre Erträge dort.

Das Prinzip ist aus anderen Branchen bekannt. Der Apple-Konzern bezahlt trotz gewaltiger Einnahmen aus dem Verkauf von iPhones, iPads und anderen Produkte hierzulande so gut wie keine Steuern. Weil Apple Deutschland „Lizenzgebühren“ an die Konzernmutter mit Sitz in Irland bezahlen muss.

Tatsächlich finden sich in den Geschäftsberichten einer der Firmen, die der Pears-Gruppe zugeordnet werden können, Anhaltspunkte, dass sie die in Berlin fälligen Steuern minimiert. So verbuchte die Firma Firman Properties, die das Haus der Kneipe Syndikat in der Weisestraße hält, in ihrem luxemburgischen Jahresabschluss für 2017 Einnahmen von knapp 1,2 Millionen Euro, aber nur Steuern von 535 Euro.

Der Grund: Firman Properties schreibt offiziell rote Zahlen, erklärt Steuerexperte Christoph Trautvetter. Denn die Firma muss hohe Zinsen für Kredite zahlen – allerdings an eine Mutterfirma, die ebenfalls zur Pears-Gruppe gehört.

Das Vorgehen ist völlig legal und ein beliebter Trick, um Gewinne aus Ländern mit hohem Steuersatz in Länder mit niedrigem Steuersatz zu verschieben. Die Pears-Gruppe reduziere so anscheinend die Steuern für ihre Berliner Investments, sagt Trautvetter.

Die Geschäftsberichte für 2017 von 24 Luxemburger Firmen, die in Berlin Wohnungen halten, weisen viele Verluste und wenig Steuern aus. Insgesamt werden für das gesamte Jahr 2017 nur 180.000 Euro Steuern angegeben.

Christoph Trautvetter hat errechnet, wie hoch der Gesamtumsatz der Luxemburger Firmen sein könnte. Er kommt auf 49 Millionen Euro.

Die Gewinnverschiebung sei bisher ein Leichtes für Unternehmen, sagt Trautvetter. Eine effektive Unternehmensbesteuerung bestehe trotz einiger Reformbemühungen immer noch nicht.

Die Intransparenz der Immobiliengroßbesitzer hält Trautvetter für ein großes Problem. „Sie höhlt das Grundgesetz aus, nach dem Eigentum verpflichtet.“ In der Anonymität könne ein Eigentümer nur schwer zu etwas verpflichtet werden. Damit sich ein Firmenkonstrukt wie das der Pears-Gruppe lohne, sei laut Notar Miller eine „kritische Größe“ Voraussetzung.

Die Notare und Berater, die nötig seien, um solche Konstrukte aufzusetzen, seien teuer. Außerdem bedeute es einen erheblichen Aufwand, Bilanzen und Steuererklärungen nach den unterschiedlichen nationalen Steuerregeln zu erstellen. Wer seinen Firmensitz auf den Jungferninseln hat, muss außerdem eine Verwaltungsfirma vor Ort bezahlen.

Zypern, Luxemburg und die Jungferninseln haben dabei für Firmen je unterschiedliche Vorteile. So ist beispielsweise die Amtssprache auf den Jungferninseln Englisch. Das kommt Konzernen aus den USA und Großbritannien entgegen. Zypern profitiert

wiederum neben den niedrigen Körperschaftsteuern von seiner Lage im Herzen des Mittelmeers – und der Nähe zu Russland. Und Luxemburg ist für Immobiliengeschäfte mit das wichtigste Land, weil dort die großen Kapitalgesellschaften ansässig sind.

Obwohl die Steuersparmodelle grundsätzlich legal sind, müssen die Firmen einiges beachten. Zum Beispiel, wenn die Finanzbehörden ein Umgehungsgeschäft feststellen, weil die Geschäftsführung der ausländischen Holding im Inland sitzt. Dann werden nicht nur die in der Vergangenheit gesparten Steuern zur Zahlung fällig, sondern es stellt sich auch die Frage, ob strafbares Handeln vorliegt. Bei der Pears-Gruppe gibt es dafür bisher keine Anzeichen.

Der Berliner Notar Uwe Fischer sieht das Problem ohnehin nicht in der tatsächlichen Steuerhinterziehung, „sondern der Kern des Problems ist die Steuervermeidung, die leicht zu organisieren ist“. Dass diese Möglichkeit weiterhin bestehe, sei eine „völlige Fehlentwicklung“ der Steuerpolitik. „Besser wäre, wir besteuern Mieteinnahmen pauschal an der Quelle.“

Die Folgen

Der Berliner Senat reagierte überrascht auf die Recherchen. Bezüglich der Pears-Gruppe hätten bisher „keine hinreichenden Informationen über den aktuellen Bestand in Berlin“ vorgelegen, hieß es bei der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen. Wie viele Steuern dem Land Berlin entgehen durch Firmennetzwerke, die Einnahmen in der Stadt kleinrechnen, konnte die Senatsverwaltung für Finanzen nicht beantworten.

Berlins Senator für Finanzen, Matthias Kollatz (SPD), will in

Berlin ansässige Unternehmen besser vor Steuervermeidung der Konkurrenz schützen und dem Land Steuereinnahmen sichern. Dafür sei aber eine nationale und internationale Anstrengung nötig, sagt Kollatz dem „Tagesspiegel“ und bringt dazu einen neuen Vorschlag ins Gespräch: eine „Publikationspflicht für Gewinne, Erträge und Umsätze international agierender Firmen in einer Country-by-Country-Berichterstattung“.

Dies könne für mehr Transparenz sorgen und „nicht plausible Gewinne durch sogenannte Gestaltungsmaßnahmen“ offenbaren. Auch eine „effektive Mindestbesteuerung“ sei ein wirksames Instrument gegen das Kleinrechnen von Gewinnen. Darin seien sich Deutschland und Frankreich einig. Allerdings habe dieser Vorschlag trotz „mehrerer Anläufe“ nicht durchgesetzt werden können.

Künftig dürfte die Pears-Gruppe auch in der derzeit heftig geführten Debatte um Enteignungen eine Rolle spielen. Es ist ein Volksbegehren auf dem Weg, das vorsieht, Großvermieter, denen mehr als 3.000 Wohnungen gehören, zu enteignen. Die Regierungspartei Die Linke, die auch die Bausenatorin stellt, unterstützt das Vorhaben. Der Berliner Senat hat eine Liste mit zehn Firmen erstellen lassen, die davon betroffen wären. Die Firmen der Pears-Gruppe stehen bisher nicht darauf.

Der Senat schloss auf Anfrage nicht aus, dass neben der Pears-Gruppe auch andere Eigentümer unerkannt größere Wohnungsbestände zusammengekauft haben könnten. Damit steht auch infrage, ob die bisherigen Kostenberechnungen für etwaige Enteignungen nach oben korrigiert werden müssen. Da die Eigentümer im Falle einer Vergesellschaftung entschädigt werden

müssten, schätzt der Senat die Kosten bisher auf bis zu 36 Milliarden Euro.

Ähnlich im Unklaren über den Pears-Konzern waren die Aktivistinnen der Volksinitiative „Deutsche Wohnen & Co enteignen“: „Nach einem Konflikt mit dem Gewerbenieter Syndikat kamen wir mehreren Firmen auf die Spur“, sagt Sprecher Rouzbeh Taheri. „Aber wir hatten bisher nicht die Kapazitäten, zu recherchieren und zu bestätigen, dass alle zu dem Kreis von Pears gehören.“ Taheri glaubt aber nicht, dass die gesetzlichen Grundlagen des Volksentscheids durch die bisher unbekanntem Konzerne erschüttert werden könnten.

Eine schrecklich nette Familie

Über die Familie, die sich offenbar im großen Stil auf dem Berliner Wohnungsmarkt eingekauft hat, ist nur wenig bekannt. Die Mieter haben unterschiedliche Erfahrungen mit den neuen Eigentümern gemacht, die so gern unerkannt geblieben wären. Einige beschwerten sich über das Geschäftsgebaren, andere berichten, dass sie über die stabilen Mieten froh seien.

In Großbritannien geriet Pears allerdings bereits in die Schlagzeilen, weil ihre Unterfirma St. Ermin einmal im Gegenzug für modernisierte Badezimmer die Mieten von sozial schwachen Bewohnern in Hackney um 300 Prozent erhöhen wollte.

Öffentlich tritt die Familie kaum in Erscheinung. Einmal, 1998, taucht ihr Name in einem Artikel des britischen „Independent“ auf. Darin wird behauptet, dass die damals 64-jährige Clarice Pears reicher sei als die Queen.

Auf der Website der britischen Milliardärsfamilie heißt es: „Es geht uns nicht nur um das Geld.“

Man helfe, wo man könne. Jedes Jahr unterstütze die Familie Pears wohltätige Zwecke mit bis zu 20 Millionen Pfund: Schulen, medizinische Versorgung, Entwicklungshilfe in Afrika. Dafür soll der Name Pears bekannt sein.

In einem Werbevideo für das Engagement der Pears-Familie sagt Trevor Pears, einer der Brüder: „It’s hard to do good“ – es ist schwer, Gutes zu tun.

Making-of: CORRECTIV-Chefredakteur Justus von Daniels erzählt, wie das Researcheteam den Pears-Brüdern auf die Schliche kam

„Immer wieder haben uns Mieter angeschrieben, weil sie den Verdacht hatten: Unser Haus gehört einer Briefkastenfirma“, sagt Justus von Daniels, Chefredakteur von CORRECTIV. „Eigentlich hatte sich für die Mieter nichts geändert, als ihre Immobilie verkauft wurde: Miete und die Hausverwaltung blieben gleich. Und doch löste es bei ihnen großes Unwohlsein aus, nicht zu wissen, wem ihr Haus gehört. An wen sie sich im Zweifel wenden können. Das löst Ängste aus – und das Gefühl einer diffusen Bedrohung.“

Justus von Daniels ist gelernter Jurist und seit 2015 bei CORRECTIV. Als investigativer Reporter hat er über die AfD und über das geheime Handelsabkommen TTIP berichtet. 2018 hat er das

Netzwerk CORRECTIV.Lokal aufgebaut, in dem CORRECTIV Recherchen für über 200 lokale Journalistinnen und Journalisten koordiniert. Und er leitet das bundesweite Rechercheprojekt „Wem gehört die Stadt?“. Gestartet in Hamburg, folgten bald Lüneburg, Berlin, Heidenheim, Düsseldorf und Minden sowie München, Würzburg und Augsburg. Recherchepartner ist jeweils eine große Lokalzeitung oder ein Regionalsender. In allen Städten sind die Bürgerinnen und Bürger dazu aufgerufen, Fotos von ihren Mietverträgen auf eine Plattform hochzuladen. Um so Licht zu bringen in das Dunkel der Immobilienmärkte.

Ist das eine brisante Recherche?

Justus von Daniels: Ich denke schon. Egal, in welche Stadt wir gegangen sind: Es gab große Widerstände seitens der Stadtverwaltungen und der Immobilienverbände. Die Verwaltungen wollten nicht öffentlich eingestehen, dass sie keine Ahnung haben, wem die Häuser gehören. In Berlin hat der Eigentümerverband „Haus & Grund“ eigens eine Website aufgesetzt, um vor der „Datenkrake“ „Tagesspiegel“ und CORRECTIV zu warnen. Wobei wir bis heute nicht verstehen, was genau gegen Transparenz spricht.

Warum ist der Immobilienmarkt so intransparent?

Bei der Privatisierungswelle in den 1990er-Jahren sind viele Schutzmechanismen abgeschafft worden, die Gemeinnützigkeit im kommunalen Wohnungsbau etwa. Nun konnten Investoren Zehntausende städtische Wohnungen kaufen. Plötzlich floss das große Geld in den deutschen Immobilienmarkt. Das verschärfte sich noch einmal durch die von der Finanzkrise nach 2008 ausgelöste Geldschwemme. Institutionelle Anleger, Versicherungen, private Fonds – alle versuchten nun händeringend, ihr Geld

irgendwo Rendite bringend unterzubringen. Und: Das private große Geld ist oft anonym. Woher kommt es? Wohin fließen die Gewinne? Wie viel Steuern entgehen dem Staat? Wir wissen es nicht, die Bürgerinnen und Bürger wissen es nicht, und die Behörden wissen es auch nicht. Das war der Hintergrund für „Wem gehört die Stadt?“.

Warum ist Transparenz wichtig?

Damit Politiker eine Stadt gestalten können. Damit sie die großen Player an einen Tisch holen können. Damit Mieter wissen, an wen sie sich wenden können. Wie sollen die Behörden wissen, dass hinter 30 kleineren Firmen derselbe Eigentümer steckt, der vielleicht seine Gewinne munter hin und her schiebt? Wer betreibt noch legale „Steergestaltung“ und wer schon illegale Steuerhinterziehung? Die Behörden tappen im Dunkeln. Eine Firma ist im Grundbuch eingetragen, aber wem sie gehört? Das weiß kein Mensch.

Wie könnte man das ändern?

Recht einfach: Indem man ein offenes Immobilienregister einführt. Man müsste, ähnlich wie in Dänemark, die Grundbücher öffnen. Welcher Firma gehört welches Haus? Und, ganz wichtig: Wer ist der „wirtschaftlich Berechtigte“ dieser Firma? Damit ist ein Mensch gemeint, nicht die Adresse einer Briefkastenfirma auf den Cayman Islands.

So ein Vorschlag klingt recht utopisch.

Keineswegs, diese Debatte gewinnt an Fahrt. Der Druck ist gestiegen, Steuerschlupflöcher zu stopfen, mehr Transparenz

zu schaffen und Geldflüsse erkennbar zu machen. Immer mehr Verantwortliche begreifen: Es gibt kein Argument für Intransparenz. Denn wer profitiert am Ende davon? Jene, die im Dunkeln Geschäfte machen wollen. Staatsanwälte könnten ernsthaft beginnen, gegen Geldwäsche zu ermitteln. Bisher wird im Immobilienbereich kaum ein Fall aufgeklärt. Man muss sich das mal auf der Zunge zergehen lassen: Zigtausende Menschen leben in Häusern, von denen mit ziemlicher Sicherheit die organisierte Kriminalität profitiert.

Zurück zum Thema Steuern. Wie müsste es eigentlich laufen?

Ein Eigentümer besitzt eine oder viele Wohnungen, erhält Mieteinnahmen und zahlt darauf Steuern. Gewerbesteuer, Körperschaftsteuer, Einkommensteuer. So wie in jeder anderen Branche.

Und wie läuft es tatsächlich?

Es beginnt damit, dass die Wohnungsfirma ihren Sitz im Ausland hat, beliebt ist zum Beispiel Luxemburg. So spart man sich schon mal die deutsche Gewerbesteuer von 15 Prozent. Als Nächstes drückt man den Gewinn auf null, indem man sich von einer verwandten Unterfirma Geld zu irren hohen Zinsen leiht. Und diese Unterfirma, genau das ganze Konglomerat, hat ihren Sitz in einem Steuerparadies, in dem Gewinne nicht besteuert werden. Mit diesem Konstrukt kann ein Unternehmen, das mehrere Tausend Wohnungen in Berlin besitzt, seine Steuerlast fast auf null drücken.

Ein häufiges Muster?

Absolut. Das sei für einige Unternehmen „eine übliche Form der

Steergestaltung“, hat mir ein Steuerberater gesagt. Auf dem Papier ist es legal – und als Ganzes natürlich vollkommen widersinnig. Wenn du ein bisschen Eigentum hast, weiß der Staat ganz genau, wie er an seine Abgaben kommt. Wenn du viel Eigentum hast, kannst du durch Tricks und gute Beratung erreichen, dass du fast keine Steuern zahlst. Das ist die klaffende Ungerechtigkeit.

Was könnte man in Sachen Steuergerechtigkeit tun?

Das Finanzamt könnte Mieteinnahmen dort besteuern, wo sie anfallen. Ähnlich wie bei Löhnen und Gehältern über eine Art Quellensteuer, die direkt von der Miete abgezogen wird. Und dann kann sich das Unternehmen im Nachhinein, wenn es Verluste gemacht oder Geld investiert hat, einen Teil davon zurückholen.

Klingt gut ...

... und ist leider eine recht utopische Idee. Das System müsste geändert werden, für das deutsche Steuerrecht wäre es eine Revolution, und solche Revolutionen sind selten. Aber auch hier hat eine Debatte begonnen: dass Unternehmen eines Tages über ein Country-by-Country-Reporting offenlegen müssen, wie viel sie in welchem Land verdienen – und wo sie ihre Steuern zahlen. Ist das öffentlich, wird sich so mancher so manche Trickserei sicher dreimal überlegen.

Was gibt es noch für Winkelzüge bei Immobilien?

Ein relativ bekannter Trick sind Share Deals. Wer als Privatmensch eine Wohnung kauft, zahlt eine Grunderwerbsteuer, das sind rund fünf Prozent, während die Großen die Häuser in Firmen packen und diese Firmen dann weiterverkaufen – so entfällt

die Grunderwerbsteuer. Immobilienunternehmen brüsten sich öffentlich damit, sie hätten, sagen wir, „700 Wohneinheiten im Share Deal gekauft“. Pro Jahr werden rund eine Milliarde Euro Steuern durch diese Share Deals verschenkt. Die Politik kennt das Problem, kann sich aber überhaupt nicht einigen, wie man dem begegnet. Es fehlt, mal wieder, der politische Wille.

Hat eure Recherche gewirkt? Was ist der Impact?

In Berlin hat die SPD, kurz nachdem unsere Recherche erschienen ist, einen Beschluss gefasst für ein offenes Immobilienregister. In Hamburg gab es eine Debatte in der Bürgerschaft darüber, an wen die Stadt ihre Grundstücke verkauft. Überall wurde die Frage, wem die Stadt gehört, in der man lebt, zum Stadtgespräch.

Tut sich jetzt was?

Ja. Es kommt Bewegung in die Sache. Viele Parteien merken, dass sich diese Intransparenz politisch nicht lohnt. Grüne und Linke sind eh für neue Gesetze, bei der SPD bewegt sich was, und nun hat auch die CDU gemerkt: Ihnen entgleitet der Immobilienmarkt. Die Politik begreift allmählich: Die Intransparenz begünstigt Spekulation, schadet den Mietern, und dem Staat geht richtig viel Geld verloren. Ich glaube, wir werden hier in den nächsten Jahren deutliche Änderungen sehen.

Nachwort

Lange schien es, als würden die Täter in Nadelstreifen davonkommen.

Weil in der Regierung in Berlin ganz offensichtlich der politische Wille fehlte, ihnen auf die Finger zu hauen. Die Steuerräuber zu bestrafen, die Milliarden zurückzuholen.

Doch dann reagierten einzelne, mutige Beamte. Weigerte sich 2011 eine Sachbearbeiterin im Bundeszentralamt für Steuern, einem amerikanischen Pensionsfonds 54 Millionen Euro nie gezahlte Steuern zurückzuerstatten. Später nahm in Köln eine unerschrockene Staatsanwältin Ermittlungen auf. Jetzt verurteilte ein Richter in Bonn zwei Händler. Und in diesen Tagen werden immer neue Büros durchsucht, immer neue Fälle eröffnet, sitzen Banker in Untersuchungshaft, zieht der Fall immer weitere Kreise.

Es wird eng.

Schon in seinem Zwischenfazit hatte sich der Richter in Bonn an die angeklagten Banken gewandt: „Straftaten sollen sich nicht lohnen, weder für den Täter noch für andere.“ Er riet den Instituten, ihre Steuerschulden schnellstens zu begleichen. „Wir wissen, wie groß der verteilte Gesamtkuchen ist“, sagte er, „wir können vorrechnen lassen, wie viel vom Kuchen wo gelandet ist.“

Nicht nur der Warburg-Bank drohen gewaltige Rückzahlungen. Der 2017 neu gefasste Paragraf 73 des Strafgesetzbuches macht das möglich. Damit kann Vermögen von Personen und Unternehmen auch dann eingezogen werden, wenn sie an Straftaten nur beteiligt waren.

Endlich handelt der Staat. Denn die Folge fortgesetzter Steuerungerechtigkeit ist: Frust. Zu lesen, wie viel Geld jedes Jahr durch die Gaunereien der Vermögenden verloren geht – das führt zu einer Ohnmacht der vielen. Die Folge ist: Resignation. Was kann man denn schon machen gegen diese mächtigen Kanzleien, Banken, Milliardäre? Und am Ende sinkt die Steuermoral weiter.

Darum ist der Cum-Ex-Prozess so wichtig. Er ist ein Wendepunkt.

Was eben noch utopisch schien, wird nun Realität: dass die gestohlenen Gelder zurückgeholt werden und die Steuerräuber Gefängnisstrafen erhalten. Dass der Staat zeigt: Wer Steuern raubt, ist draußen. Zu zeigen: Steuerunehrlichkeit führt zu nichts, wir kommen an die Kohle ran und an die Verantwortlichen. Zu zeigen: Wir, als Gemeinschaft, brauchen Steuern, denn sie stärken unser Gemeinwesen. Und wir sorgen dafür, dass sie gerecht eingenommen werden.

Und so endet dieses Buch, das von so viel Gier, Schamlosigkeit und Unehrenhaftigkeit erzählt, mit einem Hoffnungsschimmer: dass sich der Staat wehrt. Dass das Gemeinwohl siegt. Dass der Gerechtigkeit Genüge getan wird.

Wie in Europa Milliarden an Steuern geklaut werden
und was jeder darüber wissen sollte

Impressum

1. Auflage Juni 2020

ISBN: 978-3-948013-05-9

Herausgeber: Ariel Hauptmeier, David Schraven

Art Direktor: Thorsten Franke

Lektorat: Robert Pitterle, www.rpi.berlin

Catering: Ben & Nick

www.correctiv.org

Kontakt: info@correctiv.org

Büro Essen: Huyssenallee 11, 45128 Essen

Büro Berlin: Singerstraße 109, 10179 Berlin

Copyright:

CORRECTIV – Verlag und Vertrieb für die Gesellschaft UG
(haftungsbeschränkt)

Huyssenallee 11 · 45128 Essen

Handelsregister Essen · HRB 26115

Geschäftsführer: David Schraven & Simon Kretschmer

Herausgeber / Art Direktor



Ariel Hauptmeier / Herausgeber
... zog viele Jahre als Reporter um die Welt. Er war Redakteur bei GEO und Textchef bei Correctiv, ist Buchautor und Ghostwriter und leitet die Reportageschule in Reutlingen und das Reporter-Forum.



David Schraven / Herausgeber
Publisher von CORRECTIV. Preiskrönter Investigativjournalist mit einer Vorliebe für neue Darstellungsformen und journalistische Erzählweisen.



Thorsten Franke / Art Direktor
Ausgezeichneter Grafik-Designer und Art Direktor. Er arbeitet seit über 20 Jahren im grafischen Gewerbe. Ob klassische Printproduktionen oder die Umsetzung digitaler Transformationen.

Investigativ. Unabhängig. Gemeinnützig.

Journalismus für und mit
der Gesellschaft

Wir recherchieren langfristig zu Missständen,
initiiieren Bildungsprogramme und fördern
Medienkompetenz.

Unsere Arbeit ist spendenfinanziert.

correctiv.org



CORRECTIV
Recherchen für die
Gesellschaft

Verpassen Sie keine Recherche

Neue CORRECTIV Recherchen erhalten Sie von uns direkt per Mail. Außerdem empfehlen wir Ihnen interessante Beiträge aus der nationalen und internationalen Medienlandschaft.

→ Jetzt abonnieren: correctiv.org/newsletter



Schaffen Sie mehr Transparenz

Mit unabhängigen Recherchen können wir systematische Missstände aufzeigen, von denen auch Sie betroffen sind. Wenn Journalismus Licht ins Dunkel bringt, können wir als Gesellschaft Lösungen finden. Wir freuen uns, wenn Sie mit Ihrem Beitrag ein Teil davon werden.

Kontoinhaber:

CORRECTIV – Recherchen für die Gesellschaft gGmbH

IBAN DE84 3702 0500 0001 3702 00

Bank für Sozialwirtschaft

Unterstützen Sie uns

→ correctiv.org/unterstuetzen

Ihre Ansprechpartnerin

Bei Fragen erreichen Sie

Luise Lange unter

luise.lange@correctiv.org

Wie in Europa Milliarden an Steuern geklaut werden und was jeder darüber wissen sollte

Jahrelang haben Betrüger in Nadelstreifen Milliarden aus der Staatskasse gestohlen. Ja genau: gestohlen. Es ging nicht darum, Steuern zu „optimieren“, also Gewinne künstlich kleinzurechnen. Sondern darum, Deutschland und anderen europäischen Staaten unendlich viel Geld zu klauen, getarnt vom Dickicht komplizierter Gesetze.

CORRECTIV hat dazu beigetragen, den gigantischen Cum-Ex-Diebstahl aufzudecken. In diesem Buch finden Sie die ganze Geschichte. Wie alles ablief. Warum Politiker so lange zugesehen haben. Warum die Justiz nun endlich handelt, die Banken zur Kasse bittet und gegen 500 Anwälte, Banker und Trader ermittelt. Einige von ihnen werden im Knast landen.

Dies ist kein dröges Steuerbuch. Es ist ein Krimi.

#FangtDieVerbrecher! Und vor allem –
#HoltDasGeldZurück!



CORRECTIV
BÜCHER FÜR
DIE GESELLSCHAFT

